H 8040 F
ISSN 1619-1404
28. Jahrgang
Nummer 166
Mai | Juni 2017
3,50 Euro

der rechte rand

magazin von und für antifaschistInnen

ABBERUFEN DEGRADIERT

– Frauke Petry –

editorial & inhalt

Seite 3

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

nur wenige Tage vor der Fertigstellung der aktuellen Ausgabe verhafteten die Sicherheitsbehörden mehrere Bundeswehrsoldaten, die als extrem rechte Terrorzelle Anschläge auf PolitikerInnen und andere Personen des öffentlichen Lebens geplant haben sollen. Darunter zahlreiche Menschen, die sich für eine humane Flüchtlingspolitik einsetzen oder gegen die extreme Rechte engagieren. Bei mehreren Durchsuchungen wurden außerdem etliche Wehrmachts-Devotionalien gefunden. Zwar hatte Verteidigungsminister Hans Apel (SPD) bereits 1982 in einem Traditionserlass ausgeschlossen, dass die »teils schuldhaft verstrickt(e)« Wehrmacht, als Vorbild der Bundeswehr dienen könne. Gegen eine Bezugnahme auf die Truppenteile, die vermeintlich »schuldlos missbraucht« worden waren, hatte er offensichtlich nichts einzuwenden. So gehören bis heute von der NS-Propaganda gefeierte Soldaten zu den Namensgebern von Bundeswehrkasernen: Dazu gehört die »Feldwebel-Lilienthal-Kaserne« (Delmenhorst) oder die nach einem Jagdflieger benannte »Marseille-Kaserne« (Appen) ebenso wie die »Generalfeldmarschall-Rommel-Kaserne« (Augustdorf).
Rund 35 Jahre nach Apels Erlass stellt nun Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) fest, dass man bei der großen Zahl an extrem rechten Vorfällen in der Bundeswehr nicht mehr von »Einzelfällen« sprechen könne. Dies gilt ebenso für die lange Liste von Neonazi-Funktionären, die teils auch weit nach Bekanntwerden ihrer politischen Tätigkeit in der Bundeswehr aktiv waren. Der ehemalige NPD-Bundeschef Udo Voigt trat nicht nur 1968 der NPD bei, sondern 1972 auch der Bundeswehr. Nach einer veritablen Karriere, die ihn für die Bundeswehr auch nach Texas und Kreta führte, wurde der »Hauptmann« erst 1984 vom Militärischen Abschirmdienst (MAD) aus dem (aktiven) Dienst gezogen. 1974, also nur zwei Jahre nach Voigt, verpflichtete sich auch Michael Kühnen (NSDAP-AO) als Zeitsoldat. Auch er war bereits vor seiner Verpflichtung in neonazistischen Organisationen aktiv und wurde erst 1977 wegen seiner Aktivitäten unehrenhaft entlassen. Der ehemalige stellvertretende NPD-Bundesvize Karl Richter führte bei der Bundeswehr sogar noch Anfang der 2000er-Jahre Veranstaltungen zur politischen Bildung durch. Darunter Seminare zum Thema »Rechtsextremismus«. Dass Richter bereits Ende der 1980er Jahre als Referent der »Republikaner« arbeitete, dann seit Mitte der 1990er Jahre wegen Volksverhetzung vorbestraft war und sich als Publizist eindeutig äußerte, war niemandem oder wollte niemandem auffallen.
Auch auf Seiten der »Neuen Rechten« sind nicht wenige – teils auch prominent auftretende – (ehemalige) Bundeswehrangehörige zu finden. Allen voran Götz Kubitschek, der als Leutnant der Reserve noch Ende der 1990er-Jahre sogar am Auslandseinsatz der Bundeswehr in Bosnien teilnahm. Und mit Jürgen Elsässer war es im September 2015 jemand aus Kubitscheks Umfeld, der Bundeswehr-Soldaten sogar aufrief, die Grenzen selbst zu schließen und nicht auf Befehle »von oben« zu warten. »Werdet selbst aktiv« war Elsässers Appell, um die »von der Kanzlerin befohlene Selbstzerstörung zu stoppen«. Die Terrorzelle rund um den Soldaten Franco A. scheint eine ähnliche Absicht verfolgt zu haben.

»Gemütszustand eines total besiegten Volkes«

72 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist die Erinnerung an Faschismus und Krieg endgültig historisiert. Keine aufgeregten Geschichtsdebatten am Horizont, Ruhe und Gelassenheit allüberall. Wo von rechts bis heute die NS-Vergangenheit als Mittel der »moralischen Erpressung« Deutschlands durch das Ausland herbeiphantasiert wird, sehen die Realitäten des Umgangs mit dieser Vergangenheit allerdings ganz anders aus.

von Gerd Wiegel

Auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion im März 2017 zum Umgang der Bundesregierung mit den Opfern der Blockade von Leningrad (heutiges Sankt Petersburg) erklärt diese, die Erinnerung an dieses »schreckliche deutsche Kriegsverbrechen« müsse wachgehalten werden, die Frage der Entschädigungsleistungen sei allerdings »abgeschlossen«. Mehr als 800.000 Menschen fielen der Wehrmachtsblockade der russischen Metropole zwischen dem 8. September 1941 und dem 27. Januar 1944 zum Opfer, materiell entschädigt wurde bis auf die jüdischen Opfer dieser Blockade aber niemand. Als Begründung führt die Bundesregierung an: »Schädigungen, die nicht aus rassisch motivierter Verfolgung, sondern aus allgemeinen Kriegshandlungen herrühren, fallen unter das allgemeine Völkerrecht und werden nicht durch individuellen Schadenersatz (…) geregelt.« Mit einem knappen Satz wird somit der auch rassistisch motivierte Vernichtungskrieg der Wehrmacht in Osteuropa, dem auch die auf Vernichtung gerichtete Blockade Leningrads zuzurechnen ist, geleugnet.

Erinnerungspolitische Wende?

Wer also im Jahr 2017 noch davon spricht, Deutschland werde mit dem Verweis auf seine Geschichte klein gehalten und moralisch erpresst, weshalb es einer 180-Grad-Wende in der Erinnerungspolitik bedürfe, der hat die Realitäten in diesem Land nicht zur Kenntnis genommen, beziehungsweise führt einen rein ideologischen Diskurs, in dem es wenig um Fakten geht. Der völkische Flügel der AfD ist in diesem ideologischen Diskurs verfangen und befeuert die Spaltungstendenzen der Partei. Die geschichtspolitische Brandrede von Björn Höcke im Januar 2017, in der er mit Bezug auf das Holocaustmahnmal von einem »Denkmal der Schande« sprach und eine »erinnerungspolitische Wende um 180 Grad« forderte, hat die Gegensätze wie aber auch die strategischen Differenzen in der AfD noch einmal sichtbarer gemacht und war Ausgangspunkt für eine bis heute anhaltende Auseinandersetzung, die perspektivisch zur nächsten Spaltung der Partei führen könnte. Dass diese Auseinandersetzung am Umgang mit der NS-Vergangenheit festgemacht wird, ist kein Zufall, denn dieses Thema treibt die Neue Rechte, welcher der völkische Flügel der AfD zuzurechnen ist, seit ihrem Bestehen um. »Nation« und »Volk« müssen von der Erinnerung an diese Vergangenheit befreit werden, erst dann ist nach Überzeugung der rechten IdeologInnen eine nationale Politik in ihrem Sinne möglich. »Bis jetzt ist unsere Geistesverfassung, unser Gemütszustand immer noch der eines total besiegten Volkes«, so Höcke in Dresden. Vergleicht man diese Aussage mit den Realitäten deutscher Machtpolitik in Europa, mit den Einstellungsmustern in weiten Teilen der Bevölkerung und dem praktizierten Umgang mit der NS-Vergangenheit, dann stellt sich erneut die Frage, wo der völkische Teil der AfD hin will: ganz offensichtlich in eine Form der Herrenmenschenmentalität, wie sie den deutschen Weg in zwei Weltkriege geebnet hat. Eine ethnisch definierte Nation, Aufgabe der Westbindung, nationale Machtpolitik – für dieses Programm bedarf es tatsächlich der geforderten 180-Grad-Wende. Die Politikunfähigkeit dieses Teils der AfD zeigt sich daran, dass die Bundesrepublik alle materiellen Ziele, die mit einer solchen Politik in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts verbunden waren, auf anderem Weg und sicherer erreicht hat. Die ökonomisch hegemoniale Rolle geht seit 1990 auch mit einer immer stärkeren machtpolitischen Rolle einher.



^ Holocaust-Mahnmal in Berlin

NS-Erinnerung als Bruchpunkt?

Auch in der AfD zeigen sich dank Höcke die Bruchlinien zwischen völkischen IdeologInnen und Bürgerlich-Konservativen wieder deutlicher. Der verbale Umgang mit der NS-Vergangenheit ist dabei ein Gradmesser für die jeweilige Ausrichtung und ihre strategischen Optionen. Das Ergebnis des Kölner Parteitags ist der Versuch, diese Gegensätze bis zur Bundestagswahl einzugrenzen. Frauke Petry hatte erkannt, dass dieser Punkt für ihre »realpolitische« Strategie ein massives Hindernis sein kann und entsprechend versucht, das Thema per Beschluss abzuräumen, was misslang. In einem weiteren Antrag zum Parteitag wollte sie ein verbales Bekenntnis gegen Rassismus, Antisemitismus, völkische und nationalistische Ideologien verankern. Auch das misslang. In ihrem Antrag hieß es: »In der deutschen Erinnerungskultur hat die Zeit des Nationalsozialismus einen besonderen Platz, ohne dass damit eine Verengung in der Geschichtsbetrachtung einhergehen darf. Diese Geschichtsbetrachtung umfasst positive, identitätsstiftende Aspekte der deutschen Geschichte.« So könnte ein moderner und ideologisch entkernter Umgang mit dem Thema aussehen: Bekenntnisse ohne Auswirkungen und reale Verschiebung des Diskurses zur positiven Seite deutscher Geschichte. Damit wäre man sofort kompatibel mit einer Union, welche die Befreiung von der NS-Vergangenheit und den »aufrechten Gang« nicht mehr verbal fordert, sondern still umsetzt. Wer wissen will, wie die erinnerungspolitischen Realitäten in diesem Land tatsächlich aussehen, der sollte einen Blick nach Brandenburg werfen, wo im 72. Jahr nach dem Ende des Faschismus seit Monaten die Eröffnung eines der letzten Prozesse gegen einen Täter aus Auschwitz durch den zuständigen Richter verzögert wird. Die Nebenklagerechte von zwei überlebenden Zeugen werden in Frage gestellt und es wird alles getan, den Prozessbeginn zu verschleppen. Für diese Form der erinnerungspolitischen Realität bedurfte es nicht mal einer 180-Grad-Wende.



^ *Neonazis in Halle*

Erster Mai 2017

Eine Übersicht über die rechten Aufmärsche am 1. Mai 2017

von Robert Andreasch, Toni Brandes, Stephanie Heide, Ernst Kovahl und Sebastian Weiermann

Die Aufmärsche der extremen Rechten zum 1. Mai sind ein guter Indikator für den Zustand der diversen Parteien und Organisationen. Aufmärsche mit mehreren Tausend TeilnehmerInnen senden Signale der Geschlossenheit und Stärke nach Innen und Außen. Doch seit einigen Jahren vermag selbst der »Arbeiterkampftag« keine einigende oder mobilisierende Wirkung mehr entfalten. Ein Trend, der sich auch am 1. Mai 2017 fortsetzte – die Szene mobilisierte zu verschiedenen Aufmärschen quer durch die Republik. Und doch war dieser 1. Mai anders als die Jahre davor: Einerseits stand die Frage im Raum, ob die NPD aus dem Mitte Februar vor dem Bundesverfassungsgericht gescheiterten Verbotsverfahren Profit schlagen und Präsenz und neue Stärke auf der Straße umsetzen könnte. Die Antwort war eindeutig: Nein. Ein weiterer Grund waren die Ankündigungen der »Alternative für Deutschland« (AfD), eigene Veranstaltungen durchzuführen.
Insgesamt waren dieses Jahr weniger als 3.000 Menschen bei den Aufmärschen der extremen Rechten. Allein der neuen Rechtspartei gelang eine Veranstaltung mit über 1.000 TeilnehmerInnen. Die Neonazi-Szene mobilisierte maximal 1.800 Personen zum 1. Mai auf die Straßen und blieb damit knapp unter den durchschnittlichen Zahlen der letzten Jahre und weit entfernt von den Jahren 2007 und 2010, als bundesweit über 4.000 Neonazis aufmarschierten.

Stralsund (NPD)
In Mecklenburg-Vorpommern versammelten sich 250 TeilnehmerInnen am Stralsunder Hauptbahnhof zu einem Aufmarsch der NPD. Unter dem Motto »Sozial National Legal!« marschierten sie durch die Innenstadt und versammelten sich zu einer Zwischenkundgebung am Neuen Markt. Dort traten wie bereits im letzten Jahr die Landesfunktionäre Udo Pastörs und Stefan Köster als Redner auf. Auch der Bundesvorsitzende Frank Franz war wieder als Redner dabei. Und wie im letzten Jahr kam Unterstützung aus dem Ausland: aus Dänemark war von der »Danskernes Parti« (»Partei der Dänen«) Daniel Carlsen angereist, aus Schweden war der Gründer des Medienprojekts »Motgift« (»Gegengift«) Dan Eriksson dabei.

Bautzen (NPD)
Auch in Sachsen trat die NPD auf die Straße. In Bautzen versammelten sich 110 TeilnehmerInnen hinter einem Transparent mit dem Motto »Sozialstaat für Deutsche, statt Weltsozialamt für Fremde«. Auf dem Marsch durch die Stadt gab es Reden vom sächsischen NPD-Landesvorsitzenden Jens Baur sowie von dessen Stellvertreter Arne Schimmer und von Andreas Storr, dem Görlitzer NPD-Kreisvorsitzenden.

Essen (NPD) / Dortmund (»Die Rechte«)
NPD und »Die Rechte« hatten zum 1. Mai im Ruhrgebiet kooperiert. Ein NPD-Aufmarsch fand am Morgen in Essen statt, am Nachmittag folgte »Die Rechte« in Dortmund. Mit 130 und bis zu 250 DemonstrantInnen blieben die Aufmärsche klein. Gerade die Demonstration in Dortmund blieb hinter den selbst gesteckten Erwartungen zurück. Im Vorfeld war mit 300 bis 400 TeilnehmerInnen gerechnet worden. Am Morgen des ersten Mai reisten etwa 50 Dortmunder Neonazis von einem im Vorfeld öffentlich bekannt gegebenen Treffpunkt am Hauptbahnhof nach Essen. Mit dabei war auch der ehemalige Feuerwehrchef Klaus Schäfer. Auch Neonazis aus Hamm um den nach Bielefeld verzogenen Sascha Krolzig beteiligten sich an dem NPD-Aufmarsch. Dort durften sie Reden von Claus Cremer, dem Vorsitzenden der NPD Nordrhein-Westfalen, von Sebastian Schmidkte aus Berlin und von Ricarda Riefling lauschen. Der Essener Aufmarsch verlief ohne größere Störungen. Ein Großteil der TeilnehmerInnen fuhr danach geschlossen nach Dortmund. Um dort zu ihrem Aufmarsch im Vorort Germania zu kommen, mussten die Rechten bei ihrer Zuganreise einen Umweg in Kauf nehmen. AntifaschistInnen hatten einen Bahnhof auf der ursprünglichen Anreise-Route besetzt. In Dortmund sprachen Michael Brück, Sven Skoda und Sascha Krolzig, Sebastian Schmidtke und Thorsten Heise, der die »Kameradschaft Northeim« mitgebracht hatte. Die beiden neonazistischen Veranstaltungen fanden zum Großteil bei strömendem Regen und in stark abgeriegelten Straßenzügen statt. Beachtlich war die Vorarbeit von der Partei »Die Rechte« für den regionalen Aufmarsch. Am 28. und 30. April veranstalte-

ten die Neonazis Mobilisierungskundgebungen in Dortmund. Ein Vortrag von Dieter Riefling mit anschließendem Auftritt des Liedermachers »Freilich Frei« in Hamm dürfte auch nicht zufällig am 29. April stattgefunden haben, sondern Teil der Mobilisierung gewesen sein.

Halle (»Die Rechte« und »Antikapitalistisches Kollektiv«)

Knapp 500 Neonazis aus mehreren Bundesländern folgten dem Aufruf des »Antikapitalistischen Kollektivs« (AKK) und Teilen der Partei »Die Rechte« (DR) nach Halle/Saale zum »Tag der deutschen Arbeit«. Insgesamt neun angekündigte Redner aus den Reihen von DR, NPD/JN, AKK sowie den »Freien Nationalisten« sollten ein breites, extrem rechtes Spektrum abdecken. Lokale Neonazi-Strukturen wie »Die Rechte Halle« oder die »Brigade Halle/Saale« waren organisatorisch nicht eingebunden. Da sich die Mehrzahl der angereisten Neonazis den polizeilichen Vorkontrollen verweigerte, schaffte nur eine Handvoll von ihnen den Weg vom Hinterausgang des Hauptbahnhofs zum 100 Meter entfernten Sammelplatz. Knapp zwei Stunden verharrten die Neonazis dort, während rund um das Versammlungsareal Gegenproteste und Blockaden ein Durchkommen ohnehin unmöglich gemacht hätten. Ersatzveranstaltungen für den Aufmarsch waren in ganz Sachsen-Anhalt verboten worden, lediglich eine Standkundgebung wurde den Neonazis angeboten. Diese lehnten die Veranstalter jedoch ab und beendeten schließlich die Versammlung. Bei ihrem Abgang suchte eine 20-köpfige Neonazi-Gruppe aus Bayern und Hessen noch am Bahnhof die Konfrontation mit den zahlenmäßig weit überlegenen GegendemonstrantInnen – insgesamt waren 4.000 Menschen gegen die Neonazis auf die Straße gegangen. Die Polizei klärte die Situation und eskortierte die Gruppe zu ihren Autos. Doch unmittelbar im Anschluss griffen dieselben Personen aus zwei Autos heraus eine Gruppe Jugendlicher an. Dabei kamen Augenzeugen zufolge Sprengkörper, Reizgas, Steine, Flaschen und Schlagstöcke zum Einsatz. Zwei der Jugendlichen wurden verletzt. Nicht nur dieser Angriff zeigt das hohe Gewaltpotential. Ein Großteil der Neonazis reiste mit der Bahn ab. Eine Gruppe von 200 Neonazis führte in Köthen/Anhalt einen spontanen Aufmarsch durch. Auch in Burg bei Magdeburg, der Heimatstadt des DR-Landesvorsitzenden Ingo Zimmermann, marschierten noch 10 Neonazis nach ihrer Rückkehr aus Halle auf. Nachdem es bereits unmittelbar nach dem gescheiterten Aufmarsch zum Teil massive Kritik aus den eigenen Reihen gab, gestanden auch die Organisatoren in einer Stellungnahme das »volle Desaster« ein.

Apolda (»Die Rechte« und »Antikapitalistisches Kollektiv«)

Eine Gruppe von etwa 150 Neonazis aus verschiedenen Bundesländern versuchte auf der Abreise aus Halle einen spontanen Aufmarsch im nahen Apolda (Thüringen, Kreis Weimarer Land). Die Polizei teilte mit, die Neonazis hätten sich nach ihrer Ankunft mit der Bahn am Nachmittag in der Kleinstadt vermummt und begonnen, PolizistInnen mit Böllern, Pyrotechnik, Flaschen und Steinen anzugreifen. Schnell herbeigezogene BeamtInnen nahmen daraufhin 103 Personen fest, die Versammlung wurde beendet. Mehrere Personen hätten dagegen »zum Teil erheblichen Widerstand« geleistet. Zudem sei es durch »die Flucht eines Teils der rechten Störer« über Bahngleise zu kurzen Behinderungen des Zugverkehrs gekommen. Nun werde wegen Landfriedensbruchs, Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte und Sachbeschädigung an Polizeifahrzeugen und einem Geschäft ermittelt. Auf Twitter hatten Neonazis des »Antikapitalistischen Kollektivs« nach Beginn des Spontanaufmarsches getönt: »Wir laufen mit 200 Leuten durch Apolda!« Und: »Die Straße gehört uns! Apolda gehört uns!« An der Spitze des Zuges wurde ein Transparent des AKK getragen. Wenig später lagen zahlreiche Neonazis gefesselt am Boden. Vermutlich aus Angst vor kommender Repression wurde vom AKK eine kaum glaubwürdige Distanzierung in die Welt gesetzt: »Fürs Protokoll: Das AKK war trotz anderer Behauptungen nicht Veranstalter.« Auch Mitglieder der Partei »Die Rechte« hatten an dem spontanen Aufmarsch teilgenommen.



^ *Neonazis in Gera*

Gera (»Der III. Weg«)

Die neonazistische Partei »Der III. Weg« hatte unter dem Motto »Kapitalismus zerschlagen - Für Familie, Heimat und Tradition!« zum 1. Mai ins thüringische Gera mobilisiert. Mit rund 400 Angereisten entschieden sich im Vergleich zu den letzten Jahren (2015: 700, 2016: 600) weniger Neonazis für den Aufmarsch in Gera. Auf den 1. Mai-Aufzügen der Partei 2015 in Saalfeld und 2016 in Plauen hatten hunderte Neonazis PolizeibeamtInnen und GegendemonstrantInnen angegriffen. Diesmal achteten die Neonazis auffällig auf Disziplin. Angesichts fehlender Störungen stellt sich die Frage, ob sie diese Zurückhaltung bei antifaschistischen Straßenblockaden oder behördlichen Schikanen aufgegeben hätten, nicht. Offensichtlich sind die AkteurInnen der Partei auf der Suche nach einem neuen Format ihrer Aufmärsche. Ihre Inszenierung entpuppte sich als Patchwork aus Stilfragmenten, welche die bundesdeutsche Neonaziszene früherer Jahrzehnte geprägt hatten. Keine bunten Seitentransparente und »autonome« Vermummung mehr, die noch den Plauener Aufmarsch 2016 geprägt hatten. »Der III. Weg« setzte, wie einst die »Nationalistische Front« in den frühen 1990er Jahren, auf skurrile Uniformierung und Fahnenblöcke. Wer in der ersten Marschhälfte laufen wollte, musste ein rotes Kampagnen-T-Shirt der Partei tragen, in Dreierreihen marschieren und dabei ein Plakat hochhalten. Zwei mal pro Reihe wurden die grünen Fahnen der Partei in einem bestimmten Winkel nach außen gehalten. Im zweiten Teil des Marsches liefen dann die Kameradschafts-AktivistInnen, ältere Hooligans und »Hammerskins«, die auf das rote T-Shirt verzichten wollten. Bundesländer- oder Ortsfahnen, »Kameradschafts«-Shirts oder Transparente anderer Organisationen fehlten hier fast völlig. Wie schon in Plauen und zuletzt beim Aufmarsch im Februar in Würzburg hatten die Neonazis Rauchtöpfe und bengalische Feuer als Kundgebungsmittel erlaubt bekommen; prompt nebelten sie die eigenen MarschteilnehmerInnen reichlich ein. Eine »revolutionäre« Kampfästhetik, bei der die »Kämpfer« durch Rauchschwaden ziehen, wollte sich aber nicht einstellen. Fußballassoziationen sollten auch nicht geweckt werden: die Ordner unterbanden mehrfach »Antifa Hurensöhne«-Sprechgesänge. Auf ihrer Website lobte die Partei ihre Aktion im Nachhinein als »Veranstaltung mit 0% Fremdschämen, dafür mit 100% Disziplin!« BürgerInnennah wurde der Aufzug deswegen allerdings nicht. Dem dürften nicht nur die skurrile Fahnen- und Marschinszenierung, sondern auch die nationalsozialistischen Inhalte entgegengewirkt haben. Auf den Kundgebungen sprachen Matthias Fischer (»Gebietsleiter Mitte«), Tony Gentsch (»Stützpunkt Vogtland«), Nico Metze (»Stützpunkt Ostthürin-



^ *400 Neonazis folgten dem »Der III. Weg« in Gera*

gen«), Julian Bender (»Gebietsleiter West«), Thomas Wulff sowie Milán Széth aus Ungarn. Alle Ansagen hatten eher einen Grußwortcharakter und wirkten unvorbereitet. Abgesehen von Wulff fehlte jede neonazistische »Prominenz«.

Erfurt (AfD)

Etwa 1.200 Menschen folgten dem Aufruf »Sozial ohne rot zu werden!« der AfD-Thüringen nach Erfurt, um am 1. Mai eine kurze Wegstrecke von der Thüringenhalle zum Landtag zu laufen. Björn Höcke, Vorsitzender von Landespartei und Landtagsfraktion, sowie dessen Büroleiter in der Fraktion, Gerhard Siebold, hatten die Veranstaltung angemeldet. 2.000 TeilnehmerInnen erwartete die Rechtspartei, die hier in der Vergangenheit bis zu 6.000 Menschen mobilisieren konnte. Somit blieb die AfD hinter den eigenen Erwartungen und bisherigen Erfolgen zurück. Viele TeilnehmerInnen waren aus anderen Bundesländern angereist. Unter ihnen waren Neonazis und »Identitäre«. Heimlicher Stargast war der PEGIDA-Gründer Lutz Bachmann, mit dem sich DemonstrantInnen und AfD-FunktionärInnen fotografierten. Auf der Kundgebung gegen die »kommunistische Landesregierung« in Thüringen und die »gesetzbrecherische Bundesregierung« sprachen neben Höcke auch der Spitzenkandidat der AfD-Thüringen zur Bundestagswahl, der Anwalt und Landtagsabgeordnete Stephan Brandner aus Gera, der AfD-Bundestagskandidat Jürgen Pohl (Eichsfeld-Nordhausen-Kyffhäuserkreis) und der Sprecher der AfD-Brandenburg und Landtagsabgeordnete Andreas Kalbitz. Höcke kündigte in seiner Rede einen »knallharten Anti-Establishment Wahlkampf« an. Auf dem Aufmarsch verkündigte Pohl die Gründung des »Alternativen Arbeitnehmerverbands Mitteldeutschland« (»Alarm!«) als offenen Angriff auf die DGB-Gewerkschaften. Die »verrotteten Altgewerkschaften« beschimpfte Kalbitz in seiner Rede als »verlängerter Arm der vor sich hin-merkelnden Regierung, geführt von fettgefressenen Gewerkschaftsbonzen«. Und Pohl kündigte an, die AfD wolle den 1. Mai den »Arbeiterverrätern« entreißen. Für den Aufmarsch hatte die AfD mit einer Grafik geworben, auf der ein Anstreicher mit SA-Mütze das Rot der Gewerkschaften mit AfD-blauer Farbe überstrich. Ursprünglich waren in Hamburg von »Arbeitnehmer in der AfD« (AidA) und in Düsseldorf von der »Alternativen Vereinigung der Arbeitnehmer« (AVA) weitere AfD-Versammlungen zum 1. Mai angekündigt, jedoch kurzfristig abgesagt worden. Der gelungene Aufmarsch in Erfurt dürfte den völkischen Flügel der AfD gestärkt haben, wohingegen der mit offen faschistischen Anleihen spielende Auftritt bürgerliche WählerInnen abgeschreckt haben dürfte.

Geldstrafe für NS-Blackmetal-Verkäufer

Gießen. Am 7. März ist der der ehemalige Betreiber des extrem rechten Plattenlabels und Online-Versands »Supremacy through Intolerance«, Michael Jan R. zu einer Geldstrafe von 4.800 Euro verurteilt worden. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Angeklagt war er wegen 18 Fällen von Volksverhetzung und der Verwendung verfassungsfeindlicher Symole, da die Cover und Booklets der von ihm vertriebenen Tonträger mit Hakenkreuzen und SS-Runen bedruckt waren. Den Versandhandel hatte der Neonazi 2008 in Kassel gegründet, wo er der extrem rechten »Burschenschaft Germania« angehörte. Es ist nicht bekannt, ob R. gegen das Urteil Rechtsmittel eingelegt hat.

Deutsch-litauische Connection

Gera. Am 9. März ist ein 39-jähriger Mann, der einer litauischen Polizei-Spezialeinheit angehörte, zu einer zweijährigen Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt worden. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Der aus Litauen stammende Mann soll im Oktober 1999 einen Überfall auf einen Geldtransporter verübt und den Geldboten durch Tritte und Reizgas verletzt haben. Dabei wurden eine Schusswaffe, sieben Schuss scharfe Munition sowie 78.000 DM erbeutet. Mit dem Geld wurde unter anderem ein Bordell finanziert. An der Tat waren noch sieben weitere Personen beteiligt: Bereits 2013 wurden vier ehemalige Mitglieder des »Thüringer Heimatschutz« und zwei Litauer im gleichen Fall zu Bewährungsstrafen zwischen eineinhalb und zwei Jahren verurteilt. Sie wurden durch bekannte Verteidiger aus dem Rocker- und Neonazi-Milieu vertreten. In den 1990er Jahren soll es enge Verbindungen zwischen den thüringischen Neonazis und der organisierten Kriminalität in Litauen gegeben haben. Anfang 2013 war außerdem im Zusammenhang mit den Ermittlungen zum NSU eine DNA-Spur im Wohnmobil von Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt entdeckt worden, die die Behörden in Hessen und Nordrhein-Westfalen einer »litauischen Tätergruppe« zuordneten.

Täter-Opfer-Umkehr

Aachen. Am 17. März haben zwei bekannte Neonazis während einer Flugblatt-Verteil-Aktion eine Gruppe von AntifaschistInnen erst provoziert und dann mit einem Teleskop-Schlagstock angegriffen. Es kam zu einer körperlichen Auseinandersetzung, in deren Folge auch Reizgas versprüht worden sein soll. Die Neonazis selbst riefen die Polizei. Am gleichen Abend wurden zwei AntifaschistInnen verhaftet und mussten bis zum 28. März in Untersuchungshaft verbleiben. Die beiden Neonazis gehörten zur 2012 verbotenen »Kameradschaft Aachener Land« (KAL) und sind inzwischen unter dem Label der »Identitären Bewegung« (IB) aktiv.

Protest gegen »Compact«

Leipzig. Am 28. März haben rund 100 AntifaschistInnen erneut gegen die Präsenz des Magazins »Compact«, das von Jürgen Elsässer herausgegeben wird, auf der Leipziger Buchmesse protestiert. Der anwesende Sven Liebich, Mitorganisator und Redner der Montagsdemonstrationen in Halle, streamte das Geschehen live über Facebook. Verlagseigene Sicherheitskräfte, die den Stand abschirmen sollten, attackierten einen Journalisten, einen anderen Journalisten jagten sie durch die Messehalle.

Lesung gestört

Eisenach. Am 30. März haben etwa zehn Neonazis versucht, eine Lesung in den Räumen des Wahlkreisbüros »RosaLuxx« einer Abgeordneten der Partei »Die Linke« anzugreifen. Der Autor Sören Kohlhuber, der dort sein Buch über Neonazis in Ostdeutschland vorstellte, berichtet von vermummten, teils mit Pfefferspray und Schlagstöcken bewaffneten Personen, von denen einige den Veranstaltungsort zuvor ausgespäht hatten. BesucherInnen der Lesung, die sich den Neonazis in den Weg stellten, konnten den Überfall verhindern.

Unter Freunden

Göttingen. Am 1. April haben rund 100 SympathisatInnen des extrem rechten »Freundeskreis Thüringen/ Niedersachsen« eine Kundgebung in Göttingen abgehalten. Eine Demonstration war ihnen zuvor von der Stadtverwaltung untersagt worden. Nach der Aktion fuhren sie nach Northeim weiter und hielten dort ebenfalls eine Kundgebung ab. In beiden Städten demonstrierten jeweils etwa 1.500 AntifaschistInnen gegen die Auftritte. Während einer weiteren Kundgebung in Friedland hatten Neonazis drei anwesende JournalistInnen attackiert und gejagt und den Angriff live ins Internet gestreamt. Es wurde Anzeige wegen Nötigung und versuchter Körperverletzung gestellt. Zwei der Angreifer wurden festgenommen. Im Februar waren Wohnungen von Mitgliedern der Gruppe durchsucht worden, dabei wurden unter anderem Waffen sichergestellt.

RechtsRock-Sommer in Thüringen

Hildburghausen/ Thüringen. Für den 15. Juli planen Neonazis erneut ein großes RechtsRock-Konzert im thüringischen Themar bei Hildburghausen. Mehrere Bands, unter anderem »Sleipnir« und Redner sollen auftreten, angemeldet wurden mehrere tausend BesucherInnen. Die gleichen Veranstalter hatten in den Jahren 2015 und 2016 erst 1.500 und im Jahr danach 3.500 Neonazis nach Hildburghausen gelockt. Das Konzert wird bereits auf internationalen Seiten des »Blood & Honour«-Netzwerkes angekündigt. Die »Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus« geht landesweit von einem Zulauf zu RechtsRock-Konzerten aus. Es sei mit dutzenden Veranstaltungen zu rechnen, die zahlreiche BesucherInnen anlocken würden. 2016 haben mindestens 50 RechtsRock-Konzerte oder Liederabende stattgefunden.

Landtagswahlen Schleswig-Holstein

Kiel. Bei der Landtagswahl vom 7. Mai bekam die »Alternative für Deutschland« (AfD) 5,9 Prozent der Zweitstimmen und erhält fünf Sitze im Kieler Landtag. Die fünf Abgeordneten, die in den kommenden fünf Jahren die AfD-Fraktion bilden, sind: Jörg Nobis, Claus Schaffer, Doris von Sayn-Wittgenstein, Frank Brodehl, Volker Schnurrbusch.

Landtagswahlen Nordrhein-Westfalen

Düsseldorf. Am 14. Mai wurde in Nordrhein-Westfalen ein neuer Landtag gewählt. Auf die »Alternative für Deutschland« (AfD) entfielen 5,4 Prozent der Erst- und 7,4 Prozent der Zweitstimmen. In der kommenden Legislaturperiode wird die AfD mit 16 Abgeordneten im Landtag vertreten sein. Das werden laut vorläufigem Stand vom 15. Mai 2017 Marcus Pretzell, Roger Beckamp, Frank Neppe, Markus Wagner, Herbert Strotebeck, Helmut Seifen, Christian Loose, Andreas Keith-Volkmer, Nic Peter Vogel, Iris Dworeck-Danielowski, Alexander Langguth, Martin Vincentz, Sven Werner Tritschler, Christian Blex, Gabriele Walger-Demolsky und Thomas Röckemann sein.

Nationalsozialismus legal?

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Verbotsantrag gegen die NPD hinterlässt einen widersprüchlichen Eindruck.

von Gideon Botsch

Einerseits bestätigte der Senat des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG), dass die »Nationaldemokratische Partei Deutschlands« (NPD) eine verfassungswidrige Kraft ist, die »aggressiv-kämpferisch« gegen die »freiheitlich-demokratische Grundordnung« vorgeht. Dabei stellte er auch eine »Wesensverwandtschaft« mit dem Nationalsozialismus fest, die 1952 eine Voraussetzung für das Verbot der »Sozialistischen Reichspartei« (SRP) nach Artikel 21 Absatz 2 Grundgesetz (GG) war und in den Verbotsverfügungen gegen extrem rechte Vereine nach Artikel 9 Absatz 2 GG regelmäßig zu den Verbotsgründen zählt.

Das BVerfG hat mit dem Begriff »Potentialität« nun für ein Parteiverbot folgende Bedingung eingeführt: Die Partei muss in absehbarer Zeit eine Chance haben, ihre verfassungswidrigen Ziele zu erreichen. Das ist eine Neuinterpretation der Rechtslage, die weit über das NPD-Verbot hinausweist und Folgen für das Selbstverständnis der Bundesrepublik als Nachfolgestaat des nationalsozialistischen »Deutschen Reiches« hat.

»Wehre den Anfängen«

Schon 1952 hatte das BVerfG zur Bedingung gemacht, dass die SRP ihre Ziele mit hinreichender Ernsthaftigkeit verfolgt. Beim Verbot der »Kommunistischen Partei Deutschlands« (KPD) wurde 1956 die Formulierung »aggressiv-kämpferische Haltung« eingeführt. Verbotsbegründend blieb gleichwohl die Bewertung der Absichten und des Verhaltens der betreffenden Partei, nicht aber die Aussicht auf Erfolg. Damit wurde eine Lehre aus der Vergangenheit gezogen: Der rasante Aufstieg der NSDAP von einer randständigen Splitterpartei zur stärksten Kraft im Reichstag in nur wenigen Jahren führte zum Credo »Principiis obsta – wehre den Anfängen!«

Auch bei Verboten extrem rechter Vereine wurde regelmäßig die Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus als einer von mehreren Verbotsgründen angeführt. Und ebenso regelmäßig wurde die Anfechtung eines Verbots von den zuständigen Gerichten zurückgewiesen, unter Berufung auf die bundesdeutsche Rechtsauffassung, der zufolge es nicht darauf ankam, ob die Vereine ihre Ziele erreichen konnten.

Diese Auffassung begründete bis in jüngste Zeit die herrschende Meinung in der juristischen Literatur. In der Neuausgabe ihres Kommentars zum Bundesverfassungsgerichtsgesetz von 2015 halten beispielsweise Christian Burkiczak, Franz-Wilhelm Dollinger und Frank Schorkopf Folgendes fest: »Das Tatbestandsmerkmal ‹darauf ausgehen› macht deutlich, dass bereits Bestrebungen, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung (…) richten, für die Feststellung der Verfassungswidrigkeit einer Partei genügen. Ein Erfolg (…) in Gestalt einer bereits eingetretenen Beeinträchtigung oder Gefährdung der geschützten obersten Verfassungswerte – Menschenwürde, Freiheits- und Gleichheitsrechte und parlamentarische Demokratie – ist dagegen nicht erforderlich.« Mit einer sprachlich kaum nachvollziehbaren Neuinterpretation der Wendung »darauf ausgehen« setzt sich das BVerfG erklärtermaßen von den Verbotsbegründungen der 1950er Jahre ab. Die Beiläufigkeit, mit der dies in der Urteilsverkündung und der Zusammenfassung des Urteilstenors geschieht, gibt allerdings zu denken.

Freifahrtschein für NationalsozialistInnen?

In welchem Maße das Urteil einer Bagatellisierung der NPD Vorschub geleistet hat, ließ sich dem Echo der medialen Berichterstattung entnehmen. Die grundsätzliche Frage, wie es in der Bundesrepublik zukünftig um die Bewertung nationalsozialistischer Positionen steht, war kaum ein Thema. De facto hat das BVerfG en passant nationalsozialistische Propaganda legalisiert. Eine Vereinigung unter dem Schutz des Parteiprivilegs kann – solange sie nicht in der Lage ist, den Bestand der Demokratie zu gefährden – ganz offen und durchaus aggressiv-kämpferisch auf die Errichtung einer nationalsozialistischen Ordnung hinarbeiten. Mit Rücksicht auf strafrechtliche Verfolgung müsste sie freilich das Verwenden von Hakenkreuzen und dergleichen vermeiden, ebenso Beleidigungen, Holocaustleugnung und Volksverhetzung und zudem die Formalia des Parteienrechts berücksichtigen. Exakt diesen Weg beschreiten bedeutende Teile des neonazistischen Kameradschaftsspektrums, die in Erwartung des Urteils vor einigen Jahren zwei neue Kleinstparteien geschaffen haben. Ein administratives Verbot von »Die Rechte« nach Art. 9 GG gilt schon jetzt als unmöglich; auch der Parteienstatus von »Der III. Weg« dürfte bereits nicht mehr anfechtbar sein.

Zivilgesellschaft statt Verbote?

Es ist sogar fraglich, ob künftige Vereinsverbote nach diesem Urteil Bestand haben werden – schließlich ist auch die grundgesetzlich garantierte Vereinigungsfreiheit ein sehr hohes Verfassungsgut. Entsprechende Verfassungsklagen sind zu erwarten. Da die Verwirkung von Grundrechten nach Art. 18 GG zu Recht als wenig wirksame und bedenkliche Maßnahme gesehen wird und de facto nicht zur Anwendung kommt, wären die meisten in der Verfassung verankerten Instrumente der »streitbaren Demokratie« wirkungslos. »Verfassungsschutz« fände damit weithin durch zivilgesellschaftliches Engagement, administrativ oder auf einfach gesetzlicher Basis statt. Dies wird von vielen DemokratInnen begrüßt und als Fortschritt gesehen. Über »antifaschistische« Elemente, die dem Grundgesetz mitunter zugeschrieben worden sind, muss dann allerdings nicht mehr spekuliert werden. Die Kopplung des »Verfassungsschutzes« und der »Wehrhaftigkeit« der Demokratie an die historische Erfahrung des Nationalsozialismus wird zur Angelegenheit der politischen Kultur – verfassungsrechtlich ist sie praktisch unerheblich geworden.

> *Aufmarsch der NPD im mecklenburgischen Friedland 2013 – Teilnehmer mit Bekenntnis zum Jahr 1933*


1933

Bürgen der NPD

Nach Einschätzungen von Verfassungsschutz und eines geheimdienstnahen Gutachters sei die NPD keine Gefahr. Im Verbotsverfahren folgte das Bundesverfassungsgericht dieser Einschätzung.

von Ernst Kovahl

Am 17. Januar 2017 wies das Bundesverfassungsgericht den Antrag des Bundesrates und der Bundesländer zurück, die »Nationaldemokratische Partei Deutschlands« (NPD) und deren Untergliederungen zu verbieten. Die älteste und wichtigste Partei des deutschen Neonazismus sei zwar eindeutig verfassungswidrig, ziele »auf eine Ersetzung der bestehenden Verfassungsordnung durch einen an der ethnischen ´Volksgemeinschaft´ ausgerichteten autoritären ´Nationalstaat´« hin, gehe »aggressiv-kämpferisch« gegen die »freiheitlich-demokratische Grundordnung« vor, missachte die Menschenwürde und habe eine eindeutige »Wesensverwandtschaft« mit dem Nationalsozialismus. Damit folgte das Gericht der Argumentation der Antragsteller. Doch gegensätzliche Auffassungen gab es in der Einschätzung der Relevanz der Partei. Das Gericht kam – obwohl es seitenweise einschlägige Aktivitäten und Äußerungen der Partei im Urteil auflistet und die Strategien der Partei benennt – zu der Auffassung, dass die Partei zu unbedeutend und ihr Einfluss zu gering sei, um die Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland beseitigen zu können. Die NPD »bekennt sich zwar zu ihren gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichteten Zielen und arbeitet planvoll und mit hinreichender Intensität auf deren Erreichung hin, so dass sich ihr Handeln als qualifizierte Vorbereitung der von ihr angestrebten Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung darstellt (...). Es fehlt jedoch an konkreten Anhaltspunkten von Gewicht, die es zumindest möglich erscheinen lassen, dass dieses Handeln (…) zum Erfolg führt«. Und weiter: »Eine Durchsetzung des verfassungsfeindlichen politischen Konzepts der Antragsgegnerin mit parlamentarischen oder außerparlamentarischen demokratischen Mitteln erscheint ausgeschlossen.«

»... ist gefährlich«

Die Länder hatten anders argumentiert: »Die NPD ist politisch bedeutend, und sie ist gefährlich«, sagte der damalige Bundesratspräsident Stanislaw Tillich (CDU). Gerade die Länder hätten »die politische Realität auf lokaler und regionaler Ebene im Blick«. Tillich verwies auf die mehr als 300 kommunalen Mandate der NPD, Wahlerfolge in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern sowie die »lokale Verankerung« der Partei in Teilen Ostdeutschlands. Gerade die jüngste Zeit – Tillich zielte damit auf die Debatten um Flüchtlingspolitik sowie rassistische Aufmärsche und Anschläge – zeige, »dass die NPD kampagnenfähig ist, Menschenmengen versammeln und zum Hass aufstacheln kann. Gewalt gegen Menschen und Sachen sowie Brandanschläge auf Asylbewerberunterkünfte sind Folge ihres rassistischen Gedankenguts.« Tillich betonte, dass die Neonazi-Partei »sicherlich nicht kurz davor« stehe, »die Demokratie in ganz Deutschland zu beseitigen«. Sie sei aber eine Gefahr »für die Menschenwürde von Minderheiten und politischen Gegnern und für die Demokratie vor Ort«.

»**Materialsammlung**«

Auf 1.000 eng beschriebenen Seiten listeten das »Bundesamt für Verfassungsschutz« und die Landesämter für Verfassungsschutz 2012 auf Bitten der Innenministerkonferenz akribisch Fakten auf, die ein Verbot der NPD stützen sollten. In der »Materialsammlung« (»VS – Nur für den Dienstgebrauch«), die dem Magazin »der rechte rand« vorliegt, wurden Aussagen aus Satzung und Programm, Aktivitäten der Partei, einschlägige Äußerungen sowie Straf- und Gewalttaten von Mitgliedern und Funktionären der Partei und offene Bezüge auf den Nationalsozialismus zusammengestellt und die organisatorischen Strukturen, Wahlergebnisse, Mandate, Publikationen, Finanzen und Immobilien der Partei und ihres direkten Umfeldes erfasst. Aufgelistet werden auch ehemalige Mitglieder verbotener Organisationen, die zur NPD wechselten. Zudem stellten die Behörden Verknüpfungen der NPD zum Rechtsterrorismus fest. Auch wenn die Sammlung methodische Fehler, Leerstellen, Unklarheiten und politische Fragwürdigkeiten enthält, wie in der antifaschistischen Publikation »gamma« (Nr. 194/2013) herausgearbeitet wurde, macht das Papier eines deutlich: Die aufgelisteten Fakten sind keine Einzelfälle. Vielmehr sind Antisemitismus, Rassismus, NS-Verherrlichung, Gewalt und antidemokratisches Denken Kern der Partei.

Sachverständige

»Das Bundesverfassungsgericht kann sachkundigen Dritten Gelegenheit zur Stellungnahme geben«, ist im Bundesverfassungsgerichtsgesetz festgelegt. Die RichterInnen aus Karlsruhe entschieden sich, als Sachverständige beziehungsweise Sachkundige die Professoren Dierk Borstel (Fachhochschule Dortmund) und Eckhard Jesse (Technische Universität Chemnitz), den Privatdozenten Steffen Kailitz (Technische Universität Dresden), die Journalistin Andrea Röpke sowie die aktiven und ehemaligen NPD-Funktionäre Holger Apfel, Jürgen Gansel und Udo Voigt anzuhören. Zu den Kriterien zur Auswahl schweigt das Gericht: »Die Senate sind bestrebt, mit der Auswahl der sachkundigen Dritten ein möglichst breites Spektrum abzudecken. Die Auswahl erfolgt durch den jeweiligen Senat im Rahmen der Senatsberatungen, deren Inhalt dem Beratungsgeheimnis unterliegt«, teilte der Pressesprecher des Gerichtes auf Anfrage von »der rechte rand« mit. Ob bisherige Äußerungen zu einem NPD-Verbot eine Rolle spielten, sagte das Gericht nicht.

Dass die aktiven NPD-Funktionäre Gansel und Voigt ihre Partei verteidigten und auch der ehemalige Bundesvorsitzende Apfel wenig Argumente für ein Verbot liefern würde, war klar. Borstel, Kailitz und Röpke legten aus unterschiedlichen Perspektiven die reale Bedrohung von Rechts dar, auch wenn sie sich darin und in ihren Konsequenzen mit Blick auf das Verbot unterschieden. Es war vor allem der Extremismus-Theoretiker und der dem Verfassungsschutz zugeneigte Politikwissenschaftler Eckhard Jesse, der die NPD entlastete. Er argumentiert seit Jahren, ein Verbot sei nutzlos und verstoße gegen die politische Liberalität – zudem sieht er die größere Gefahr eh auf der politischen Linken. Im Urteil wird Jesse dann gleich mehrfach mit seinen, die NPD entlastenden, Einschätzungen zitiert: Die NPD sei »eine isolierte, geächtete Partei, deren Kampagnenfähigkeit – soweit man überhaupt davon reden könne – in den letzten Jahren abgenommen habe«. Und auch die Neonazi-Dominanz im Ort Jamel in Mecklenburg-Vorpommern – in der Verhandlung als Beispiel einer »National befreiten Zone« eingeführt – sei bloß ein Einzelfall: Eine Übertragbarkeit »auf andere, insbesondere größere Ortschaften ist – wie auch der Sachverständige Prof. Jesse in der mündlichen Verhandlung bestätigt hat – nicht möglich«. Während die im Urteil zitierten Äußerungen von Jesse vom Gericht nicht infrage gestellt werden, konfrontiert das Urteil an mindestens zwei Stellen die Einschätzungen Röpkes mit Gegenargumenten, die die Fachkenntnis des Gerichts infrage stellen. Ein Beispiel: Röpke bekräftigte die Auffassung der Länder, dass der NPD-Ordnungsdienst »in einschüchternder Weise gegen politische Gegner



29. Januar 2010
media" ein Beitrag mit dem
um beschlagnahmtes Eigentum" veröffentl
KV Unna/Hamm" kommentierte den Beitrag wie folg
„Frau Haverbeck ist eine patente tapfere Frau, die wir
sen."

AD: Beleg 2653, BfV:
„Ursula Haverbeck-Wetzel vor Gericht: Streit um beschlagnahmtes Eigen-
tum", http://de.altermedia.de vom 29.01.2010

Horst MAHLER

Horst MAHLER war maßgeblicher Initiator zur Gründung des VRBHV.

A Beleg 2654, BfV:
VRBHV-Verbotsverfügung

In den vergangenen Jahren trat MAHLER folgendermaßen im NPD-Kontext auf:
nen Tag nach HNG-Verbot, am 22. September 2011, veröffentl
rer Hauptinternetseite www.npd.de den Artikel „Im
die HNG" von Frank SCHWERDT, Dr
st MAHLER:

auftrete«. Das Gericht konterte diesen Fakt, man könne der NPD nicht zur Last legen, »dass sie zur Gewährleistung der störungsfreien Durchführung von Kundgebungen überhaupt über einen Ordnungsdienst verfügt«. Dass der Ordnungsdienst in Geschichte und Gegenwart nicht allein durch Ordnung, sondern durch Gewalt auffällt, hätte dem Gericht bekannt sein können.

VS bestätigt: Unbedeutend

»Der Verfassungsschutzbericht des Bundes für das Jahr 2014 stellt eine anhaltende Krise der Antragsgegnerin fest. Obwohl sie weiterhin die wirkmächtigste rechtsextreme Partei sei, leide sie unter innerparteilichen Querelen, sinkenden Mitgliederzahlen, ungelösten strategischen Fragen, finanziellen Problemen und dem anhängigen Verbotsverfahren«, notiert das Gericht die Einschätzung des Geheimdienstes. Wiederholt bezieht sich die Urteilsbegründung auf entsprechende Befunde der Verfassungsschutz-Ämter aus den öffentlichen Verfassungsschutzberichten von Bund und Ländern, die zu zentralen Argumenten werden: »Der Befund geringer Wirkkraft in die Gesellschaft der Antragsgegnerin wird durch die Berichte der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder bestätigt.« Dabei legt das Gericht immer wieder sehenswerte Windungen aufs Papier. Mal stellt es zur Entlastung der NPD fest, der Partei gelinge es nicht, für ihre Aufmärsche Menschen über den eigenen Kreis hinaus zu gewinnen. Wenige Zeilen später heißt es dann aber, das an den Anti-Asyl-Protesten der NPD »auch Personen jenseits des Kreises ihrer Mitglieder und Anhänger in erheblicher Zahl teilgenommen« hätten. Das jedoch zeige dennoch keine gesteigerte Attraktivität der Partei, da »nicht ohne weiteres von einer Erhöhung der Zustimmung zu den von ihr verfolgten verfassungsfeindlichen Zielen und einer damit verbundenen Steigerung ihrer Wirkkraft in die Gesellschaft ausgegangen werden« könne, orakeln die RichterInnen.

Staat sichert Überleben der NPD

Erneut scheiterte das Verbot der NPD am Staat. Waren es im ersten Anlauf die Spitzel der Geheimdienste, die der Neonazi-Partei das Überleben sicherten, waren es nun teils dürftig zusammengetragene Fakten der Länder und am Ende eine Entscheidung des Verfassungsgerichts, das an der entscheidenden Stellen maßgeblich auf Einschätzungen des Verfassungsschutzes und einem geheimdienstnahen Wissenschaftler beruht – die VS-Behörden fungierten quasi als Bürgen der NPD. Die Feststellung der »geringen Wirkkraft« der NPD, das zeigt die Urteilsbegründung deutlich, fußt maßgeblich auf den Einschätzungen der Verfassungsschutzämter. Dabei haben die Spitzelbehörden die Neonaziszene und die extreme Rechte schon immer falsch eingeschätzt, Antikommunismus und die unwissenschaftliche Extremismus-Theorie sind ihre ideologische Leitschnur. Die öffentlichen Berichte der Dienste, die im Urteil eine zentrale Rolle spielen, werden in der Regel durch »Copy & Paste« aus vergangenen Berichten zusammengebaut. Ihr dünner Wahrheitsgehalt wird immer wieder durch die Recherchen von Opferberatungsstellen, WissenschaftlerInnen, antifaschistischen Initiativen und JournalistInnen korrigiert. Zahlen über RechtsRock-Konzerte, Gewalt, Aufmärsche und andere Aktivitäten wurden in den staatlichen Angaben immer wieder zu gering angesetzt. Wenn selbst der Präsident eines ostdeutschen Landesamtes für Verfassungsschutz öffentlich kritisiert, dass in seinem Amt »weder mündige Bürger handeln, noch der demokratische Geist stimmt«, dann weiß man, wie die ungeschminkte Wirklichkeit in der Behörde aussieht. Und dann kann man sich auch vorstellen, wie die Grundlagen für die Einschätzung zustande kamen, dass die NPD am Ende ungefährlich sei. Es ist die alte Logik der Dienste, der Extremismus-TheoretikerInnen und einem rein institutionellen Verständnis von Politik: Gefährlich ist nur, wer den Staat und die »freiheitlich-demokratische Grundordnung« in seinem Bestand infrage stellt.

Viel Lärm um ziemlich wenig

Den Gang des NSU-Prozesses seit dem letzten Herbst in einem Satz zusammenzufassen, fällt schwer – zu zerfasert, zu sehr von sinnlosen Aktionen der Verteidigung bestimmt, zu sehr auf ein Urteil und zu wenig auf echte Aufklärung des NSU-Komplexes gerichtet war der Prozess in dieser Zeit.

von Björn Elberling

Dass das Gericht nicht (mehr?) an ernsthafter Aufklärung interessiert ist, sondern einfach bald ein Urteil fällen will, zeigte es vor allem im Umgang mit Beweisanträgen der Nebenklage, insbesondere zur Rolle von V-Leuten im Umfeld des NSU und zu den teils offensichtlich gelogenen Aussagen ihrer V-Mann-FührerInnen im Prozess – diese Anträge lehnte es nämlich reihenweise ab.

Zwei von der Nebenklage gesetzten Themen ging das Gericht allerdings nach und zeigte damit, dass es diese auch für sein Urteil wichtig findet: So hörte es einen Objektschützer der Berliner Polizei, der im Mai 2000 Beate Zschäpe mit mehreren Begleitern gesehen hatte, wie sie augenscheinlich die Synagoge in der Rykestraße ausspähten. Das hatte er zwar schon damals der Polizei in Thüringen mitgeteilt, er war aber dann nach dem 4. November 2011 nicht erneut vernommen worden und wurde auch im Prozess nur auf Antrag eines Nebenklagevertreters gehört. Nun aber nahm das Gericht die Aussage des Mannes, der sich auch sechzehn Jahre später noch recht gut erinnerte, erkennbar ernst, verlas unter anderem eine Liste aus der Adressensammlung des NSU, auf der sich auch die Synagoge befand – neben mehreren hundert weiteren jüdischen Einrichtungen. Das Ganze ist ein Hinweis, dass der NSU zu Beginn seiner Existenz auch antisemitische Anschläge geplant hatte – was angesichts der bekannten antisemitischen Einstellung seiner Mitglieder nicht besonders überrascht.

Zum anderen wurden Anleitungen und »Drehbücher« für das NSU-»Paulchen Panther«-Video verlesen, die erneut zeigen, dass Beate Zschäpe an dessen Erstellung beteiligt war – insbesondere hatte sie in einer Wette aus dem Jahr 2006 »200 Videoclips schneiden« als Wetteinsatz geboten. Zusammen mit anderen Indizien, wie etwa Zschäpes Fingerabdrücken auf dem »Zeitungsarchiv« des NSU zu dessen Taten, widerlegen diese Dokumente ihre Einlassung, sie habe von den Taten immer erst hinterher erfahren, und zeigen ihre aktive Einbindung in den NSU.

Verteidigung Wohlleben: Von Eigentoren…

Was die Verteidigung angeht, so war von den Anwälten der Angeklagten Carsten Schultze, Holger Gerlach und André Eminger wenig zu hören – sie scheinen wohl davon auszugehen, ihre Aufgabe bereits erledigt zu haben. Schultze, der laut Anklage zusammen mit Wohlleben die Mordwaffe Ceska besorgt hatte, hat ja ein sehr weitgehendes Geständnis abgelegt und auch Wohlleben belastet – er behauptet nur, er habe nicht geahnt, was die NSU-Mitglieder mit der Waffe vorhatten. Gerlach hat die ihm vorgeworfenen Unterstützungshandlungen ebenfalls eingeräumt, will sie aber als reine »Freundschaftsdienste« verkaufen. Diese beiden werden also sehr wahrscheinlich nach Anklage verurteilt werden. Eminger hingegen schweigt zu den ihm vorgeworfenen Unterstützungs- und Beihilfehandlungen, aber auch gegen ihn gibt es erhebliches belastendes Beweismaterial.

Deutlich aktiver waren die VerteidigerInnen des NPD-Funktionärs Ralf Wohlleben – und zwar mit eindeutigen politischen Positionierungen, nicht nur von Nicole Schneiders, die Anfang der 2000er Jahre gemeinsam mit Wohlleben im NPD-Kreisverband Jena aktiv war, und von Ex-Wikingjugend-Funktionär Wolfram Nahrath, sondern auch von dem vorher »nur« als »Szene-Verteidiger« bekannten Olaf Klemke. Diese arbeiteten sich zunächst lange an Schultze ab und versuchten, ihn als unglaubwürdig darzustellen. Allerdings schossen sie dabei ein Eigentor nach dem anderen. Zudem warfen sie Schlaglichter auf die Ermittlungsmethoden der Polizei in den 1990er und in den 2010er Jahren.

So hatte Schultze berichtet, dass er und Wohlleben 1998/1999 zusammen mit »Kameraden« zwei Linke zusammengeschlagen und -getreten hatten – die Polizei hatte aber hierzu keine Aufzeichnungen mehr und fand auch auf Nachfrage keine. Bezeichnenderweise wurde in der BKA-Anfrage aus einem Angriff von sechs Neonazis auf zwei Männer eine Schlägerei mit »Linksextremisten«. Auch die Jenaer Polizei, das ergab sich später, hatte damals das Ganze als »Auseinandersetzung« abgetan. So verschwendete das Gericht mehrere Prozesstage mit Zeugenaussagen der damals beteiligten Neonazis und mit Nachforschungen zur Beschaffenheit des Tatorts 1998/1999 – bis ein Nebenklagevertreter sich die Mühe machte, Zeitungsarchive zu durchstöbern, und einen Zeitungsartikel zu dem Vorfall fand. Danach konnten die Geschädigten recht schnell ausfindig gemacht werden, bestätigten die Schilderungen von Schultze vollständig und stärkten damit die Glaubhaftigkeit seiner Angaben, die Wohlleben belasten.

….und Propaganda-Anträgen

Irgendwann schienen die VerteidigerInnen einzusehen, dass Wohlleben auf eine Verurteilung zusteuert – zu erdrückend war die Beweislage, zu der auch Wohlleben mit seiner eigenen Aussage beigetragen hatte, hatte er sich doch bei dem Versuch, seine damaligen Handlungen kleinzureden, verhaspelt und letztlich die Anklage zum äußeren Ablauf bestätigt.

So verlegte sich die Verteidigung zum einen auf sinnlose Befangenheitsanträge, die alle als unbegründet zurückgewiesen wurden, aber viel Zeit und Nerven kosteten. Zum anderen stellte sie mehrere Anträge, die erkennbar Propaganda für die »Kameraden« außerhalb des Gerichtssaals waren und sich auf neonazistisches Propagandamaterial bezogen, das bei Wohlleben gefunden worden war.

So ging es zum einen um die Behauptung, ‹Führer›-Stellvertreter Rudolf Heß sei von den Alliierten ermordet worden. Das sollte Heß‘ letzter Krankenpfleger im Alliierten-Gefängnis in Spandau bezeugen – der hatte vor einigen Jahren ein Buch mit dieser Behauptung geschrieben, aus dem Französischen übersetzt vom NPD-Vorstand Olaf Rose, und tingelt damit nun von NPD-Veranstaltung zu NPD-Veranstaltung. Wenig später setzte die Verteidigung noch eins drauf und wollte Rose selbst als »Sachverständigen« hören zu Heß‘ »Friedensflug« nach England 1941 und seiner Verurteilung durch das Nürnberger Tribunal.

War dieser Antrag zwar eindeutige NS-Propaganda, aber wenigstens auf die Vergangenheit gerichtet, verbreitete die Verteidigung später aktuelle rassistische »Volkstod«-Thesen: Ein Sachverständiger für Demographie solle gehört werden, um zu beweisen, dass jedermann »vom ‹drohenden Volkstod› des deutschen Volkes sprechen« könne, denn unter anderem wegen des »massenhaften Einwanderns Nichtdeutscher« werde »das deutsche Volk in seiner bisherigen Identität im Jahre 2050 eine Minderheit gegenüber den Nichtdeutschen sein« – wenn, so fügte Verteidiger Klemke hinzu, »diese Entwicklungen ihren Verlauf nehmen und nicht gestoppt werden«. Diese rassistischen Ausführungen waren verbrämt mit pseudo-verfassungsrechtlichen Argumentationen, wie sie etwa auch von der NPD im Verbotsverfahren zu hören waren – und vom Gericht natürlich abgelehnt wurden. Viele NebenklagevertreterInnen verließen aus Protest gegen die rassistischen Ausführungen Klemkes den Saal.

Verteidigung Zschäpe: viel Lärm um sehr wenig

Von der Verteidigung Zschäpes gäbe es viel über interne Streitigkeiten und Befindlichkeiten zu berichten – aber das wurde ja bereits ausführlich in der Tagespresse breitgetreten und ist zudem für eine Einschätzung des NSU-Prozesses so irrelevant wie sonst kaum ein Thema.

Ein Schwerpunkt der Verteidigungsaktivitäten bezog sich auf das Gutachten des Psychiaters Henning Saß, der Zschäpe unter anderem als egozentrisch, ganz auf sich selbst bezogen, wenig empathisch und externalisierend beschrieb und ihr für den Fall einer Verurteilung eine bleibende Gefährlichkeit bescheinigte – und der deutlich erkennen ließ, dass er Zschäpes Einlassung für wenig glaubhaft hält. Die Verteidigung bemühte sich umfangreich, aber erfolglos, das Gutachten anzugreifen.

Den »AltverteidigerInnen« Wolfgang Heer, Wolfgang Stahl und Anja Sturm ging es anscheinend vor allem darum, Sicherungsverwahrung für Zschäpe zu vermeiden – dabei ist die neben der zu erwartenden lebenslangen Freiheitsstrafe schon aus rechtlichen Gründen nicht zu erwarten.

Die »neuen« Verteidiger Mathias Grasel und Hermann Borchert hingegen verfolgten weiter die Strategie, Zschäpe mit immer neuen Erweiterungen ihrer Einlassung als eigentliches Opfer darzustellen. Zschäpe ließ dann sogar verlauten, sie verurteile die Taten von Böhnhardt und Mundlos – diese blasse Äußerung wurde aber schon dadurch konterkariert, dass Zschäpe sich weiter weigerte, Fragen der Nebenklage zu beantworten. Ansonsten ließ sie erklären, ihr gefühlloses Auftreten im Prozess sei auf eine entsprechende Anweisung von Heer, Stahl und Sturm zurückzuführen. Sie schob damit sogar die Verantwortung für ihre Außenwirkung während des Prozesses auf andere mit derselben Logik, mit der sie die Verantwortung für die Verbrechen des NSU allein auf Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos schieben will. Letztlich beschreibt sich Zschäpe weiter als Opfer – der beiden Uwes, der AltverteidigerInnen, der bösen Nebenklage und der ‹Lügenpresse›.

Der NSU und der Fall Peggy K.

Für Aufsehen sorgte noch die Bekanntgabe, in der Nähe der Leiche der 2001 ermordeten Peggy K. sei eine DNA-Spur von Uwe Böhnhardt gefunden worden, und die spätere Erklärung, es handele sich um eine Verunreinigung durch Instrumente der Spurensicherung.

Bei diesem Thema ist sicher äußerste Vorsicht geboten: Einerseits gab es im Umfeld des NSU Personen wie den V-Mann Tino Brandt, der wegen organisierten Kindesmissbrauchs verurteilt wurde, und es gab wohl auch neonazistische Drohbriefe an die Mutter von Peggy K., weil diese zum Islam konvertiert war. Und nicht zuletzt waren die Ermittlungen im Mordfall Peggy K. von demselben Ermittler geleitet worden, der auch die Ermittlungen zur NSU-Mordserie in rassistischer Manier gegen deren Opfer ausgerichtet hatte. Daher schien eine Verbindung von Böhnhardt – und damit Zschäpe – zum Mord an Peggy K. durchaus denkbar. Genauso denkbar erscheint aber eben auch eine Verunreinigung oder Übertragung von DNA-Material, wie sie ja im NSU-Kontext mit dem »Phantom von Heilbronn« schon einmal geschehen ist.

Ganz bestimmt falsch ist es aber, Thesen herauszuposaunen wie die, der NSU habe sich mit Kinderpornographie finanziert – für diese These gibt es nicht nur keine belastbaren Anhaltspunkte, sondern sie birgt zudem die Gefahr einer massiven Entpolitisierung des Themas NSU, indem Neonazi-Mörder, die rassistisch motivierte Hassverbrechen begehen, zu durchgeknallten Perversen erklärt werden, deren Beweggründe man sowieso nicht so recht beschreiben kann.

Und nun?

Was bleibt festzuhalten? Das Gericht zeigt, dass es mit dem Verfahren langsam zu einem Ende kommen will – realistisch, aber keineswegs sicher scheint ein Urteil vor der Sommerpause Anfang August. Dabei steuern die Angeklagten, allen voran Zschäpe und Wohlleben, eindeutig auf eine Verurteilung zu. Allerdings steht zu befürchten, dass das Urteil sich eng auf die den wenigen Angeklagten vorgeworfenen Taten beschränken und die politische Dimension des NSU-Komplexes nicht adäquat abbilden wird – weder das Vorgehen von Polizei und Geheimdiensten noch den Netzwerkcharakter des NSU und seine Verbindungen zur weiteren Neonazi-Szene. Für die antifaschistische Bewegung ist das indes nichts Neues – der Kampf um die Deutungshoheit zum NSU-Komplex, wie überhaupt der Kampf gegen alte und neue Nazis, wird eben nicht im Gerichtssaal gewonnen.

Björn Elberling vertritt einen Nebenkläger im Münchner NSU-Verfahren. Zusammen mit Alexander Hoffmann betreibt er den Blog www.nsu-nebenklage.de, auf dem über jeden Prozesstag auf Deutsch, Englisch und Türkisch berichtet wird.

Möglichkeiten und Grenzen

Knapp 16 Monate hatte der zweite NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages Zeit, die aus Bundessicht offenen Fragen zu klären, die im ersten Ausschuss nicht umfassend behandelt werden konnten.

von Gerd Wiegel

84 Zeuginnen und Zeugen hat der Zweite Parlamentarische Untersuchungsausschuss (PUA) NSU gehört und dabei die Themen in den Mittelpunkt gestellt, die sich erst nach dem Ende des ersten PUA ergeben haben. Zentrale inhaltliche Komplexe der Arbeit waren die »Tatorte« Zwickau und Eisenach am 4. November 2011, die Frage nach Unterstützungsstrukturen der Neonaziszene an den Tatorten der NSU-Morde und -Anschläge, das Wissen der V-Leute des Bundes und der Länder zum NSU sowie die Vernichtung von Akten im Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) unmittelbar nach der Selbstenttarnung des Trios im November 2011. Zumindest für die letzten beiden Fragen hat es neue Erkenntnisse gegeben, die auch das Gesamtbild verändern.

Gerüchte um den Tod von Mundlos und Böhnhardt

Zahlreiche Gerüchte ranken sich um die »Tatorte« Eisenach und Zwickau, teils befördert durch Verschwörungstheorien, die im Netz kursieren. Beide Orte sind keine Tatorte von unmittelbaren NSU-Taten, waren für die Aufdeckung des NSU-Komplexes aber zentral. In Eisenach wurden Mundlos und Böhnhardt nach einem von ihnen verübten Banküberfall tot in ihrem Wohnmobil aufgefunden, in Zwickau befand sich die von Beate Zschäpe in die Luft gesprengte Wohnung des Trios. Von Brandermittlern über PolizistInnen bis zu EinsatzleiterInnen hat der PUA ZeugInnen zu beiden Orten gehört und dabei im Ergebnis nichts feststellen können, was die vorhandenen Gerüchte stützt: Der Brandgutachter für Eisenach konnte mit Erläuterungen zur Ausbreitung des Rauches im Wohnmobil die fehlenden Rußpartikel in der Lunge von Mundlos genauso zufriedenstellend erklären wie das mögliche Durchladen der Waffe von Mundlos durch den Aufprall aus einer bestimmten Höhe plausibel erscheint. Der Ausschuss konnte nachweisen, dass sich Mundlos im Stehen erschossen haben muss. Die Fundstelle der Ceska-Waffe in Zwickau wurde ebenfalls detailliert rekonstruiert, nachdem Gerüchte aufgekommen waren, die Waffe sei überhaupt nicht im Brandschutt gefunden worden. Selbst die Entscheidung des Eisenacher Einsatzleiters Michael Menzel, das Wohnmobil auf einen Hänger ziehen zu lassen und damit die Veränderung von Spuren im Inneren in Kauf zu nehmen, ist zumindest nachvollziehbar vor dem Hintergrund, dass die Spurenlage im Innenraum vorher fotografisch dokumentiert wurde und die Alternative in einer (dann vier Wochen dauernden) detaillierten Spurensicherung in einem belebten Wohngebiet gelegen hätte. Nicht abschließend geklärt werden konnte, wie Beate Zschäpe am 4. November vom Tod der beiden Uwes erfahren hat und wie die Tage vorher konkret verlaufen sind.

Unterstützungsstrukturen an den Tatorten

Die Obleute aller Fraktionen hatten sich zu Beginn des zweiten PUA dahingehend geäußert, nicht länger an die These des abgeschotteten Trios glauben zu wollen, das ohne Unterstützung vor Ort die Tatorte der Morde und Sprengstoffanschläge ausgekundschaftet habe. Insgesamt wurden sieben Gutachten zu regionalen Neonazistrukturen in Auftrag gegeben, die Anhaltspunkte für Unterstützungsstrukturen sammeln sollten. Im Ergebnis ist es dem Ausschuss nicht gelungen, harte Fakten und »Anfasser« für diese These zu finden. Zwar konnte der Ausschuss, wie schon zuvor JournalistInnen und recherchierende Antifas, zahlreiche Anhaltspunkte für mögliche Unterstützungsnetzwerke präsentieren. Belege, die einen Anfangsverdacht begründen und Ermittlungen unabweisbar machen könnten, konnten jedoch nicht gefunden werden.

Exemplarisch wurde im Ausschuss die Verbindung Dortmund–Kassel über die Neonazi-Band »Oidoxie«, die von Dortmunder und Kasseler Neonazis unterstützte »Oidoxie Streetfighting Crew« und deren Bezüge ins »Blood & Honour«-Spektrum beziehungsweise zu »Combat 18« angesprochen. In Militanz, Ideologie und Strategie offenbarten die Neonazis eine Nähe zur Ausrichtung des NSU, der Nachweis konkreter Unterstützungsleistungen erfordert jedoch mehr, worauf VertreterInnen des Bundeskriminalamts (BKA) und des Generalbundesanwalts (GBA) immer wieder hinwiesen. Allerdings stellten sich dem Ausschuss die Ermittlungen so dar, dass an dem einmal festgelegten und in der Anklageschrift formulierten Bild des Trios und weniger HelferInnen nicht gerüttelt werden sollte. Um konkrete »Anfasser« für die ErmittlerInnen zu generieren, hätte überhaupt erst einmal verstärkt im Umfeld der regionalen Neonazistrukturen ermittelt werden müssen. Das konnte der Ausschuss jedoch nicht erkennen. Die von Seiten des BKA und des GBA vorgebrachten Hinweise auf das Strukturermittlungsverfahren, in dem gegen weitere Beschuldigte aus dem NSU-Umfeld und gegen »Unbekannt« wegen möglicher Unterstützung einer terroristischen Organisation ermittelt wird, waren wenig konkret und es ist kaum vorstellbar, dass hier noch einmal eine vertiefte Umfeldaufklärung stattfindet.

BfV-V-Mann im direkten NSU-Umfeld in Zwickau

Die Rolle des V-Mannes »Primus« alias Ralf »Manole« Marschner behandelte der PUA in vier Sitzungen. Marschner war von 1992 bis 2002 V-Mann des BfV, wohnte in Zwickau und kannte nach ZeugInnenaussagen das Trio schon 1998. Marschners Bauservice diente vor allem der regionalen Neonaziszene als Arbeitsmöglichkeit. Laut eines Zeugen soll Marschner bei einem Fußballturnier in Greiz die beiden Uwes gesprochen haben, dabei soll es um das Thema Waffen gegangen sein. Weitere ZeugInnen, die auch im Ausschuss gehört wurden, gaben an, Marschner habe in seiner Baufirma Uwe Mundlos beschäftigt und Beate Zschäpe habe in den Ladengeschäften von Marschner verkehrt. Erst nachdem diese Aussagen in einer ARD-Dokumentation präsentiert wurden, sah sich das BKA zu weiteren Ermittlungen veranlasst. Während die vom BKA befragten Neonazis Mundlos nicht als Mitarbeiter gesehen haben wollen, bewertete das BKA ihre Aussagen höher als die der wenigen Nicht-Neonazis im Bauservice, die Mundlos sicher oder mit einer Wahrscheinlichkeit von 50 Prozent erkannt haben wollen.

Infrage standen auch mehrere Autoanmietungen durch Marschners Baufirma an Tattagen des NSU, für die keine Anmietungen durch das Trio vorliegen. Auch hierzu verliefen die Befragungen durch das BKA ausweislich der Akten oberflächlich, führten jedoch aus Sicht des BKA zu dem Ergebnis, dass ein Verdacht gegen Marschner nicht erhärtet werden konnte. Mindestens für »Die Linke« stellt sich das Ergebnis der Befragungen zu Marschner aber so dar, dass ein Kennverhältnis zum Trio nach 1998 nicht ausgeschlossen werden kann. Nach Überzeugung von



< *Der VS hat mit Erfolg geschreddert*

Mitgliedern des PUA wusste Marschner als wichtige Figur der regionalen Neonaziszene mit großer Wahrscheinlichkeit über die Anwesenheit der drei abgetauchten ThüringerInnen in Zwickau Bescheid, zumal er mit den aktiven UnterstützerInnen des Trios wie Thomas Starke, Jan Werner, Max Florian Burkhardt und Susann Eminger bestens bekannt war. Entweder hat Marschner das BfV und seinen V-Mann-Führer systematisch im Dunkeln gehalten oder das BfV wusste sehr viel mehr über den Aufenthaltsort des Trios als bisher bekannt.

Angezogene Handbremse bei Ermittlungen zu V-Leuten

Im Juni 2015, also nach Abschluss des ersten PUA-NSU, war bekannt geworden, dass das Phantombild des mutmaßlichen Täters des Bombenanschlags in der Kölner Probsteigasse im Jahr 2001 eine frappierende Ähnlichkeit mit einem V-Mann des Landesamts für Verfassungsschutz (LfV) Nordrhein-Westfalen aufwies. Eine BfV-Mitarbeiterin hatte im Rahmen der Nachermittlungen nach dem Auffliegen des NSU Ähnlichkeiten zwischen dem Phantombild des Attentäters und einem Mitglied der Kameradschaft Walter Spangenberg aus NRW festgestellt. Dem LfV war dieses Mitglied der Kameradschaft gut bekannt, handelte es sich doch um ihren V-Mann Johann H.

Beim GBA ermittelte man zur Spur Johann H. in fragwürdiger Art und Weise. Den ZeugInnen, der Familie M. aus dem Geschäft, in dem die Bombe deponiert wurde, legte man völlig untaugliche Fotos von H. vor und nahm jeden Zweifel an der Wiedererkennung als Beleg für die Entlastung des V-Mannes. Eine Vernehmung von H. gab es nicht, dem BKA wurde von Seiten des GBA explizit untersagt, an den V-Mann heran zu treten. Das fügte sich ins Bild des Umgangs mit Neonazispitzeln im NSU-Zusammenhang.

Vertuschung im BfV

Dafür, dass es im BfV ein größeres Wissen zum NSU gegeben haben muss als bis heute eingestanden wird, sprechen auch die Aktenvernichtungen im BfV im November 2011 durch den Referatsleiter Lothar Lingen. Er ließ gezielt V-Mann-Akten aus dem Umfeld des »Thüringer Heimatschutzes« vernichten, der Ende der 1990er Jahre vom Verfassungsschutz mit V-Leuten durchsetzt gewesen war. Während dem ersten PUA-NSU von Seiten des Innenministeriums weisgemacht werden sollte, die Akten seien aus Datenschutzgründen – weil sie schon längst hätten vernichtet werden müssen – nach Durchsicht geschreddert worden, ergab die Vernehmung von Lothar Lingen inzwischen ein ganz anderes Motiv. In seiner Vernehmung beim GBA gab er an: »Mir war bereits am 10./11. November 2011 völlig klar, dass sich die Öffentlichkeit sehr für die Quellenlage des BfV in Thüringen interessieren wird. Die bloße Bezifferung der seinerzeit in Thüringen vom BfV geführten Quellen mit acht, neun oder zehn Fällen hätte zu der – ja nun auch heute noch intensiv gestellten – Frage geführt, aus welchem Grunde die Verfassungsschutzbehörden über die terroristischen Aktivitäten der Drei eigentlich nicht informiert gewesen sind. Die nackten Zahlen sprachen ja dafür, dass wir wussten, was da läuft, was aber ja nicht der Fall war. Und da habe ich mir gedacht, wenn der quantitative Aspekt, also die Anzahl unserer Quellen im Bereich des THS und in Thüringen nicht bekannt wird, dass dann die Frage, warum das BfV von nichts was gewusst hat, vielleicht gar nicht auftaucht.«

Vorsätzliches Schreddern, um das Wissen des BfV zum Trio zu vertuschen – diese Hypothese ist auch vor dem Hintergrund, wessen Akten Lingen vernichten ließ, plausibel. Die Akte »Tarif« befand sich darunter – hinter diesem Decknamen verbirgt sich der Thüringer Neonazi Michael See, der damals enge und gute Kontakte in der Szene hatte. See gab 2014 in einem Spiegel-Interview an, er sei 1998 von André Kapke nach einer möglichen Unterkunft für das Trio gefragt worden. Sein V-Mann-Führer, dem er davon berichtet haben will, habe ihm gesagt, er solle die Finger davon lassen. »Tarif« hätte dem BfV also das gesuchte Trio auf dem Silbertablett präsentieren können, das Amt habe aber abgelehnt. Von Seiten des BfV wird diese Version bestritten – nachdem man die Akten von »Tarif« geschreddert hat, lässt sich weder das Eine noch das Andere schlussendlich belegen.

Nicht blind auf dem rechten Auge

Nach zwei NSU-Untersuchungsausschüssen im Bund scheint festzustehen, dass der Verfassungsschutz nicht so blind auf dem rechten Auge war wie häufig angenommen. Die zusammengetragenen Indizien sprechen dafür, dass man im Amt mehr über Verbleib und Aufenthalt des Trios wusste, als man bisher zugab. Welche negativen Folgen hat das für den Inlandsgeheimdienst? Keine, wenn es nach der Mehrheit im PUA und im Bundestag geht. Mehrere hundert Millionen Euro zusätzlich für das BfV und ein Stellenaufwuchs in dreistelliger Höhe – das war das Ergebnis des ersten PUA-NSU. Hier zeigen sich die Grenzen parlamentarischer Aufklärung.

»Gruppe Freital«: militante Beiträge zur Flüchtlingsdebatte

von Kristin Pietrzyk und Alexander Hoffmann



^ *Aktion von AntifaschistInnen zum Prozessbeginn*

Seit dem 7. März 2017 verhandelt das Oberlandesgericht Dresden den Prozess gegen die so genannte »Gruppe Freital«, der eine Serie von Anschlägen und Angriffen gegen Geflüchtete und deren UnterstützerInnen vorgeworfen wird. Der Prozess, der in einem eigens dafür umgebauten Gebäude geführt wird, das zynischerweise ursprünglich als Erstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete gebaut wurde, wird im Bundesland Sachsen kontrovers diskutiert. Die Anklage wirft den Mitgliedern der Gruppe unter anderem die Bildung einer terroristischen Vereinigung, versuchten Mord, gefährliche Körperverletzung und Sachbeschädigung – all dies teilweise durch Sprengstoffexplosionen begangen – vor.
Die Anklage am Staatsschutzsenat des OLG Dresden wurde erst dadurch möglich, dass die Bundesanwaltschaft die zunächst einzeln geführten Verfahren gegen den Willen der Generalstaatsanwaltschaft Dresden an sich gezogen und zu einem Komplex verbunden hat. Die sächsische Justiz hatte dies unterlassen und einen zentralen Teil der Vorwürfe lediglich vor dem Jugendschöffengericht angeklagt. Der Generalbundesanwalt (GBA) befürchtete offensichtlich, dass ohne massive Intervention und die Festnahmen von Gruppenmitgliedern weitere Anschläge erfolgen und zu Toten führen würden. Die sächsische Generalstaatsanwaltschaft hegte solche Befürchtungen zu keiner Zeit.

Die Anschläge

Ob es sich bei den nun angeklagten Anschlägen um alle handelt, die aus der »Gruppe Freital« heraus begangen wurden, ist bislang ungewiss. Der Generalbundesanwalt wirft der Gruppe unter anderem einen Sprengstoffanschlag am 27. Juli 2015 auf den PKW des Politikers Michael Richter von der Partei »Die Linke«, einen Sprengstoffanschlag am 19./20. September 2015 auf eine Flüchtlingswohnung in der Freitaler Bahnhofstraße, einen Sprengstoffanschlag am 20. September 2015 auf das Parteibüro von »Die Linke«, einen gemeinsam mit der »Freien Kameradschaft Dresden« (FKD) am 18./19. Oktober 2015 durchgeführten Überfall mit Sprengstoffeinsatz gegen ein Wohnprojekt in der Overbeckstraße sowie einen Sprengstoffanschlag am 1. November 2015 gegen eine Flüchtlingswohnung in der Wilsdruffer Straße vor.
Die Anschläge wurden wohl größtenteils mit Sprengkörpern, die in der Tschechischen Republik halblegal erworben werden können, durchgeführt. Diese Sprengkörper mit Markennamen wie »Cobra« oder »Viper« sind äußerst gefährlich. Sie können sowohl durch die entstehende Druckwelle zu lebensgefährlichen bis tödlichen Verletzungen wie Lungenrissen führen, als auch durch die durch die Explosion entstehende Splitterwirkung, wenn sie zum Beispiel von außen an einer Fensterscheibe detonieren und sich im Zimmer Menschen befinden. Diese von solchen Sprengkörpern ausgehende Lebensgefahr ist auch allgemein bekannt, kursieren im Internet doch tausende von Videos, die Sprengversuche mit dieser Art Sprengkörper dokumentieren. Die Mitglieder der »Gruppe Freital« diskutierten solche Videos in ihrem internen Chatroom und führten auch selbst Sprengversuche durch.

Die Anschläge der Gruppe erfolgten mit einer ansteigenden Lebensgefährlichkeit für die Anschlagsopfer. Richteten sich die ersten Anschläge noch gegen Sachen, wurden schon bald Wohnungen ins Auge gefasst. Bei Anschlägen auf Wohnungen verwendete die Gruppe immer mehr Energie darauf, die Verletzungs- beziehungsweise Tötungswahrscheinlichkeit zu erhöhen. Beim Anschlag auf die Bahnhofstraße wurde der Sprengsatz nachts an einem Fenster der Wohnung gezündet, in der zwar nach Angaben des Angeklagten Patrick Festing Licht brannte, aber keine Menschen in dem Zimmer zu sehen waren. Beim Anschlag auf das Wohnprojekt war es unklar, ob sich in den Zimmern, in die Sprengsätze geworfen werden sollten, Menschen befinden. Allerdings wussten die AngreiferInnen, dass das Haus bewohnt war. Sie planten einen »Ablenkungsangriff«, um auf der anderen Hausseite die Scheiben unbemerkt einschlagen und unter anderem Sprengsätze, die mit mit Buttersäure gefüllten Glasflaschen verbunden waren, in die Zimmer zu werfen. Bei dem Anschlag auf die von Geflüchteten bewohnte Wohnung in der Wilsdruffer Straße wurden schließlich Sprengsätze an allen drei Fenstern der Wohnung gezündet, während Menschen in einem Zimmer sichtbar am Küchentisch saßen. Hier misslang der Mordversuch nur, weil die Geflüchteten die brennende Lunte sahen und das Zimmer unmittelbar vor der Explosion verlassen konnten.
Dass es den Mitgliedern der Gruppe gerade darauf ankam, ihre Opfer schwer zu verletzen oder zu töten, lässt sich an Diskussionen und Äußerungen in ihrem verschlüsselten Chat ablesen, an dem nur Gruppenmitglieder teilnehmen konnten. Mit offen neonazistischer und rassistischer



Propaganda und menschenverachtenden Hassparolen wurde dort Geflüchteten, Nichtdeutschen oder Linken das Lebensrecht abgesprochen.

Die Gruppe

Der größere Teil der Gruppe war vorher nicht in Neonazi-Organisationen aktiv. Die beiden als mutmaßliche Rädelsführer verdächtigten Patrick Festing und Timo Schulz hingegen waren bereits vorher Teil organisierter Neonazi-Netzwerke. Der ursprünglich aus Hamburg stammende Schulz bewegte sich dort im Umfeld der inzwischen verbotenen »Weisse Wölfe Terrorcrew« und nahm regelmäßig an bundesweiten Neonazi-Aufmärschen teil. Patrick Festing war zeitweise in der Neonazi-Hooligan-Gruppe »Faust des Ostens« aktiv. Das jüngste Gruppenmitglied, Justin S., gab in den ersten Verhandlungstagen an, dass der Freitaler Stadtrat Dirk Abraham (NPD) ebenfalls Mitglied der Gruppe sei und der Angeklagte Knobloch zusätzlich Mitglied der »Freien Kameradschaft Dresden« war. Andere Gruppenmitglieder waren offensichtlich in der Dynamik der »Nein zum Heim«-Kampagnen und des gesellschaftlichen Rechtsrucks im Schnelldurchlauf radikalisiert worden.
Durch die Zusammenarbeit mit dem NPD-Mitglied Abraham dürfte die Gruppe mit Informationen aus der Stadtverwaltung versorgt worden sein, die Nähe zur FKD sorgte für regionale Unterstützung, Ansehen und Kontakte zu weiteren Strukturen. An überregionalen Aufmärschen wurde zum Teil geschlossen teilgenommen. Kontakte gab es offensichtlich auch zu einzelnen Polizeibeamten. So sagte ein Angeklagter gegenüber der Polizei aus, sie hätten Informationen von einem Beamten erhalten. Die daraufhin eingeleiteten Strafverfahren wurden zwischenzeitlich mit sächsischer Leichtigkeit eingestellt, hatten die verdächtigen Beamten die Vorwürfe doch »glaubhaft« bestritten.
Die Gruppe traf sich regelmäßig an einer Tankstelle gegenüber dem Polizeirevier, kümmerte sich aber bereits um die Anmietung von Räumen. Die interne Kommunikation erfolgte über ein Chatprogramm, mit dem verschlüsselte Kommunikation möglich war. Im dem so genannten »schwarzen Chat« wurde offen über Anschläge und Motive geschrieben.

Der Prozess

Der vorerst bis Ende 2017 angesetzte Prozess konnte schon nach wenigen Wochen zeigen, dass die sächsischen Neonazi-Netzwerke nicht an ihrer Stärke und ihrer Handlungsfähigkeit verloren haben. Bereits jetzt steht fest, dass die »Gruppe Freital« über die angeklagten Taten hinaus ihre politischen Ziele mit Gewalt umzusetzen versuchte. An den bislang 14 Verhandlungstagen sagten neben weiteren Zeugen lediglich zwei der Angeklagten aus. Der jüngste Angeklagte Justin S. ließ sich bereits am zweiten Verhandlungstag geständig ein und offenbarte das Ausmaß an Organisation und Vernetzung der Gruppe. Er sei gezielt angesprochen worden, sich von einer vermeintlich flüchtlingssolidarischen Gruppe abzugrenzen und sich dem Kreis um die übrigen Angeklagten anzuschließen. Identitätsstiftend für die Gruppe sei die Anti-Asyl-Bewegung, die gemeinsamen Treffen und der Zusammenhalt der Gruppe gewesen. Fast schon militärisch sei der Angriff auf das Dresdner Wohnprojekt geplant worden. Inzwischen sagte auch der Angeklagte Festing aus und gab an, dass sich sowohl Mitglieder der »Gruppe Freital« als auch Mitglieder der FKD an der Planung und Ausführung der Tat arbeitsteilig beteiligten. Beide Angeklagten gaben weitere Anschlagsziele, wie zum Beispiel das als Flüchtlingsunterkunft geplante Dresdner Oktoberfestzelt, und bereits zurückliegende Taten von Angeklagten bekannt.
Gleichzeitig gibt der Prozess einen erschreckenden Einblick in die »Sächsischen Verhältnisse«: Ein Zeuge, der den im selben Haus wohnenden Geflüchteten die Schuld dafür gibt, dass sein Wohnhaus durch die Angeklagten angegriffen wurde, PolizeibeamtInnen, die NS-Symbolik, flüchtlingsfeindliche Propaganda und RechtsRock als »nicht verfahrensrelevant« einstufen, ein Ermittlungsrichter, der seine Entscheidungen nach Bauchgefühl traf und eine Staatsanwaltschaft, die zwar willfährig die Arbeitsaufträge der Polizei bezüglich Durchsuchungs- und Überwachungsbeschlüssen erfüllt, jedoch die Augen vor gefestigten neonazistischen Strukturen verschließt und damit deren (potenzielle) Opfer bereitwillig in Gefahr bringt.
Wie lange der Prozess vor dem OLG Dresden dauern wird, ist ungewiss. Das Gericht lässt bereits jetzt erkennen, dass es gewillt ist, die Anklage konsequent abzuarbeiten. Bislang gelingt dies, was unter anderem an einer wenig strategisch agierenden Verteidigung liegt. Ob das Gericht und die Bundesanwaltschaft darüber hinaus an einer Aufklärung der gesellschaftlichen Ursachen, dem Versagen der sächsischen Ermittlungsbehörden, den polizeilichen Verstrickungen, dem unterstützenden Neonazi-Netzwerk aus anderen Gruppen und Parteimitgliedern und weiteren Taten der Gruppe interessiert sind, wird sich alsbald zeigen.
Was dieser Prozess jedoch leisten könnte, wäre einen Blick auf die konkreten Umstände und Strukturen zu eröffnen, die es derzeit ermöglichen, dass sich innerhalb weniger Monate militant agierende Neonazistrukturen bilden und in der Lage sind, sich zu vernetzen und sodann Taten zu begehen, die bewusst Menschenleben gefährden, um ihre politischen Ziele durchzusetzen.

Unter https://www.gruppe-freital-nebenklage.de berichten die VerfasserInnen aktuell über den Verlauf des Prozesses beim OLG Dresden.

Netzwerken im Nahen Osten

Die Neonazi-Partei »Der III. Weg« pflegt intensiv internationale Kontakte. Neben teils langjährig gewachsenen Beziehungen innerhalb Europas knüpft sie in jüngster Zeit auch Verbindungen nach Syrien und in den Libanon.

von Jan Nowak

Wunsiedel, November 2016. Wie jedes Jahr hat »Der III. Weg« anlässlich des Volkstrauertages zum ‹Heldengedenken› geladen. Am Platz der Auftaktkundgebung finden sich nach und nach gut 200 TeilnehmerInnen ein, darunter auch zwei Männer, die Mützen der flämischen »Nationalistischen Studentenvereinigung« (NSV) tragen. Bevor sich der Zug in Bewegung setzt, unterhalten sie sich angeregt mit Stefan Schäfer, einem jungen Anhänger der Partei »Der III. Weg« aus dem oberbayerischen Puchheim im Landkreis Fürstenfeldbruck. Man kennt sich schließlich: Frederik Vandelannoote, der auch beim »Vlaams Belang« und dessen Jugendorganisation aktiv ist, und Rohalt Gysemans nahmen im Mai 2016 gemeinsam mit Schäfer an einer Delegationsreise nach Syrien teil. Organisiert wurde diese von der »European Solidarity Front for Syria« (ESFS), einem Zusammenschluss extrem rechter Organisationen aus verschiedenen europäischen und südamerikanischen Ländern zur Unterstützung des Regimes von Bashar al-Assad. Durch Kongresse, Kundgebungen und Delegationsreisen versuchte die ESFS in den letzten Jahren Öffentlichkeitsarbeit für das Regime in Damaskus zu machen. Zieht man die Berichte der nationalen Sektionen über die eigenen Aktivitäten als Indikator heran, dürfte der Zenit des Engagements in den meisten Ländern zwischenzeitlich jedoch deutlich überschritten sein.



In Deutschland entwickelte die ESFS ohnehin kaum Aktivitäten, ein Vortrag im Januar 2016 in München ist eine der wenigen bekannten Veranstaltungen. Hierfür soll extra ein Referent aus Flandern angereist sein, was kaum für handlungsfähige Strukturen vor Ort spricht. Laut einem Bericht der Partei »Der III. Weg« hat diese Veranstaltung ihren Anhänger Schäfer inspiriert, sich der Delegation nach Syrien anzuschließen. Die Mehrheit seiner Mitreisenden kam indes aus Belgien. Neben den oben erwähnten Vandelannoote und Gysemans war beispielsweise Ruben Rosiers Teil der etwa zehnköpfigen Gruppe. Der emsige Protagonist der extrem rechten ‹Syriensolidarität›, der die ESFS auch schon international repräsentierte, hat Stationen in verschiedenen Organisationen der belgischen extremen Rechten hinter sich. Einst war er bei der NSV aktiv, später bei einer nationalrevolutionären Splittergruppe. Mit von der Partie war auch die in Belgien lebende syrische ‹Bürgerrechtsaktivistin› Rima Darious. Wie auch Rosiers trat sie beispielsweise bei Konferenzen der extrem rechten Hilfsorganisation »Solidarité Identités« (SOL.ID) im September 2015 in Rom und im April 2016 in Antwerpen in Erscheinung. Darüber hinaus ist sie eine gefragte Interviewpartnerin verschiedener Medienprojekte der extremen Rechten im deutschsprachigen Raum. Formaten wie »Zuerst!« oder »FPÖ-TV« diktiert sie, was diese hören wollen: Bei den syrischen Flüchtlingen in Europa handle es sich um ‹Wirtschaftsflüchtlinge› und SympathisantInnen des islamistischen Terrorismus und die syrische Armee kämpfe mit russischer Unterstützung für eine gute Sache. Entsprechende Inhalte konnte sie auch auf Einladung des Bildungsinstituts der »Freiheitlichen Partei Österreichs« und des »Liberalen Clubs« bei deren Nahost-Konferenz im Februar 2016 verbreiten. Ebenfalls Teil der Delegation war Nico Creces, der für den »Vlaams Belang« im Rat der flämischen Stadt Aarschot sitzt. Wie Rosiers und Darious übernahm er während der Delegationsreise auch repräsentative Aufgaben.

Nach der Reise veröffentlichte »Der III. Weg« einen mehrteiligen Reisebericht auf seiner Homepage. Die einwöchige Reise war demnach straff durchgeplant. Die Anreise erfolgte via Istanbul und Beirut. Dort, so der Autor, sei er von Kameraden der ESFS in Empfang genommen worden. Mit einem Kleinbus ging es gemeinsam weiter nach Damaskus, wo die Gruppe drei Tage verbrachte. Auf dem Programm standen einerseits touristische Aktivitäten wie die Teilnahme an einem Gottesdienst der syrisch-orthodoxen Kirche mitsamt Fototermin beim Patriarchen und Sightseeing. Laut dem Reisebericht gab es auch ein Treffen mit dem Informationsminister Omran al-Zoubi und der Präsidentenberaterin Bouthaina Shaaban. Sie erläuterten der Gruppe, die mediale Darstellung des Vorgehens der syrischen Regierung sei völlig verzerrt, und versorgten sie mit ‹alternativen Fakten›. Auch ein Treffen mit dem Großmufti von Syrien, Ahmad Badreddin Hassoun, fand statt. Der islamische Rechtsgelehrte, der im Westen als moderat gehandelt wird, rief syrische Eltern im Jahr 2013 dazu auf, ihre Kinder zur Armee zu schicken, um das Vaterland gegen eine angebliche Verschwörung ausländischer Feinde, verräterischer Araber, Zionisten und Anhänger des Westens zu verteidigen. Nach Damaskus standen der Besuch der erheblich zerstörten Stadt Homs und Treffen mit lokalen Vertretern der »Baath-Partei« sowie dem Gouverneur in Latakia an, die vor ‹Schläfern› unter den syrischen Flüchtlingen in Europa beziehungsweise der Gefahr des islamistischen Terrorismus allgemein warnten; eine Botschaft, die bei den ZuhörerInnen auf offene Ohren gestoßen sein dürfte. Dass der Leiter einer Flüchtlingsunterkunft in der Kleinstadt Harim ihnen während einer Exkursion versicherte, die syrische Regierung sorge vor Ort gut für die untergebrachten Menschen, dürfte der Gruppe politisch ebenfalls ins Konzept gepasst haben. Zum Ende der Reise traf sich die Delegation noch zu einem Gespräch mit einem verletzten Soldaten, nachdem sie bereits vorher einen ‹Märtyrerfriedhof› besucht hatte.

Die Faszination für Opferbereitschaft und Märtyrerkult wird in den Berichten der Partei »Der III. Weg« ebenso sichtbar wie jene für die Allgegenwärtigkeit des Präsidenten im öffentlichen Raum, den alltäglichen Antizionismus und ‹Antiimperialismus› sowie den Militarismus und syrischen Nationalismus allgemein. Im Kontrast zum ‹verwestlichten› Libanon merkt Schäfer außerdem an: »In Syrien glänzt nichts. In Syrien gibt



es keine Fast-Food-Läden. Keine teuren Wagen. Keine grellen Lichter. Aber Syrien hat eine Identität. Diese Identität ist der Stolz der Syrer. Für die Freiheit dieses Landes sind viele bereit zu kämpfen. Und grade jetzt wird mir bewusst, warum mir dieses Land so sympathisch ist.« Bei so viel ‹Natürlichkeit› kann es einem völkischen Nationalisten schon mal warm ums Herz werden. Als Fazit der Reise stellt Schäfer abschließend fest, Europa müsse schon deshalb mit der syrischen Regierung ins Gespräch kommen, um der ‹Flüchtlingskrise› endlich Herr zu werden. Doch auch ideologische Gemeinsamkeiten werden für die Solidarität mit dem Assad-Regime ins Feld geführt. Denn dort passiere bereits das, wovon in Europa oft nur gesprochen werde: »Man kämpft gegen den Einzug des Kapitalismus und Zionismus, für Freiheit und den eigenen Sozialismus.«

Hängengeblieben im Libanon

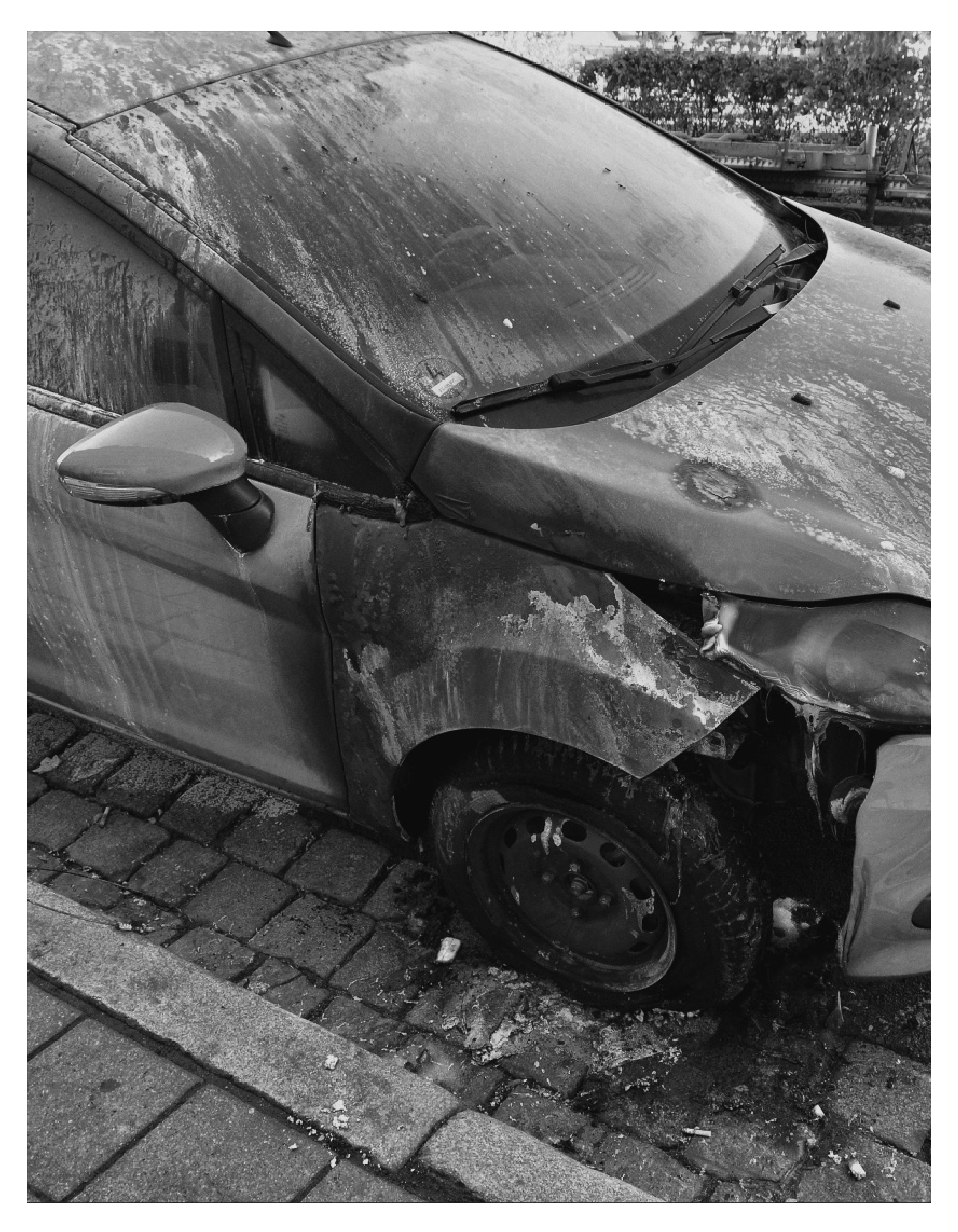
Nach der Delegationsreise mit der ESFS organisierten verschiedene Stützpunkte der Partei »Der III. Weg« Veranstaltungen, bei denen ihr Kamerad von seinen Eindrücken und Erlebnissen berichtete. Die Schilderungen weckten offensichtlich Interesse: Bereits Ende Februar 2017 wollte sich eine eigene Delegation der Partei auf den Weg nach Syrien machen. Sie kam allerdings nur bis nach Beirut, aufgrund von Visaproblemen konnten die Neonazis nicht nach Syrien einreisen. Der kleinen Gruppe gehörten diesmal unter anderem der Gebietsverbandsleiter Süd der Partei, Kai Zimmermann aus Nürnberg, die Anhänger des Stützpunktes Ostbayern Johannes Kreuzhuber und Marian Mörtlbauer aus Pocking im Landkreis Passau sowie wiederum Stefan Schäfer an. Auch nach dieser Reise veröffentlichte »Der III. Weg« einen Bericht, zwei Aktivitäten sind dabei von besonderem Interesse:

Zum einen besuchte die Gruppe den »Mleeta Widerstandspark«. Die islamistisch-nationalistische Hisbollah präsentiert dort auf dem Gelände ihres ehemaligen Stützpunktes eine verklärende Sicht auf die Geschichte der eigenen Organisation, ihrer terroristischen Anschläge und der Auseinandersetzung mit Israel. Die Anlage ist eine Mischung aus Kriegsmuseum und Freizeitpark, viel Wert wird dabei auf ‹Erfahrbarkeit› gelegt. Nach einem Begrüßungsfilm, in dem Hisbollah-Generalsekretär Hassan Nasrallah die Hoffnung äußert, das »touristische Dschihad-Center möge ein erster Schritt zur Erhaltung der Geschichte des heroischen Widerstands« sein, geht es los. Zwischen Schützengräben und Tarnnetzen finden sich nachgestellte Kriegsszenen, die als Hisbollah-Kämpfer verkleidete Puppen mit allerlei Kriegsgerät in Aktion zeigen. Geneigte BesucherInnen können auch selbst Hand anlegen und sich beispielsweise im Umgang mit einer Flugabwehrkanone ausprobieren. Eine ‹Kunstinstallation› zeigt außerdem einen israelischen Panzer, militärische Ausrüstungsgegenstände und jüdische Grabsteine, die in einem riesigen Strudel in die Tiefe gezogen werden. Angesichts des eigenen Antisemitismus ist es wenig verwunderlich, dass es für die neonazistische Delegation eine »ergreifende Erfahrung« war, den »heldenhaften Widerstand der kampferprobten libanesischen Miliz gegen die technologisch überlegene jüdische Armee« kennenzulernen. Einem Mitreisenden scheint es die Hisbollah besonders angetan zu haben. So ist im Bericht die Rede davon, ein Souvenir mit dem Logo der Terrororganisation habe beim Zoll in Deutschland zu Irritationen geführt.

Weiter traf »Der III. Weg« im Libanon noch Hassan Sakr, den Auslandsbeauftragten der »Syrisch Sozial-Nationalistischen Partei« (SSNP). Die Partei träumt von einem Großsyrien, das neben dem heutigen syrischen Staat auch den Libanon, Jordanien, Irak und Palästina umfassen soll. Dabei ist sie säkular ausgerichtet, statt Religion zählt für sie Nation und Rasse. Sie lehnt die Existenz Israels ab und ist nicht ‹nur› antizionistisch, sondern auch explizit antijüdisch ausgerichtet. Aktuell sitzt sie mit zwei Abgeordneten im libanesischen Parlament und kämpft mit einer Miliz von etwa 5.000 Mann auf der Seite Assads im Syrienkrieg, eine Abspaltung der Partei ist sogar direkt in die syrische Regierung eingebunden. Da man die SSNP durchaus in einer faschistischen Tradition sehen kann, ist es wenig verwunderlich, dass Sakr nicht zum ersten Mal Kontakt mit Akteuren der europäischen extremen Rechten hatte. Im September 2015 trat er beispielsweise als Redner bei der oben erwähnten Konferenz von SOL.ID in Rom auf, im Oktober 2016 in Wismar beim »Freiheitlichen Kongress« der »Europa Terra Nostra«-Stiftung der europäischen Partei »Alliance for Peace and Freedom« (APF).

Vom Nutzen

Was für eine Bedeutung ist diesen neuen internationalen Kontakten der Partei »Der III. Weg« beizumessen? Eine umfassende Analyse wird dadurch erschwert, dass die meisten Informationen auf von Neonazis zur Verfügung gestelltem Material basieren. Gleichwohl kann festgehalten werden: Anders als bei extrem rechten Parteien, die auf parlamentarischer Ebene vertreten sind, wird sich der propagandistische Nutzen für das Assad-Regime in engen Grenzen halten. Hierzu passt, dass »Der III. Weg« es nur mit der ESFS-Delegation, nicht aber allein nach Syrien geschafft hat. Für die Neonazipartei selbst dürfte die Kompensierung der eigenen relativen politischen Bedeutungslosigkeit durch Kontakte auf dem Parkett der großen Politik eine wichtige Rolle spielen. Wie sich durch die Teilnahme der Belgier beim ‹Heldengedenken› in Wunsiedel zeigt, hat die gemeinsame Delegationsreise zudem die innereuropäische Zusammenarbeit im Kleinen gestärkt.



^ *Brandanschlag auf das Auto einer Familie in Fürth, die sich antifaschistisch engagiert*

»Sinkende Hemmschwellen«

In Berlin-Neukölln hat es seit Herbst 2016 mehr als drei Dutzend Anschläge auf politische GegnerInnen gegeben. Betroffen waren unter anderem GewerkschafterInnen, SozialdemokratInnen, Jugendverbände, KirchenvertreterInnen, BuchhändlerInnen und ein linkes Café. Auch wenn bisher keine TäterInnen gefasst wurden – alle Indizien deuten auf die Urheberschaft von Neonazis. Mit der Neuköllner DGB-Kreisvorsitzenden und Sozialdemokratin Mirjam Blumenthal sprach Sascha Schmidt für »der rechte rand«.

drr: Im Januar diesen Jahres wurde dein Auto angezündet. Das war nicht der erste Brandanschlag, der dir oder von dir betreuten Initiativen galt.

Mirjam Blumenthal: Seit vielen Jahren wird der »Kinder- und Jugendverband SJD – Die Falken«, wo ich aktiv bin, von der rechten Szene bedroht. 2011 gab es zwei Brandanschläge auf unser Verbandshaus, Gruppenleiter wurden zusammengeschlagen und ich bekam Morddrohungen. Im Dezember 2011 wurde uns durch das BKA mitgeteilt, dass wir auf der Liste des NSU standen.

In den vergangenen Monaten wurden zahlreiche weitere Anschläge auf Personen oder Institutionen in Neukölln verübt, die sich gegen Rechts engagieren. Welche Strategie steckt deiner Meinung nach dahinter?

Es ist leichter nachts unbemerkt einen Brandsatz zu legen, als mit wenigen Personen eine Demo durchzuführen, der sich viel mehr DemokratInnen entgegenstellen. Die Präsenzkultur der rechten Szene hat sich stark verändert. Sie radikalisiert sich und versucht uns einzuschüchtern. Ein Brandsatz an einem Verbandshaus oder einem Buchladen ist schlimm, das kann die wirtschaftliche Existenz der Betroffenen zerstören, und schüchtert ein und macht Angst. Ein Brandsatz vor dem Haus, in dem die Familie lebt, ist eine neue Dimension. Hier wird konkret in Kauf genommen, dass die Flammen auf das Haus übergreifen und Menschen zu Tode kommen. Ich selbst habe erlebt, wie Neonazis auf einem Parkplatz während einer Diskussionsveranstaltung gegen Rechts Autokennzeichen aufgeschrieben haben. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass sie uns auch von Veranstaltungen gefolgt sind oder Verbindungspersonen mit Zugang zu den Adressen der HalterInnen der Fahrzeuge haben. Die Strategie bleibt immer die gleiche, nur die Taktik hat sich verändert: »Wir wollen unsere Positionen durchsetzen und letztendlich die Demokratie abschaffen.« Das wird umso deutlicher, wenn man sich anschaut, wer betroffen ist: Mitglieder von demokratischen Parteien und Jugendverbänden, GewerkschafterInnen und Gruppen oder Personen, die sich besonders für den Zusammenhalt der demokratischen Gesellschaft stark machen.

Berlin und gerade Neukölln gelten ja als eher weltoffen und kulturell ausdifferenziert. Von außen betrachtet verwundert es schon, dass sich dort Neonazis offenbar zunehmend mehr in die Offensive begeben können. Wie bewertest Du die extrem rechten Strukturen vor Ort? Sind diese auch im Alltag wahrnehmbar?

In Neukölln leben 330.000 Menschen aus über 150 unterschiedlichen Herkunftsländern zusammen. Wir sind ein sehr heterogener Stadtbezirk. Doch die rechte Szene hat eine traurige Tradition in Neukölln. Schon in den Neunzigern haben wir rechte Übergriffe erlebt. Ein Täter – er stellte sich später als der V-Mann Piatto heraus – wurde auch im Zusammenhang mit dem NSU genannt. Wir wissen nicht, ob es sich um die gleichen Täterkreise wie 2011 und 2012 handelt, aber die Muster ähneln sich sehr. 2011 gab es »Feindeslisten«. Dort wurden Organisationen und Verbände, aber auch Einzelpersonen mit Namen und Orten gelistet. Viele dieser Orte wurden nacheinander ‹abgearbeitet›. 2016 gab es neue Listen, seit der neuen Anschlagswelle ging es aber vor allem um Ziele, die auch auf der Liste von 2011 waren.

Im September zog die »Alternative für Deutschland« (AfD) mit rund 14 Prozent der Stimmen und 25 Sitzen ins Berliner Abgeordnetenhaus ein und ist auch in allen Bezirksverordnetenversammlungen vertreten. In Neukölln stellt die AfD einen Stadtrat. Der Stadtteil steht als Symbol für die verhasste »Multikulti«-Gesellschaft. Hast du das Gefühl, dass sich seit den Wahlen die Stimmung geändert hat und sich Neonazis möglicherweise nun als »Vollstrecker des Volkswillens« begreifen?

Die Bezirksverordnetenversammlung von Neukölln ist leider nicht zum ersten Mal mit rechten Parteien konfrontiert. Die AfD in Neukölln ist mit acht Personen als Fraktion gestartet. Schon nach kurzer Zeit ist die einzige Frau aus der Fraktion ausgetreten und nun fraktionslos. Sie war mit dem Stadtratsvorschlag der AfD nicht einverstanden. Wenn man nun sieht, wie sie agiert, provoziert und redet, dann gruselt es einen. Ihre Wahl wäre wohl eher das Kaliber von Andreas Wild gewesen. Dieser kandidiert auf dem Ticket der AfD Neukölln für den Bundestag. Einige Abgeordnete sind erkennbarer Teil des rechten Netzwerkes in Berlin. Schon vor der Wahl hat sich die Stimmung deutlich geändert. Rechtes Gedankengut laut zu äußern, DemokratInnen zu beschimpfen und zu verhöhnen ist salonfähig geworden. Die Hemmschwellen sind deutlich gesunken. Immer wieder versucht die AfD, rote Linien zu überschreiten.

Regt sich nach den vielen Anschlägen in Neukölln nun Widerstand?

Es regt sich ein breiter zivilgesellschaftlicher Widerstand. Wir haben mehrere Bündnisse und Initiativen in Neukölln, die gut zusammenarbeiten. Nach dem Brand haben AnwohnerInnen der Hufeisensiedlung, in der ich lebe, eine Solidemo organisiert. Mehr als 400 Menschen mit Kindern sind gekommen. Viele von ihnen gehören nicht zu den üblichen Aktiven. Trotzdem war es ihnen ein Anliegen, ein Zeichen zu setzen. Das war sehr wichtig. Für die Gemeinschaft und für meine Familie. Das erleben wir auch an anderen Orten in Neukölln. Überall finden sich Menschen zusammen, die das nicht hinnehmen wollen. Dafür ist eine breite Öffentlichkeit sehr wichtig. Je mehr die Presse darüber berichtet, desto mehr erfahren davon.



Und wieder mal Neukölln

Revival der militanten Anti-Antifa? In Berlin gibt es eine Serie von Anschlägen auf Alternativprojekte und Autos und Wohnungen von Linken. Das Vorgehen erinnert an ähnliche Vorfälle vor einigen Jahren.

von Sven Kames

»Rote Drecksau« prangt in riesigen Lettern auf der Fassade eines Mietshauses in Berlin-Neukölln. Daneben ist der Name eines Hausbewohners gesprayt, das Klingelschild mit roter Farbe markiert. Die Botschaft dieser Drohaktion im Februar ist klar: »Pass bloß auf, wir wissen, wo du wohnst!« Solche Sprühaktionen hat es seit dem Jahresende 2016 in mehreren Wellen in Berlin gegeben. Meist traf es Häuser im Stadtteil Neukölln, manchmal auch im Wedding, in Schöneberg oder in Kreuzberg. Das Muster der nächtlichen Aktionen ähnelt sich genauso wie die Wortwahl und die Schriftbilder.

Doch diese Drohgebärden gehören zu den harmloseren Taten, die derzeit von Neonazis in Neukölln begangen werden. Deutlich beunruhigender als die Sprühereien sind die Brandstiftungen und weitere schwerwiegende Angriffe. So wurde im Februar das Auto einer gegen Rechts engagierten Historikerin in Brand gesteckt und brannte aus. Ähnliches ereignete sich Mitte Januar: Nachts wurde das Auto einer antifaschistisch aktiven Neuköllner SPD-Abgeordneten angezündet. Ebenfalls im Januar gab es einen Brandanschlag auf das Auto eines Buchhändlers. In der gleichen Nacht brannte das Auto eines gegen Neonazis aktiven Gewerkschafters.

Mitte Dezember 2016 gab es in ein und derselben Nacht gleich drei Anschläge. Auf ein linkes Kollektivcafé wurde ein Brandanschlag verübt. Der Brandsatz war unter einem aufgebrochenen Rollladen deponiert worden. NachbarInnen löschten das Feuer. Hätte es sich ausgebreitet, hätte Lebensgefahr für die rund 50 HausbewohnerInnen bestanden. Weiterhin wurde an der Wohnung eines Antifaschisten mit einem Stein das Fenster zerschmettert und ein mit Farbe gefüllter Glasbehälter in den Raum geworfen. Bereits im Juli war das Auto des Mannes angezündet worden. Auch wurden die Schaufensterscheiben einer Buchhandlung im Neuköllner Ortsteil Rudow eingeworfen. Dort hatte zuvor eine AfD-kritische Veranstaltung stattgefunden. Der Betreiber des Buchladens ist der Mann, dessen Auto im Januar angezündet wurde. Auf dem benachbarten Gelände einer evangelischen Kirchengemeinde wurde ein Transparent gegen Rechtsextremismus zerstört. Kurz vor Weihnachten griffen Neonazis eine andere Privatwohnung an. Mehrere Fenster wurden eingeworfen und zwei Räume verwüstet. Zum Zeitpunkt der Tat hielten sich zwei Erwachsene und zwei Kinder in der Wohnung auf. Im Oktober 2016 wurde ein Brandanschlag auf das Auto der Geschäftsführerin des Neuköllner Anton-Schmaus-Hauses der Jugendorganisation »Die Falken« verübt.

< *Berlin-Neukölln – Neonazisprüche in 2017*

»Kameradschaft«droht auf Facebook

Die Attacken kommen nicht aus dem Nichts: Erst im August hatten die »Freien Kräfte Berlin Neukölln« auf ihrer Facebook-Seite eine Karte mit den Adressen linker Einrichtungen veröffentlicht. Dazu gab es den Hinweis: »Damit jeder weiß, wo der Feind ist und wo er seine Räumlichkeiten hat.« Das Alternativcafé, gegen das sich einer der späteren Brandanschläge richtete, war in dieser Feindaufstellung gelistet. Im November legten die »Freien Kräfte Berlin Neukölln« mit einer weiteren Karte nach. Am Jahrestag der Reichspogromnacht wurde bei Facebook eine Liste mit Adressen von fast 70 jüdischen Einrichtungen in Berlin veröffentlicht. Die Karte war mit dem in Frakturschrift gesetzten Hinweis »Juden unter uns!« versehen. Eine dritte Karte listete die Adressen von Flüchtlingsunterkünften.

Gegen die Brandanschläge und als Zeichen der Solidarität mit den Betroffenen richteten sich mehrere antifaschistische Kundgebungen. Im Dezember demonstrierten in Neukölln rund 1.200 Menschen gegen die rechte Gewalt.

Die meisten der von Wohnhaus-Schmierereien betroffenen Personen hatten zuvor nicht im Fokus von Neonaziangriffen gestanden. Darauf weist die »Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin« (MBR) hin, die Informationen zu den Fällen sammelt und Betroffene unterstützt. Es wirke so, als verwendeten die Neonazis eine Liste von Adressen, an die sie auf bisher ungeklärtem Weg gekommen seien, meint dazu die MBR.

Ähnliche Serie bereits vor Jahren

Indes erinnert die aktuelle Serie von Neonazigewalt an ähnliche Vorfälle, die sich von 2009 bis 2013 in Berlin ereigneten. Damals konzentrierten sich die Angriffe ebenfalls auf Neukölln, teilweise fanden sie im benachbarten Kreuzberg statt. Negativer Höhepunkt war die Nacht vom 26. auf den 27. Juni 2011, in der insgesamt fünf Brandstiftungen verübt wurden. Das Anton-Schmaus-Haus, ein vom Jugendverband »Die Falken« betriebener Jugendklub, wurde mehrfach attackiert, unter anderem durch zwei schwere Brandanschläge. In der Nacht vor einem dieser Anschläge hatte eine Kindergruppe in dem Haus übernachtet. Im Mai 2011 scheiterte ein konspirativ organisierter Neonazi-Aufmarsch, der durch Kreuzberg führen sollte. Spontan versammelten sich Hunderte Menschen und blockierten die knapp 120 Rechten.

Wie jetzt gingen den Angriffen Drohungen und die Veröffentlichung von Adressenlisten voraus. Über mehrere Jahre wurden auf einer Internetseite des »Nationalen Widerstandes Berlin« Linke und vermeintlich Linke mit Namen, Fotos und teilweise auch Adressen aufgeführt. Dazu gab es eine Liste mit Adressen und Bildern von »Linken Läden«. Etliche dieser Einrichtungen wurden Ziel von Brandanschlägen und anderen Angriffen.

Der »Nationale Widerstand Berlin«, ein Label mit Traditionslinie zur 2005 verbotenen »Kameradschaft Tor«, diente sich über seine Internetseite als Vernetzungsplattform für »Autonome Nationalisten« in Berlin an. Obwohl bekannte Neonazis wie der zeitweilige NPD-Landesvorsitzende Sebastian Schmidtke mit dem »Nationalen Widerstand Berlin« in Verbindung standen, stellte die Polizei lange Zeit keine ernsthaften Ermittlungen an. 2012 erst erfolgte eine Hausdurchsuchung bei Schmidtke wegen des Verdachts, Betreiber der Internetseite zu sein. Im Dezember 2012 wurde die Seite abgeschaltet. Nach vier Jahren Ermittlungen gab die Berliner Staatsanwaltschaft im April 2016 die Einstellung des Verfahrens in Zusammenhang mit der Internetseite gegen die meisten der Verdächtigen bekannt. Alle stammen aus dem in Berlin eng verquickten Milieu von »Autonomen Nationalisten«und NPD.

In anderer Sache saß ein Weggefährte von Schmidtke mit diesem zusammen auf der Anklagebank: der ehemalige NPD-Vorsitzende von Neukölln, Sebastian Thom. Der Neonazi war bis Mai 2016 inhaftiert gewesen, unter anderem wegen gefährlicher Körperverletzung. Die »Bild«-Zeitung nannte es in ihrer Lokalausgabe »auffällig«, dass die neue Anschlagsserie kurz nach dessen Haftentlassung begann.

»Neukölln« fungiert in bundesweiten rassistischen Debatten bekanntlich als Chiffre für das, was in der Bundesrepublik vermeintlich schief läuft und mit weiteren Schlagworten verknüpft wird: »Überfremdung«, »kriminelle Ausländer«, »Volkstod«. Insofern ist bemerkenswert, dass die Anschlagsserien der dortigen Neonazis vorrangig nicht auf die so umrissenen Ziele abstellen, sondern eher der »Anti-Antifa«-Kampagne verpflichtet scheinen. Vorrangig trifft es die »Roten«– als »linksextrem« angesehene weiße Deutsche. Allerdings gab es auch immer wieder rassistische Angriffe. Der Neonazi Harald B., der im Herbst den Wahlkampf der Neuköllner NPD unterstützt hatte, war etwa 2014 zu einer Geldstrafe verurteilt worden, nachdem er mit einem Mittäter einen Schweinekopf-Anschlag auf die Neuköllner Şehitlik-Moschee verübt hatte.

Keine klar nachvollziehbare Verknüpfung zum organisierten Neonazismus, aber sehr wohl zu entsprechenden Einstellungen haben derweil zwei Mordfälle, die sich in Neukölln in den vergangenen Jahren ereigneten. Im April 2012 schoss ein Mann auf eine Gruppe von fünf jungen Migranten vor dem Krankenhaus im Ortsteil Buckow. Der 22-jährige Burak Bektaş verstarb, zwei seiner Freunde wurden schwer verletzt. Im September 2015 wurde der weiße Brite Luke Holland vor einer Kneipe in Neukölln mit einem Schrotgewehr erschossen. 2016 wurde der Täter Rolf Z. zu elfeinhalb Jahren Haft verurteilt. In der Wohnung des zum Zeitpunkt des Urteils 63-Jährigen waren Neonazi-Devotionalien gefunden worden, auch war er als »Ausländerfeind«bekannt. Rolf Z. war bereits aus den Ermittlungen zum Mord im Jahr 2012 bekannt.

Dennoch: Der Mord an Burak Bektaş ist weiterhin nicht aufgeklärt. Genausowenig hat die Polizei Ermittlungserfolge zu den aktuellen Anschlägen und Drohungen vorzuweisen. Bisher wurden – soweit öffentlich bekannt – zu keinem der Vorfälle Tatverdächtige ermittelt.

Staat und Antifa Hand in Hand?



Das Anti-Antifa-Buch »Der Links-Staat« und die dazugehörigen DVDs sagen mehr über die Autoren aus als über die darin Porträtierten.

von Robert Andreasch

Im November 2016 veröffentlichten Christian Jung und Torsten Groß im »KOPP-Verlag« (Rottenburg) das Buch »Der Links-Staat« sowie zwei gleichnamige DVDs (Untertitel: »Die kommunalen Netzwerke«, »Antifa und Staatspropaganda«) mit einer Gesamtlänge von drei Stunden. Der Verlag versprach »eindrucksvolle Hintergrundinformationen« als »Resultat einer langen Recherche und tiefgreifender journalistischer Arbeit«, welche »die erschreckende Verstrickung der etablierten Politik mit dem Linksextremismus schonungslos offenlegt«.
Jung und Groß haben es vor allem auf die »Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München« (a.i.d.a. e. V.), das Autonome Zentrum »Kafe Marat«, den bayerischen Flüchtlingsrat, den Verein »München ist bunt« und auf die »Fachstelle Demokratie« im Büro des Münchner Oberbürgermeisters abgesehen. Christian Jung veröffentlicht seit Jahren in seinen Blogs Artikel, in denen diese Institutionen unter anderem als »Stadt-Stasi« diffamiert werden.
Meistens »argumentieren« Jung und Groß über eine vermutete Kontaktschuld. So ziehen sie beispielsweise eine Linie von antirassistischen AktivistInnen über den engagierten »Bayerischen Flüchtlingsrat« bis ins Innenministerium des Freistaats unter Joachim Hermann. Irgendwie seien CSU und »Autonome Antifa« dasselbe, suggerieren sie. Manchmal müssen die Autoren für derartige Behauptungen lange Interdependenzketten konstruieren, manchmal bekommen sie es auch in einem Satz hin. Eine Kostprobe: Über den Münchner Oberbürgermeister Dieter Reiter (SPD) schreiben sie: »Die allerwenigsten Münchner dürften in diesem Augenblick auch nur geahnt haben, dass sie einen Oberbürgermeister haben, der den Tag der Deutschen Einheit begeht, zugleich aber die Antifa unterstützt, die den Volkstod herbeisehnt, und eine politische Mitarbeiterin hat, die die ethnische Zusammensetzung zum Besten des Sozialismus neu gestaltet wissen will.«
Neben der Frage, wer wen kennt oder zumindest kennen könnte, stützt sich die »Analyse« auf dreiste Verzerrungen und schlichte Lügen. Rastlos wiederholen die Autoren die Mär, das – von öffentlichen Geldern unabhängige – antifaschistische Archiv a.i.d.a. werde von der Stadt München mit 109.000 Euro gefördert. Auch außerhalb Münchens wittern Christian Jung und Torsten Gross überall eine linke Verschwörung, die von der »Interventionistischen Linken« über die unterschiedlichsten Antifagruppen, Medienredaktionen, KommunalpolitikerInnen bis zu Bundeskanzlerin Angela Merkel, Justizminister Heiko Maas und dem früheren Bundespräsidenten Joachim Gauck reicht.
In wenigen Fällen werden AkteurInnen mit vollem Namen und persönlichem Hintergrund wie zum Beispiel ArbeitgeberInnen genannt. Im Allgemeinen bleibt die Darstellung aber sehr oberflächlich, das gilt vor allem für die Kapitel über linke und zivilgesellschaftliche Strukturen in Nordrhein-Westfalen, Thüringen oder im Bund. Eine Vielzahl der im zwölfseitigen Personen- und Organisationsregister genannten Namen kommen überhaupt nur dadurch zur Sprache, dass die Autoren alle UnterstützerInnen des im März 2016 erschienenen Aufrufs »Aufstehen gegen rechte Hetze« von Gewerkschaften, Parteien und Verbänden abgedruckt haben. Ihre vollmundige Ankündigung, in dem 300 Seiten starken Buch »Vordenker, Protagonisten und Unterstützer der linksextremen Szene in Deutschland« vorzustellen und »theoretische Grundlagen, die Strategie und das taktische Vorgehen der Antifa und ihrer Helfershelfer« zu beleuchten, lösen Jung und Groß nicht einmal in Ansätzen ein.
Die Publikationen machen einen verbissenen Eindruck: einmal den Spieß umdrehen wollen, einmal nicht nur zuschauen müssen, wie die eigenen Strukturen von recherchierenden AntifaschistInnen offengelegt werden. Jungs kindisches Abarbeiten an der Münchner Stadtspitze legt nahe, dass ihn auch der Wunsch nach einer Abrechnung mit seiner ehemaligen Arbeitgeberin motiviert. Das Lamento über den großen gesellschaftlichen Einfluss der Antifa erscheint zudem als Zombie-Debatte. Der behauptete antirassistische und antifaschistische Konsens von der radikalen Linken bis zur CSU-Regierung ist im Abschiebeland Bayern ein Phantasma. Das laute Wehklagen von Rechts offenbart eher den Wunsch, selbst über eine starke Verankerung in Zivilgesellschaft und Medienredaktionen, über weitreichende Netzwerke und Diskursmacht zu verfügen.

Jung und Groß

Der 1966 geborene Christian Jung war bis März 2011 in der CSU München aktiv und arbeitete von 2004 bis 2011 als Beamter in der für Abschiebungen zuständigen Abteilung des Münchner Kreisverwaltungsreferats. Ab 2011 amtierte Jung als erster bayerischer Landesvorsitzender der antimuslimischen Partei »Die Freiheit«. Nach vielen juristischen Auseinandersetzungen mit der Stadt München in dieser Zeit wurde er vorzeitig pensioniert. Zusammen mit Michael Stürzenberger initiierte Jung eine Unterschriftensammlung gegen den Bau eines islamischen Gemeindezentrums in München. Während sich Stürzenberger mehr und mehr in seinen antimuslimischen Furor hineinsteigerte, widmete sich Jung zunehmend seinem neuen Lieblingsthema: der Anti-Antifa-Arbeit.
Sein Co-Autor ist der fünf Jahre jüngere Torsten Groß. Groß stammt aus dem nordrhein-westfälischen Neukirchen-Vluyn und war dort bei der Polizei als Fahnder tätig, zuletzt im Rang eines Oberkommissars. Er führte laut dem Magazin »Zuerst!« mehrere juristische Auseinandersetzungen mit seiner Behörde. 2011 kandidierte Groß bei den Bremer Bürgerschaftswahlen in Bremerhaven für die rechtspopulistischen »Bürger in Wut« (BIW) und arbeitete anschließend für zwei Legislaturperioden als Referent für den BIW-Chef Jan Timke.



Spätestens seit 2013 dürften Jung und Groß sich kennen. Jung zitierte damals Torsten Groß in einem Artikel auf seinem »Blu News«-(heute: »Metropolico«-)Blog: »SPD, Grüne und Linkspartei versuchen in verfassungswidriger Weise, mit Hilfe unkontrollierter Zuwanderung und der unzulässigen Ausweitung des Wahlrechts auf die gesamte ausländische Wohnbevölkerung in Deutschland ein neues Staatsvolk zu formen.« Ein für die extreme Rechte typischer Satz: In der Schuldzuweisung an jene, die für die Zuwanderung verantwortlich seien, gehen Hass auf Nicht-Rechte und rassistische Ressentiments Hand in Hand. 2015 brachten Jung und Groß im verschwörungsideologischen »KOPP-Verlag« die DVD »Europa – Grenzenlos. Bilder und Geschichten der unkontrollierten Zuwanderung« heraus.
Christian Jung filmt mit teurem Equipment Demonstrationen und Kundgebungen, vor allem in München, aber auch bundesweit, zum Beispiel bei den Protesten gegen die Bundesparteitage der »Alternative für Deutschland« (AfD) in Stuttgart (2016) und Köln (2017). Um sich weitere Einblicke zu verschaffen, wertet er zum Beispiel Vereinsregister-Unterlagen aus. Mitunter beschreitet er auch den Rechtsweg, um sich auf Grundlage der in München geltenden kommunalen Informationsfreiheitssatzung Zugang zu den Unterlagen interner Vorgänge der Stadt zu verschaffen. Teilweise nimmt das auch exzessive Züge an: Weil Jung am Schluss der Pressekonferenz zur Vorstellung des bayerischen Verfassungsschutzberichts 2015 im April 2016 nicht mehr drangenommen wurde, zog er im letzten Jahr gegen das Innenministerium vor das Verwaltungsgericht. Mindestens einmal wurde auch eine Undercover-Recherche versucht. Der Münchner Rechtsaußen-Aktivist Francesco G. nahm als angeblicher antirassistischer Aktivist »Frank« an einem offenen Treffen der Münchner »Karawane«-Gruppe teil. Für das Buch und die DVDs griffen Jung und Groß zum Thema »linksextremes Personenpotenzial« zudem auf Behauptungen der Verfassungsschutzämter zurück, die von ihnen offenbar nicht dem verhassten bundesdeutschen »Links-Staat« zugerechnet werden.
Die Ergebnisse bleiben – angesichts des großen Aufwands – auffällig dünn. Nicht nur, dass die beiden Hobbyjournalisten ziemlich unbekümmert über grundlegende fachliche oder presserechtliche Standards hinweggehen. Recherche wird hier offensichtlich darauf reduziert, zur schon vorher vorhandenen These einige vermeintlich halbwegs passende Beispiele und Bilder aufzutreiben.

Beifall

Die Werke von Jung und Groß werden mit dem Reiz des Neuen, des »tiefen Einblicks« beworben. Dieses vermeintliche »Aufdecken« sowie das verschwörungsideologische Geheimwissen über »Hintergründe« verbinden sich bei der radikalen Rechten mit der reaktionären, vigilantistischen Lust, die Ordnung nun in die eigene Hand zu nehmen und endlich mal mit den GegnerInnen aufzuräumen. In der radikalen und neonazistischen Rechten stießen die Veröffentlichungen daher prompt auf Interesse.
PEGIDA München veröffentlichte Fotos und Standfotos aus »Der Links-Staat« in mehreren Posts. Artikel erschienen zudem in Peter Helmes »Conservo«-Blog, in Christian Jungs »Metropolico«-Portal und bei »PI-News«. Der Mitte Januar diesen Jahres verstorbene Udo Ulfkotte, einst selbst bei den »Bürgern in Wut« aktiv, rezensierte kurz vor seinem Tod das »KOPP«-Buch auf der »KOPP«-Homepage: »Der Mainstream ist links. Und wer mit unbequemen Fakten über diese unheilvolle Entwicklung aufklären möchte, der wird mit allen Mitteln fertiggemacht. Denn dann kommt eine Schlägertruppe, von welcher der Durchschnittsbürger eher selten etwas hört: die Antifa. Das Wort steht für Antifaschismus.« Das »Zuerst!«-Magazin präsentierte zur Veröffentlichung von »Der Links-Staat« ein dreiseitiges Interview mit Torsten Groß. Die österreichische »Aula« pries das Werk als »hervorragend recherchiertes Buch«. Es sei »eine wahre Fundgrube für denjenigen, der nach Namen von Personen und Vereinen aus dem links(extremen) Spektrum (...) sucht«. Roland Wuttke (Mering) lobte das »Links-Staat«-Buch und die DVDs im neonazistischen »Volk in Bewegung«-Heft als »Teil einer Dokumentation, die im künftigen Deutschland das Material für Anklagen gegen die Betreiber und Unterstützer der kriminellen Asylmafia und deutschfeindlichen ‹Antifa› liefern wird«.
Das korporierte Bündnis »Örtliche Burschenschaft München« ließ Christian Jung zum Thema »Staatlich geförderter Linksextremismus« im Haus der »Burschenschaft Stauffia« referieren. Die AfD organisierte öffentliche Filmvorführungen mit Jung in München und Deggendorf. Auch die Neonazis vom »Der III. Weg«-Stützpunkt München/Oberbayern veranstalteten einen internen Filmabend ohne die Autoren und griffen das Buch mehrfach in Artikeln auf.

Dämpfer

Nach dem Verkaufsstart entwickelten sich zivilrechtliche Auseinandersetzungen um die Publikationen. So werden in der Dokumentation Fotos eines freien Fotografen ohne Genehmigung gezeigt. Noch schwerwiegender war eine Urheberrechtsverletzung, gegen die der »Bayerische Rundfunk« vorging: Jung/Groß hatten ohne Lizenzvereinbarung mehrere Minuten Originalmaterial des Senders verwandt. Der »KOPP-Verlag« nahm daraufhin die DVD »Die kommunalen Netzwerke« – von der bis zu diesem Zeitpunkt eine niedrige vierstellige Zahl verkauft worden sein dürfte – vom Markt. Die Verantwortlichen bogen sich ihr eigenes journalistisches Versagen wiederum dreist in eine Verschwörung und angebliche Verfolgung um. Christian Jung schrieb bei »KOPP Online« von einem »Zensurakt« und die »Junge Freiheit« titelte: »Bayerischer Rundfunk geht gegen unliebsame DVD vor«.

Anschläge der »Anti-Antifa«

Die Nürnberger Neonazi-Szene baute über Jahre eine professionelle, konspirative Anti-Antifa-Gruppe auf. In den letzten zehn Jahren kam es zu Übergriffen, Bedrohungen und Brandanschlägen.

von Jonas Miller

Anti-Antifa-Arbeit hat in Franken, besonders in Nürnberg, eine lange Tradition. Schon 1993 wurde bei einem Treffen des »Deutschen Freundeskreises Franken« die Gründung einer Anti-Antifa-Gruppe beschlossen. In dieser Zeit wurde auch die Zeitung »Junges Franken« herausgegeben, in der etliche KommunalpolitikerInnen, AntifaschistInnen und RechtsanwältInnen unter der Rubrik »Ausländerfreundlichster Mitbürger Frankens« mit detaillierten Angaben über politisches und privates Umfeld, diffamiert wurden. Zu dieser Zeit versuchte sich auch eine Aktivistin des »Nationalen Blocks« in das »Antifaschistische Bildungs-, Informations- und Dokumentationszentrum« (Abidoz) in Nürnberg einzuschleichen. Interessiert hat sie sich fast ausschließlich für die Herkunft des Archivmaterials. Als ihr rechter Hintergrund aufflog, trat sie den Rückzug an.

Um die Jahrtausendwende gründete sich die »Fränkische Aktionsfront« (FAF) unter der Leitung von Matthias Fischer und gab das Fanzine »Der Landser« heraus. In beinahe jeder Ausgabe des Blattes gab es eine »Anti-Antifa«-Rubrik, in der Berichte über »Rote Zonen in Nürnberg«, Informationen über linke Infoläden und Treffpunkte oder detaillierte Beschreibungen von aktiven AntifaschistInnen veröffentlicht wurden. Ein Bericht thematisierte eine länger andauernde politische Auseinandersetzung zwischen antirassistischen und neonazistischen Jugendlichen an einem Nürnberger Gymnasium. Im Zuge dessen wurden auch Name und Bild einer engagierten Lehrerin im »Landser« veröffentlicht. Im Vorfeld zu diesem Bericht tauchte ein jugendlicher Neonazi in einem offenen Café der Nürnberger »Jugendantifa« auf, der sich als Mitarbeiter einer Schülerzeitung ausgab und Informationen sammelte. Auch er wurde enttarnt und gab an, nicht auf eigene Faust gehandelt zu haben, vielmehr sei er von der Anti-Antifa geschickt worden.

Nach dem Verbot der FAF im Jahre 2004 traten die Neonazis zum großen Teil in die bayerische NPD und deren Jugendorganisation JN ein. Nach politischen Differenzen und einem gescheiterten Versuch der ehemaligen FAF-AktivistInnen, den Landesverband zu übernehmen, traten diese 2008 aus der NPD aus und gründeten das »Freie Netz Süd« (FNS). Die fränkischen Neonazis führten ihre Kontinuität im Bereich »Anti-Antifa« in diesen Zusammenhängen weiter. Ein Hauptaugenmerk der Aktivitäten lag dabei weiterhin auf Nürnberg.

Das Internet entwickelte sich zum wichtigsten Kommunikationsmittel. Auf einer eigens eingerichteten Homepage veröffentlichte die »Anti-Antifa Nürnberg« über 200 AntifaschistInnen, GewerkschafterInnen, JournalistInnen und LehrerInnen teils mit Namen, Adresse und Bild. Nicht selten ging die Veröffentlichung mit Diffamierungen einher, wobei die Bezeichnungen ‹schwul› und ‹Jude› besonders häufig benutzt wurden. So hieß es beispielsweise über einen Antifa-Aktivisten aus Nürnberg: »Wir halten es für unsere Pflicht, unbescholtene und anständige Bürger auf die linkskriminellen Umtriebe in ihrer direkten Nachbarschaft aufmerksam zu machen. Im Nürnberger Ausländer- und Antifastadtteil Gostenhof wohnt der schwule, türkische Jung-Autonome XY. Seit nunmehr mehreren Monaten verkehrt er im kriminellen, linksextremistischen Milieu. (..) Wir sagen: Stopp! XYs Homosexualität und sein damit verbundenes seelisches Ungleichgewicht entschuldigen solche kriminellen Handlungen nicht.«

Derweil entwickelte sich das Erscheinungsbild der Internetseite. Die Behauptungen wurden fundierter belegt, auch die sprachliche und grammatikalische Qualität verbesserten sich. Bei den Betroffenen sollten die veröffentlichten Artikel für Unsicherheit und Unruhe sorgen, Spekulationen über die Informationsquellen und interne Verdächtigungen waren nur im Sinn der AutorInnen. Feststellbar war, dass der qualitative Fortschritt der Arbeit abrupt endete. Eine Textanalyse spricht für den Verlust eines oder einer AutorIn oder einer Quelle, die sich im Umfeld von Antifa-Strukturen bewegte.

Den Worten folgen Taten

Seit 2007 häufen sich die Anschläge der »Anti-Antifa«. Vor allem im Raum Nürnberg wurden Infoläden, Gewerkschaftsbüros und linke Treffpunkte mit Buttersäure, Farbe oder Steinen angegriffen. Auch einzelne Wohnhäuser bekannter AntifaschistInnen wurden nachts aufgesucht und mit Teer bespritzt oder mit »Anti-Antifa«-Parolen beschmiert. Den qualitativen Höhepunkt der bisherigen Neonazi-Anschläge stellt der Brandanschlag auf das Auto einer antifaschistischen Familie in Fürth dar. In den letzten zehn Jahren entstand ein Sachschaden von über 50.000 Euro durch neonazistische Gewalt. Kein einziger Anschlag konnte aufgeklärt werden. Das Vorgehen der Neonazis spricht für eine gewisse Professionalität. Es ist davon auszugehen, dass Anti-Antifa-AktivistInnen politische GegnerInnen observieren oder, wie in der Vergangenheit geschehen, in Mülltonnen antifaschistischer Wohngemeinschaften und Objekte nach Informationen wühlen. Schon mehrfach flogen Versuche auf, sich bei linken Demonstrationen einzuschleusen und dort unbemerkt zu fotografieren. Zwar wird an dieser Praxis weiterhin festgehalten, aber mittlerweile treten Aktive und bekannte »Anti-Antifa«-Fotografen als Fotojournalisten auf. Sie weisen sich zum Teil mit gekauften Presseausweisen aus dem Internet aus. In bereits 2005 veröffentlichten Leitlinien werden Tipps für ein Vorgehen gegeben: »Unvereinbar mit der »Anti-Antifa«-Arbeit ist an dieser Stelle die bei zahlreichen Kameraden vorhandene Mentalität, förmlich mit dem Hakenkreuz auf der Stirn rumlaufen zu müssen, das heißt mit einem äußeren Erscheinungsbild aufzuwarten, das nicht nur »normale« Bürger verschreckt, sondern bei jedem Autonomen von vornherein die Alarmglocken läuten lässt. Wenn sich ein »Anti-Antifa«-Aktivist im Skinhead-Outfit in eine linke Kundgebung einreiht, um dort Informationen zu sammeln und unbemerkt Einblicke zu bekommen, wäre das schließlich kontraproduktiv und wahrscheinlich für seine Gesundheit auch nicht besonders förderlich. Ansonsten fällt relativ mühselige Kleinarbeit in unseren Bereich: Überprüfen von Adressen, Geburtsdaten, KfZ-Nummern usw.« Auffällig ist, dass sich ein Großteil der Neonazi-Anschläge in Bayern, die sich gegen die politischen GegnerInnen richten, im Nürnberger Raum zuträgt.

Die Neonazi-Szene der Region kämpft derzeit mit ihrer Mobilisierungsfähigkeit und dem Wegzug und der Inaktivität wichtiger Kader. Auch Anschläge und Übergriffe auf politisch linke Einrichtungen und Personen haben in den vergangenen Jahren abgenommen. Dennoch wurden auch zuletzt Schaufensterscheiben von linken Treffpunkten besprüht oder Autos beschädigt. Zudem geben sich Neonazis mittlerweile teils als Mitarbeiter des Verfassungsschutzes aus, um linke AktivistInnen bei deren Arbeitgeber zu denunzieren. »Anti-Antifa«-Aktivitäten sind weiterhin fester Bestandteil der mittelfränkischen Neonazi-Szene.

Deutsch-polnisches Konzert

Krzyzowa (Polen). Anfang März hat in einem Nachbardorf der grenznahen Stadt Krzyzowa (deutsch: Kreisau) ein RechtsRock-Konzert unter dem Motto »Night of Terror« stattgefunden. Rund 300 polnische und deutsche Neonazis waren zugegen, um unter anderem die Dortmunder Neonazi-Band »Oidoxie« zu sehen. Organisiert wurde das Konzert von der polnischen Sektion des Neonazi-Netzwerks »Blood & Honour«. Der Verfassungsschutz gab an, in den vergangenen Jahren »ein Dutzend« Veranstaltungen dieser Art registriert zu haben und eine »verstärkte Annäherung« zwischen polnischen und deutschen Neonazis zu beobachten.

»Legionäre« marschieren erneut

Riga (Lettland). Am 16. März hat erneut der umstrittene Gedenkmarsch für die Gefallenen der Waffen-SS stattgefunden. Rund 2.000 lettische Veteranen und SympathisantInnen nahmen an dem »Marsch der Legionäre« teil. Sie zogen unter massivem Polizeischutz mit Fahnen durch die lettische Hauptstadt und legten Blumen am »Freiheitsdenkmal« ab. Anders als in den Jahren zuvor kam es nur vereinzelt zu Protesten, an denen auch deutsche AntifaschistInnen teilnahmen. Fünf Personen wurden in Gewahrsam genommen. Die »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten« hatte aufgerufen, vor den lettischen Botschaften in Europa gegen die »unerhörte Provokation für die Angehörigen der Opfer der lettischen Polizei und SS-Verbände und für die jüdische, russischsprachige und andere Minderheiten im Land« und die »unerträgliche Verherrlichung des Nationalsozialismus« zu protestieren. Dem Aufruf folgten AntifaschistInnen in Düsseldorf, Bremen, Berlin, Hamburg und Frankfurt sowie in Rom, Brüssel, Budapest und Athen.

Ungestörtes RechtsRock-Konzert

Heudicourt-sous-les-Côtes (Frankreich). Am 18. März haben über tausend Neonazis an einem Rechtsrock-Konzert in einer Sporthalle im Nordosten Frankreichs teilgenommen. Organisiert wurde das Event mit dem Namen »Defend Europe« von deutschen und französischen »Hammerskins« mit Unterstützung des Neonazi-Netzwerks »Blood & Honour«. Die Bands »Heiliger Krieg« aus Württemberg, »Division Germania« aus Mönchengladbach, »Blitzkrieg« aus Chemnitz, »Squadron« aus Großbritannien und »Fortress« aus Australien traten auf. Der Auftritt der australischen Band »Fortress« soll ursprünglich vom inzwischen verstorbenen ehemaligen V-Mann Roland Sokol mitinitiiert worden sein. Die Mehrheit der ZuschauerInnen kam aus Deutschland, aber auch tschechische, niederländische, belgische, schweizerische und italienische Neonazis reisten an. Die Polizei beobachtete das Geschehen, schritt aber nicht ein. Nach Schätzungen sollen die OrganisatorInnen rund 30.000 Euro eingenommen haben.

Wandel durch Handel

Yalta (Krim). Zwischen dem 20. und 22. April fand zum dritten Mal das »Yalta International Economic Forum« (YIEF) statt. Das Forum wird von der Regierung der »Republik Krim«, der »Yalta International Economic Forum Stiftung« gesponsert und von der Verwaltung des Präsidenten der »Russischen Föderation« unterstützt. In diesem Jahr war eine italienische Delegation bestehend aus Geschäftsleuten und PolitikerInnen der »Lega Nord« und »Forza Italia« angereist. Ziele sind das Ende der Sanktionen gegen die Krim sowie der Ausbau von Wirtschaftsbeziehungen. Bereits im Oktober 2016 besuchte eine italienische Delegation die Krim. Auch damals diskutierten die Geschäftsleute und PolitikerInnen die Vertiefung von Wirtschaftsbeziehungen. Mit dabei waren Vertreter der »Lega Nord« und »Fratelli d'Italia« (»Brüder Italiens«) sowie ein Delegierter der »Alternativa Libera« (»Freie Alternative«). Die gemeinsamen Veranstaltungen sind Teil der strategischen Annäherung rechter Parteien aus der EU an die russischer Politik.

Freilassung eines Attentäters

Pretoria (Südafrika). Am 5. Mai hat das Gericht in Pretoria die Freilassung von Janusz Waluś verfügt. Waluś befindet sich seit 24 Jahren in Haft für den Mord vom 10. April 1993 an Chris Hanid, dem Kopf der »Kommunistischen Partei Südafrikas«. Waluś emigrierte 1981 von Polen nach Südafrika. Als Verfechter des Apartheid-Systems trat er der mitregierenden »National Party« und der neonazistischen »Afrikaner Weerstandsbeweging« bei. Die Waffe für das Attentat auf Hani bekam Waluś von Clive Derby-Lewis, einem Politiker der »National Party« und dem Mitbegründer der späteren Abspaltung, der »Conservative Party«. Beide wurden zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt, Derby-Lewis wurde aus gesundheitlichen Gründen 2015 freigelassen und starb am 3. November 2016. Derweil wird in Polen die mögliche Freilassung Waluś von der extremen Rechten mit Spannung erwartet und vorbereitet. Das Spektrum reicht dabei von Hooligans, die bereits T-Shirts in Umlauf bringen, bis zu Mitgliedern des »Sejm« (Parlaments). Dort setzen sich Mitglieder der Partei »Kukiz 15« und Jan Zaryn, Senator der Regierungspartei PiS, für seine Freilassung ein. Tomasz Rzymkowski von »Kukiz 15« argumentiert, dass Waluś ein politischer Gefangener sei. Für Artur Zawisza von »Ruch Narodowy« (»Nationale Bewegung«) ist Waluś kein Mörder, sondern ein »verfluchter Held« und ebenfalls ein »politischer Gefangener«. Gegen die Entscheidung des Gerichts in Pretoria wurde vom Justizminister Michael Masutha Berufung eingelegt, diese wird am 29. Mai vor dem Hohen Berufungsgericht in Bloemfonstein verhandelt.

Die weitere Radikalisierung der AfD

Der Parteitag der »Alternative für Deutschland« stellt die Weichen für eine weitere Radikalisierung der Partei. Aber auch die internen Machtkämpfe dürften weitergehen.

Kai Budler

Die Bundesvorsitzende der »Alternative für Deutschland« (AfD), Frauke Petry, musste im April 2017 auf dem Bundesparteitag ihrer Partei in Köln eine empfindliche Niederlage einstecken. Am Ende hatte sie lediglich ein Drittel der Delegierten hinter sich und scheiterte mit den Richtlinien für eine »Realpolitik«, die sie der AfD verordnen wollte. Stattdessen verhielten sich die Delegierten so uneindeutig, wie man es von der AfD kennt. Indem sie sich weigerten, sich mit den Anträgen auf dem Parteitag überhaupt zu befassen, soll die Situation zumindest bis zur Bundestagswahl nicht weiter eskalieren. Petry wiederum macht das Fehlen einer Strategie für die »Zerwürfnisse« in ihrer Partei verantwortlich und kommentierte das neu gewählte Spitzenduo Alice Weidel und Alexander Gauland: »Solang die Partei nicht erkennen lässt, wohin sie tatsächlich gehen möchte, müssen Protagonisten diesen Wahlkampf anführen, die mit dieser Nicht-Entscheidung sehr viel besser leben können als ich das tue.« Tatsächlich wurde Petrys Vorstoß im Vorfeld des Bundesparteitages von den Delegierten als machttaktisches Manöver bewertet und abgestraft. Viel zu groß und offensichtlich ist ihr Spagat zwischen dem Vertreten radikaler Positionen und dem Kontern gegen VertreterInnen des völkischen Flügels wie Björn Höcke.

Höcke: nicht anwesend aber präsent

Der von seinem Landesverband als Delegierter bestimmte Thüringer Landesvorsitzende hatte im Maritim Hotel in Köln Hausverbot erhalten und blieb dem Parteitag fern. Doch trotz seiner Abwesenheit war Höcke beim Parteitag präsent. Er steht wie kein Anderer für die völkische Rechte in der Partei, gegen die auf dem Parteitag keine Beschlüsse durchsetzbar waren. Das musste auch Petry merken, die versuchte, sich mit ihrem »Sachantrag« für einen realpolitischen Kurs gegen Gauland, Höcke und Co. als vermeintlich liberale Person in der AfD zu profilieren. Vergessen scheinen ihre Ausfälle wie der Versuch, den Begriff »völkisch« wieder positiv zu besetzen. Doch ihre Vorstellung, die AfD auf Bundesebene in eine mögliche Koalition führen zu können, stieß auf dem Parteitag auf Ablehnung. Der vermeintliche Kampf gegen die »Altparteien« und das von ihnen vertretene Establishment gehört zum innerparteilichen Konsens und den Pfründen, mit denen die AfD wuchern kann. In dieses Bild passt keine AfD, die mit den so gescholtenen Parteien in einer Koalition gemeinsame Sache macht. In Köln wurde Petrys Kompetenz als Bundesvorsitzende demontiert, das neue Gesicht der AfD soll Alice Weidel sein, die nun mit Alexander Gauland, der grauen Eminenz der AfD, das Spitzenduo bildet. Rund zwei Drittel der Delegierten hatten sich dafür ausgesprochen. Weidel war 2013 in die AfD eingetreten, als sie noch als »Professorenpartei« unter Bernd Lucke galt. Als Petry den Vorsitzenden Lucke 2015 zu Fall gebracht hatte, blieb Weidel und gehört inzwischen dem Bundesvorstand an. Gerade erst in ihr neues Amt gewählt, ruft Weidel in den Saal des Kölner Parteitages: »Die politische Korrektheit gehört auf den Müllhaufen der Geschichte!« und erntet dafür donnernden Applaus. Sie steht für das, was in der AfD zählt: Patriotismus und Leistung. Widersprüche wie Weidels Homosexualität werden dabei ausgeblendet. Im Gegenteil, Weidels strikter Anti-Islam Kurs dürfte dadurch eine leicht zu instrumentalisierende – vermeintliche – Authentizität bekommen. Die Partei weiß auch, dass sie allein mit alten Männern wie Alexander Gauland nicht die gewünschten Erfolge haben kann.

Letzte Chance Bundesschiedsgericht

Einen kleinen Punktsieg konnte Petry bei der Wahl von vier neuen RichterInnen für das Bundesschiedsgericht der AfD verbuchen, denn jetzt ist das Schiedsgericht mehrheitlich mit AnhängerInnen des Petry-Lagers besetzt. Damit erscheint das von Petry forcierte Parteiausschlussverfahren für den thüringischen AfD-Landeschef wesentlich wahrscheinlicher als vor der Wahl der SchiedsrichterInnen. Dies gilt zumindest für den Fall, dass über den Ausschluss bis zum Herbst entschieden wird, denn dann wird das Gremium turnusgerecht neu gewählt. Das alte Schiedsgericht wurde dem völkischen Flügel zugerechnet und hatte der Bundesvorsitzenden einen schweren Schlag verpasst, als es beispielsweise die Auflösung des AfD-Landesverbandes Saar wegen Kontakten zur Neonazi-Szene wieder aufgehoben hatte. Die Wahl des Personals für die vakanten Stellen im Bundesschiedsgericht am zweiten Tag des Parteitages war jedoch eine taktische Abstimmung mit den Füßen, denn zum Zeitpunkt der Wahl hatten bereits über 100 Delegierte Köln verlassen. Die meisten Delegierten hingegen stellte der nordrhein-westfälische Landesverband unter Vorsitz von Petrys Ehemann Marcus Pretzell. In ihrem eigenen Bundesland blieben seine Delegierten bis zum Schluss und sorgten mit dafür, dass das Schiedsgericht nach den Vorstellungen von Petry und Pretzell besetzt wurde. Als neue BundesschiedsrichterInnen wurden Germut Bielitz, Ralf Bommermann, Knuth Meyer-Soltau und Monica-Ines Oppel gewählt. Sie komplettieren das neunköpfige Bundesschiedsgericht, dem Claus Schülke als Präsident und Thomas Seitz als Vizepräsident vorsitzen. Zu den Beisitzern zählen Helmut Alt, Eberhard Brett und Thomas Röckemann.

AfD & PEGIDA

Gegen Höcke stand bereits 2015 ein Parteiausschlussverfahren im Raum, das vom damaligen Pateivorsitzenden Bernd Lucke forciert worden war. Nachdem Petry den Bundesvorsitz übernommen hatte, wurde das Verfahren nicht weiter verfolgt. Andere Verfahren und Beschlüsse sollen offenbar einer »liberalen Fassade« der AfD dienen, werden aber immer wieder von den Schiedsgerichten kassiert. Ein Beispiel ist die Nähe der AfD zu PEGIDA. Im Mai 2016 hatte der AfD-Bundesvorstand entschieden, »dass AfD-Mitglieder weder als Redner, noch mit Parteisymbolen bei Pegida-Veranstaltungen auftreten sollen«. Abgelehnt wurden vom Vorstand auch Reden von PEGIDA-VertreterInnen und PEGIDA-Symbole bei AfD-Veranstaltungen. Schon zu diesem Zeitpunkt wurden solche Beschlüsse in den Landesverbänden nicht ernst genommen. Björn Höcke erklärte anschließend, »erfahrungsgemäß geht die Zeit über viele Parteibeschlüsse schnell hinweg. Es ist alles ins Rutschen gekommen«. Mit der Einladung von PEGIDA-Mitorganisator Siegfried Däbritz aus Dresden zu einer AfD-Kundgebung in Erfurt schuf der Thüringer Landesverband Fakten und setzte laut Höcke ein »wichtiges Signal«. Auch der Beschluss des sächsischen AfD-Landesvorstandes aus dem August 2016, »dass das Mitführen von AfD-Symbolen auf Pegida-Veranstaltungen durch AfD-Mitglieder als parteischädigendes Verhalten zu bewerten ist«, fiel bei der AfD im Freistaat nicht auf Zustimmung. Nach dem AfD-Landtagsabgeordneten und Bundessprecher der »Patriotischen Plattform« sei der Beschluss eher dem »Herzenswunsch« des ehemaligen Parteichefs Lucke gefolgt und habe dem Beschluss des Geistes »der AfD seit dem Essener Parteitag« widersprochen. Ohnehin wurden beide Entscheidungen im Nachhinein



^ *Alice Weidel – die neue Frau an der Spitze der Partei*

parteiintern gekippt: das Bundesschiedsgericht hob den Bundesvorstandsbeschluss im August 2016 auf, der sächsische Vorstandsbeschluss wurde vom Landesparteitag gekippt, der Landesvorstand bestätigte gegen seine Vorsitzende Petry wenig später die Entscheidung. In seiner Rede Mitte Januar im Dresdner Ballhaus bestätigte Höcke nun die Partnerschaft der AfD mit PEGIDA und erklärte: »Weil wir Patrioten dasselbe Leiden in den Knochen haben und weil wir derselben Sache dienen, möchte ich es hier nochmal in aller Öffentlichkeit und aller Deutlichkeit aussprechen: Ich persönlich, liebe Freunde, ich persönlich bin stolz auf das, was ihr in Dresden erreicht habt. Ihr Sachsen, ihr Dresdner, seid für uns Thüringer und für uns Erfurter das große, unerreichte Vorbild!« So wundert es nicht, dass der Thüringer Landesvorsitzende den rechtskräftig verurteilten PEGIDA-Gründer Lutz Bachmann auf einer AfD-Kundgebung am 1. Mai in Erfurt herzlich begrüßte und vom Podium Grußworte an eine PEGIDA-Delegation schickte. Die Landtagsabgeordnete der AfD, Corinna Herold, posierte mit dem als »Panzerknacker aus Dresden« bekannten Bachmann grinsend für ein gemeinsames Foto. Erfurt sei neben Dresden die Hauptstadt der »Mutbürger« in Deutschland »und darauf können wir stolz sein«, so Höcke. Auch in Sachsen soll der längst bekannte Schulterschluss mit PEGIDA offiziell vollzogen werden. Ausgerechnet für den 8. Mai, den Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus, haben sowohl AfD als auch PEGIDA Veranstaltungen vor der Dresdner Frauenkirche angekündigt. Bereits in der Vorwoche versprach Egbert Ermer, Vorstandsmitglied des AfD-Kreisverbandes Sächsische Schweiz/Osterzbirge, »einen vielleicht historischen Tag«. Das Ziel der AfD, der Einzug in den Bundestag, könne nur gemeinsam mit AfD, PEGIDA und der »Identitären Bewegung« erreicht werden. Lutz Bachmann fügte hinzu: »Nur zusammen können wir es irgendwie schaffen.« Die jetzt offene Entwicklung richtet sich auch gegen Petry, die ausgerechnet im Kreis Sächsische Schweiz/Osterzbirge für ein Direktmandat für den Bundestag kandidiert. Kurz nachdem Medien über die Planungen berichteten, ruderte die AfD zurück, der Sprecher des Dresdner Kreisverbandes sprach von einer »eigenen Veranstaltung der AfD«, die zeitlich nach der PEGIDA-Anmeldung stattfinde. Die RednerInnen beider Lager ließen vor der Frauenkirche aber keine Zweifel daran, dass AfD und PEGIDA gemeinsam stehen. Die Partei hat offenbar keine Hemmungen mehr, sich auch offen zur neuen Heimat von Neonazis zu bekennen. Inhaltlich sind beide Organisationen bekanntermaßen nicht weit entfernt und der offizielle Schulterschluss dürfte bei der zunehmenden Radikalisierung der AfD nur eine Frage der Zeit sein. Im Vorfeld der Bundestagswahl dürfte auch das Auftreten der AfD und ihrer FunktionärInnen noch provokativer und radikaler ausfallen als es bislang schon der Fall ist. Bereits in ihrem Strategiepapier aus dem Dezember 2016 hieß es: »Niemand weiß mit Sicherheit, ob die heute für die Profilierung der AfD herausragenden Themen tatsächlich die Themen des Wahlkampfs 2017 sein werden. (…) Die AfD muss – selbstverständlich im Rahmen und unter Betonung der freiheitlich demokratischen Grundordnung unseres Landes – ganz bewusst und ganz gezielt immer wieder politisch inkorrekt sein, zu klaren Worten greifen und auch vor sorgfältig geplanten Provokationen nicht zurück schrecken.« Nur konsequent forderte Björn Höcke in seiner Rede zum AfD-Aufmarsch am 1. Mai in Erfurt einen »knallharten Anti-Establishment Wahlkampf«. Diese Vorgabe ist nur folgerichtig, denn die AfD »lebt von der Rhetorik des permanenten Ausnahmezustands«, wie es der Historiker Volker Weiß formuliert. Die ebenfalls für die AfD immanente Wagenburg-Mentalität wird mit der Abgrenzung zum vermeintlichen Establishment aufrechterhalten und ist für die AfD im Wechselspiel mit ihrem offen geäußerten Rassismus existenziell.

Burgfrieden für die Bundestagswahl

In rechten Medien wird der Verlauf und das Ergebnis des Bundesparteitags der »Alternative für Deutschland« begrüßt. Das neue Führungsduo Alexander Gauland und Alice Weidel findet Gefallen.

von Andreas Speit

»Ein Signal der Geschlossenheit«: In der aktuellen »Jungen Freiheit« (JF) feiert Chefredakteur Dieter Stein den vergangenen Parteitag der AfD. Mit Alexander Gauland und Alice Weidel an der Spitze hätte die Partei eine »personelle Lösung« rechtzeitig vor der Bundestagswahl und zwei Landtagswahlen gefunden. Die Bundesführung signalisiere, es werde jetzt »auf Kooperation statt auf Konfrontation« gesetzt, schreibt Stein am 28. April auf der Titelseite. Eine Hoffnung, die rechte Medien breit teilen. Ein Nachtreten wird vermieden, ein Streit ist aber nur verschoben.

Nach dem AfD-Bundesparteitag

Geschlossen in den Wahlkampf

»Alice Weidel und Alexander Gauland bilden ein starkes Spitzenduo der AfD für den Bundestagswahlkampf.«

KOLUMNE VON DIETER STEIN

Kaum ein anderes Ereignis der vergangenen Wochen wurde besorgter von der gesamten rechten Szene jenseits der NPD verfolgt, als der Bundesparteitag am 22. und 23. April in Köln. Platzt der Traum rechts von der Union eine Partei zu etablieren? Lassen Egomanien um Programm, Position und Pfründe erneut ein solches Projekt scheitern? Seit Wochen warnte nicht nur Stein, der Streit zwischen Frauke Petry und Marcus Pretzell versus Alexander Gauland und Björn Höcke würde »zielgerichtet« zur Bundestagswahl »das Projekt 4,9 Prozent« ansteuern. Befürchtete Stein schon durch ein Scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde das Ende der AfD, so sah Götz Kubitscheck allein ein Ende des Flügels um Höcke drohen.

Auf »Sezession.net« schimpfte Kubitschek am 20. April über den kommenden Parteitag: »Wir werden eine in sich uneinige AfD erleben, der Rechenschieber wird den Parteitag dominieren, und die Hygieneklugscheißer aus den eigenen Reihen werden – wie immer – Björn Höcke und Alexander Gauland (...) mit Nazigrößen vergleichen, weil es doch nur einer ganz, ganz sauberen Partei gelingen kann, vaselinefettig als Arschtorpedo weiter voranzukommen«, schrieb der Mitbegründer des »Instituts für Staatspolitik« (IfS) überdeutlich. Und auch Jürgen Elsässer, Chefredakteur von »Compact«, der vor Monaten noch Petry als »bessere Kanzlerin« auf dem Cover präsentierte, wandte sich enttäuscht von der Angehimmelten ab.

Das Ende der politischen Beziehung dürfte Elsässer selbst durch die klare Positionierung des Magazins für Höcke und Gauland eingeläutet haben. In der Folge wurde Elsässer dann bei dem Kongress der Europaparlament-Fraktion »Europa der Nation und Freiheit« in Koblenz am 21. Januar nicht zugelassen. Später folgte ein Unterlassungsbegehren von Petry gegen »Compact« um dem Magazin zu untersagen zu schreiben, sie hätte den Ausschluss von Höcke betrieben. »Wir sind (...) immer fair mit der AfD umgegangen«, jammerte das Magazin auf seiner Website am 17. Februar und klagte: »Sie wollen offensichtlich eine Art Hofberichterstattung, die Ihnen und Ihrem Gemahl nach dem Mund redet.« Wenige Tage vor dem Parteitag hielt Michael Klonovsky – vom 1. Juni 2016 bis Mitte April 2017 Mitarbeiter der sächsischen AfD-Landtagsfraktion und Berater von Frauke Petry – dem »AfD-Powerpaar Petry/Pretzell« ebenso vor, in der eigenen Partei nur noch zwischen Freund und Feind zu unterscheiden.

Klare Fronten, klare Kampfansagen vor Köln. Schon am 24. April titelte Karlheinz Weißmann auf der JF-Website erleichtert zum Spitzenduo: »Beweis politischer Vernunft« und schrieb, die beiden hätten eine »überlegene Intelligenz und Härte in der Sache« gemein. Und schwärmte gar: »Eine so junge, angefeindete und von einer geschlossenen Front des Establishments bekämpfte Partei braucht (...) Personen, die neben dem notwendigen Kampfgeist auch Disziplin, Parkettsicherheit und geistige Unabhängigkeit mitbringen. Das alles darf man Alice Weidel und Alexander Gauland zutrauen.«

Elsässer begrüßte in einer Videobotschaft noch während des laufenden Parteitages die Personalentscheidung ebenso »Petrys Rückzieher als Chance«, mahnte allerdings gleich zur Vorsicht gegenüber der Bundessprecherin.

Ohne Petry namentlich zu nennen führte Kubitschek am 26. April auf »Sezession.net« aus: »Die Gefahr ist die zu frühe Koalitionswilligkeit, die sich aus taktischen Gründen ‹realpolitisch› bemäntelt, um so die Kritiker einer grundlos frühen Versöhnung mit den Verhältnissen als irrational und politikunfähig zu beschädigen.« Doch der Parteitag sei »ein deutliches Signal der Unversöhnlichkeit mit den Verhältnissen zum jetzigen Zeitpunkt« gewesen. Hier klingt an, dass er den Kurs von seinem Freund Höcke, die AfD als fundamentalistische Oppositionspartei zu führen, weiter unterstützt. Um nicht falsch verstanden zu werden, erklärt Kubitschek auch gleich: »Bewegungspartei zu sein bedeutet, die Arbeit in den Parlamenten nicht für die derzeit entscheidende Aufgabe zu halten. Gegen ein Blockbündnis von CDU bis Grüne ist konstruktive Opposition im Rahmen parlamentarischer Arbeit nicht sinnvoll.« Die eigentliche Aufgabe, so Kubitschek, sei »im Volk eine Wechsel- und Wendestimmung zu erzeugen und die emotionale Barriere zwischen Wähler und Partei abzutragen«. Der fundamentale Disput in dem Milieu der Neuen Rechten zwischen JF und IfS spiegelte sich wider, entweder soll eine Partei sich parlamentarisch mit Koalitionsoptionen ausrichten oder sich als fundamentalistische Oppositionsbewegung erst einmal festigen.

Die AfD hat sich schon festgelegt. Vorbereitet wurde die Entscheidung wenige Tage vor dem Parteitag in Goslar. Der niedersächsische AfD-Landesvorsitzende Armin-Paul Hampel hatte laut »Der Spiegel« zu einem Treffen geladen, auf dem die Personalie Gauland/Weidel überlegt wurde. Der Parteitag durfte dann nur noch seinen Segen dazu geben. Auffallend: In den ihnen nahe stehenden Medien werden die Initiatoren bei allem Lob nicht erwähnt. Der Burgfrieden soll bis zur Bundestagswahl offenbar bewahrt bleiben. Stein räumt bei allem Jubel aber ein, die »lediglich vertagten Entscheidungen zu den strategischen Leitplanken der Partei« würden spätestens bei der »Konstituierung einer möglichen Bundestagsfraktion« wieder »auf die Tagesordnung« kommen .

Schulterschluss im Dorfgasthof

Zum 17. Mal hat sich im Februar die Neue Rechte in Schnellroda zur »Winterakademie« des »Instituts für Staatspolitik« getroffen: Es geht um Gewalt. Vor Ort zeigt sich, wie verschiedene Strömungen der extremen Rechten in der Dorfgaststätte zusammenrücken.

von Martin Steinhagen

Schnellroda, Sachsen-Anhalt, eine gute Dreiviertelstunde Autofahrt südwestlich von Halle. Ein Dorf entlang 700 Metern Hauptstraße: Kirche, Friedhof, ein alter Wasserturm, Häuser mit gehäkelten Gardinen hinter den Fenstern, ein Fußballplatz, rund 200 EinwohnerInnen. In der gelb gestrichenen Dorfgaststätte »Zum Schäfchen« stehen am vorletzten Wochenende im Februar die ganz großen Themen auf dem Programm: Das »Institut für Staatspolitik« (IfS) um Verleger Götz Kubitschek hat zur 17. »Winterakademie« geladen. Es geht um Gewalt.

Zentrale Figuren der neu-rechten Szene waren da: In Schnellroda treffen sich an diesen Tagen Kader der »Identitären Bewegung« (IB) aus Deutschland und Österreich, zwei sachsen-anhaltische Landtagsabgeordnete der »Alternative für Deutschland« (AfD), Burschenschaftler, Autoren von Kubitscheks Antaios-Verlag, einschlägige Publizisten – darunter einige Frauen.

Treffpunkt im Dorf

Der Name des kleinen Dorfes, in dem Kubitschek und Ellen Kositza wohnen, ist längst zur Chiffre geworden. Die Neue Rechte trägt dazu nach Kräften bei, nutzt Schnellroda als eine Art Werbeslogan zur Propagierung eines neu-rechten Lebensgefühls: Zur »Hauptstadt von Kekistan« machen »Identitäre« den Ort auf Twitter – eine Anspielung auf die Meme-Kultur der amerikanischen »Alt-Right«, die von der IB zuletzt häufig adaptiert wird. Marc Jongen, der Co-Vorsitzende der AfD Baden-Württemberg, raunt von der Dorfkneipenbühne, er freue sich über seinen Auftritt im »fast schon mythischen Schnellroda« und habe das Gefühl, hier »zu Freunden im Geiste zu sprechen«. Das abgelegene Dorf verklärt der promovierte Philosoph gar zum »exterritorialen Ort in der heutigen BRD«. Wenn von der Neuen Rechten die Rede ist, wird immer wieder das Sprachbild von der Scharnierfunktion bemüht, von deren Vermittlerrolle zwischen der extremen Rechten und konservativen Kreisen. In Schnellroda ist dies ganz praktisch zu beobachten – gerade an Wochenenden wie im Februar. Die »Akademien« des IfS richten sich an TeilnehmerInnen unter 35 Jahren; wer dabei sein will, muss 100 Euro zahlen, ermäßigt kostet es noch 50 Euro. Dieses Mal sind mehr als 120 Personen angereist. Es werden Vorträge geboten, eine gemeinsame Jogging-Runde steht auch auf dem Programm. Und das Netzwerken beim Bier scheint gut zu funktionieren.

Melanie Schmitz und Mario Müller der IB-Gruppe »Kontrakultur Halle« jedenfalls fühlen sich sichtlich wohl: Sie laufen am Freitagmittag mit großen Kameras um den Hals durch Schnellroda und fotografieren GegendemonstrantInnen. Rund 150 protestieren später gegen das IfS-Treffen in der Provinz, es ist nur eine Handvoll AnwohnerInnen darunter. Wenn man sich im Dorf umhört, ist die Stimmung durchaus geteilt. Aber viele wollen vor allem eines: ihre Ruhe. Insbesondere für IB-Kader ist Schnellroda ein Fixpunkt, sie fühlen sich hier wie zu Hause, das macht das selbstbewusste Auftreten deutlich: Aus Mecklenburg-Vorpommern sind Hannes Krünägel, Daniel Funke und Daniel Fiß gekommen, aus Sachsen der Videoblogger Tony Gerber. Im Garten von Kubitscheks Rittergut postieren sich IB-Youtuber Philip Thaler und der Hallenser Till-Lucas Wessels, als die Demo daran vorbeizieht.

Aus Österreich sind unter anderen Martin Sellner, Jörg Dittes und die IB-Aktivistin, die sich gerne Alina von Rauheneck nennt, angereist. Auch der ehemalige WÜGIDA-Redner Simon Kaupert ist in Schnellroda dabei, genau wie der Kleinverleger Philip Stein. Der Pressesprecher der »Deutschen Burschenschaft« und Mitglied der »Germania Marburg« ist zugleich »Projektleiter« des Neue-Rechte-Netzwerkprojekts »Ein Prozent«, in dem außer Kubitschek selbst auch Hans-Thomas Tillschneider aktiv ist. Der Vorsitzende der »Patriotischen Plattform« und AfD-Landtagsabgeordnete in Sachsen-Anhalt, Tillschneider, ist bei der »Winterakademie« mit seinem Fraktionskollegen Jan Wenzel Schmidt anwesend. Sie diskutieren später mit Sellner auf der Bühne, geben sich dort als Opfer linker Gewalt und der Medien. Schmidt hat seinen umstrittenen Wahlkreisbüromitarbeiter und Ex-NPD-Mann Stefan Träger mitgebracht.

Als die Gegendemo vor der Gaststätte vorbeizieht, postiert sich auch ein Grüppchen Neonazis aus der Region auf dem Gehweg neben einigen AnwohnerInnen und den Akademie-TeilnehmerInnen. Zu stören scheint das die Neu-rechten nicht, die eigentlich auf eine Abgrenzung zur klassischen Neonaziszene stets bedacht sind. Deren Vorträge wollen die teilweise im klassischen Glatze-Bomberjacke-Outfit auftretenden Neonazis aber offenbar auch nicht hören und verschwinden nach dem Ende der Demo wieder aus dem Dorf.

Was an den langen, dunkelbraunen Holztischen im Saal der Dorfkneipe an jenem Wochenende besprochen wird, ist nur aus zweiter Hand zu erfahren. Die Presse ist bei der Akademie nicht erwünscht, einzelne Vorträge werden aber später auf Youtube veröffentlicht – ohne die darauf folgende Diskussion. Insgesamt sprechen laut Programm acht Referenten, ausschließlich Männer. Abends wird ein Film gezeigt: »A Clockwork Orange« – der kontroverse Film von Stanley Kubrick gilt auch als einer der Kult-Filme der Skinhead-Szene.

Donovan

Aber nicht nur vor der Kneipe, sondern auch beim Akademie-Thema »Gewalt« zeigen sich Berührungspunkte unterschiedlicher Szenen. Dies zeigt besonders der Auftritt des US-amerikanischen Autors Jack Donovan – kurz geschorene Haare, Tätowierungen auf den durchtrainierten Armen, Motivationstrainer-Stimme. Der 42-Jährige inszeniert sich gern als Hyper-Mann, posiert für seinen Instagram-Kanal nackt neben einer Nietzsche-Statue in Weimar oder mit einem abgeschlagenen Wildschweinkopf in der Hand. In den USA ist er als Publizist und Podcaster und in einem Männerbund namens »Wolves of Vinland« aktiv – einer etwas überdreht wirkenden Mischung aus Rocker-Machokult, Neuhei-

dentum und »White Nationalism«. Donovan, dessen Buch »Der Weg der Männer« der österreichische IB-Vordenker Martin Semlitsch (Martin Lichtmesz) für den »Antaios-Verlag« übersetzt hat, dürfte in der deutschen Neuen Rechten nicht nur aufgrund seines Auftretens und seiner Homosexualität nicht gerade unumstritten sein.



In Schnellroda stellt Donovan nichtsdestotrotz seine mit Nietzsche-Vokabeln garnierten Thesen zu Gewalt vor (»Violence is Golden«). Für ihn ist Gewalt ein grundlegendes Prinzip, auf dem auch der demokratische Rechtsstaat, das »empire of nothing« ruht, obwohl es das stets leugne. Gewalt sei dementsprechend nicht böse, sondern so elementar wie Feuer, an dem man sich schließlich sowohl wärmen als auch verbrennen könne. Donovan wirbt dafür, den vermeintlichen Wert der Gewalt anzuerkennen, die er als schöpferisch preist und als Mittel in der Verteidigung der eigenen Identität gegen »die Anderen«: Es sei zwar verlockend, sich stets als Opfer von gewalttätigen politischen Gegnern darzustellen, aber man spiele so im Narrativ von der bösen Gewalt mit, akzeptiere die »Sklavenmoral«. Für Donovan ist das strategisch in Ordnung, solange man nicht selbst daran glaubt. Er formuliert seine eigene Version der neu-rechten Mimikry-Strategie, bei der stets je nach Gesprächspartner die Argumente gewechselt werden: Wir schulden dem Staat und den Fremden keine Wahrheit, nur unserem »Stamm, unseren Brüdern, unserem Volk«, sagt er.

Für den »edlen Barbar« stelle sich die Frage, ob Gewalt gegen Leute, die nicht seine Leute sind, gut oder böse sei, schlicht gar nicht. Entscheidend sei, ob der Einsatz von Gewalt erfolgversprechend ist. Falls ja: »Press play!«, rät Donovan. Meistens sei das unter den gegebenen Umständen wegen der zu befürchteten strafrechtlichen Verfolgung aber nicht ratsam, warnt er. Donovan propagiert, als Widerstandsstrategie »interne Kulturen« abseits des Mainstreams aufzubauen, »die Stärke, Dominanz, und die Fähigkeit, Gewalt erfolgreich anzuwenden als goldene Werte anzuerkennen«. Die »beste Revolte gegen eine Kultur der Schwäche ist es eine Kultur der Stärke zu schaffen«, ruft er von der Bühne des »Schäfchen« – und lobt diejenigen, die das bereits in schlagenden Verbindungen praktizierten. Einen simplen Rat hat er auch noch parat: Ab und an brauche jeder einmal einen Schlag in die Fresse.

Sellner

Für einen strategischen Umgang mit Gewalt argumentiert in Schnellroda auch Martin Sellner – allerdings für eine strategische Gewaltlosigkeit. Sellner, der noch immer als Entwicklungshelfer der deutschen »Identitären« gehandelt wird, stellt heraus, dass gewaltfreier Protest für die Neue Rechte zielführender sei. Die »alte Rechte« verwechsele Macht und Gewalt, träume von einem militärischen Sieg und lenke sich so von der eigenen Handlungsunfähigkeit im »Infokrieg« ab. Auf den komme es aber an, erklärt Sellner, und bezieht sich dabei wie üblich auf den italienischen Marxisten Antonio Gramsci: Die eigentliche Macht, das sei die »metapolitische Macht«, die den »Raum des Sagbaren« definiert. Diesen könne man aber nicht effektiv mit Gewalt verändern, sondern nur durch Subversion. Sellner bedient sich bei dem amerikanischen Politikwissenschaftler Gene Sharp und dem serbischen Aktivisten Srđa Popović: Wer gewaltfrei agiere, müsse nicht konspirativ vorgehen, könne Gesichter und Menschenmassen zeigen, bringe sich nicht in Konflikt mit dem Staat, müsse sich nicht vermummen. Die Repression des Staates wirke zudem mobilisierend, weil sie gegenüber gewaltfreien Aktivisten stets überzogen erscheine. Es sei stets der politische Gegner, der versuche, einen zur Gewalt zu verführen.



< Polizei schützt in Schnellroda Kubitschek und seine Gäste

Das Ziel, das Sellner für Deutschland und Österreich vorgibt, beschreibt er als »Orbanisierung«, eine »radikale und drastische Änderung der öffentlichen Meinung, die andere Gesetze und andere Politik ermöglichen wird«. Eine »Maidanisierung« sei hierzulande kaum zu erreichen. Sellner wirbt abschließend für »Wehrhaftigkeit« im Umgang mit Gewalt des politischen Gegners, aber dafür nicht selbst solche Auseinandersetzungen zu suchen. Die Wort- und Bilderwelten der IB – die er auch mit seinem Versandhandel, der ja nicht nur aus Einfallslosigkeit »Phalanx Europa« heißt, verbreitet – sind indes voller militärischer und gewaltverherrlichender Codes: Von der »Reconquista« bis zum Märtyrerkult um die spartanischen Krieger und dem angeblich verzweifelten Abwehrkampf der letzten Generation »ohne Migrationshintergrund«. Für sich selbst sieht Sellner angeblich nur einen Weg: Entweder gelänge es, Staat und die Hegemonie nach rechts zu verschieben oder die Repression werde zunehmen. In Schnellroda, wo Pathos nicht gerade ein unbeliebtes Stilmittel ist, nennt er das: Gefängnis oder Reconquista.

Jongen

Marc Jongen, der eher den Staat umbauen als hinter Gefängnismauern wollen dürfte, scheint zunächst einen ganz anderen Blick auf Gewalt zu haben als die anderen Redner, deren Vorträge nachträglich im Internet zugänglich gemacht wurden. Jongen widmet sich in seinem Vortrag einem »Akt der Gewalt« gegen die »psycho-soziale Integrität« des deutschen Volkes, wie er sonst nur in Kriegszeiten zu beobachten sei: der »Migranteninvasion«. Für den wissenschaftlichen Mitarbeiter für Philosophie und Ästhetik der staatlichen Hochschule für Gestaltung Karlsruhe ein »historisches Verbrechen« der politisch Verantwortlichen. Welche Assoziationen er mit dieser Wortwahl auslöst, dürfte ihm bewusst sein.

Jongen wirbt in Schnellroda für seine Theorie von der »Thymosschwäche« der Deutschen. Im Auftritt ganz dem akademischen Habitus verpflichtet, zeigt er dabei aber durchaus Nähe zu den plakativen Thesen Donovans, mit dem er etwa die Prämisse von der Gewalt als Ursprung aller Kultur teilt.

»Thymos«, das ist für Jongen der Begriff für Stolz, Zorn, Mut, aber auch Hass und Ressentiment. Ein »wohltemperierter Thymos« sorge für »Beherztheit« und »Selbstachtung«, an denen es der Mehrheit der Deutschen selbstverständlich fehle, was zu mangelndem nationalen Stolz und »Selbsthass« führe (der Thymos der Antifa-DemonstrantInnen vor der Tür sei hingegen bloß fehlgeleitet, erklärt er en passant). Die »Migranteninvasion« ist in Jongens Weltbild deshalb ein Akt der Gewalt, weil er den Islam als eine »thymotisch hoch aktive Kultur« charakterisiert, die auf die als schwach und wehrlos dargestellte deutsche trifft. In der Beschreibung der Anderen, die sich aus der typischen Projektion, aus der gewohnten Mischung aus Angst vor und Neid auf vermeintliche Potenz, Männlichkeit oder eben »Thymosspannung« zusammensetzt, darf natürlich auch der Verweis auf die »leicht bekleideten Refugee-Welcome-Mädchen« nicht fehlen, die aber »nach Köln« nun doch umdenken würden.

Jongens Rat für die Praxis bleibt sicherlich aus guten Gründen besonders schwammig. Wer gegen die angebliche »Selbstabschaffung« vorgehen wolle, müsse die eigenen Selbstbehauptungskräfte verjüngen, »indem man sich auf die genetischen Grundlagen der Kultur« besinnt, sagt er schließlich. Das sei freilich »gar kein intellektueller Akt« und passiere ja jetzt bereits. Von diesem »Thymostraining« erhofft sich Jongen einen neuen Zusammenhalt der Deutschen. »Es ist hoffentlich so, dass es nicht zu Krieg und Bürgerkrieg wieder kommt« bei diesem »Hinabsteigen in die Zone, wo Kultur formiert wird«, sagt Jongen. Aber das vermeide man nicht, indem man »die gewaltsamen Quellen der Kultur verleugne und mit illusionären Scheinwerten überkleistere«, sondern indem man ihnen ins Auge blicke, sie einhege und in eine »zivile Wehrhaftigkeit« überführe. Was diese ausmacht, und vor allem was das Zivile daran sein soll, das führt er allerdings nicht mehr aus.

»Ob Sammlung, Nachlass oder Einzelstück«

Buch-Antiquariate aus der extremen Rechten verbreiten neben Literatur aus der Szene oft auch historische NS-Werke und sind zugleich eine Einnahmequelle für rechte AktivistInnen.

von Marcus Lange

Unter seinen früheren GesinnungsgenossInnen hatte der ehemalige NPD-Chef auch drei Jahre nach seinem Rücktritt noch einen hohen Marktwert: 100 Euro verlangte Ende 2015 das Antiquariat »Volksschriften« für ein Erinnerungsbuch, das Holger Apfel einige Jahre zuvor als Auftragsarbeit zum 35-jährigen Bestehen der Partei zusammengestellt hatte. »Alles Große steht im Sturm«, so der Buchtitel, sei »selten und gesucht«, rechtfertigte der Verkäufer den üppigen Preis. Seine genauen Marktkenntnisse kamen nicht von ungefähr. Denn der Betreiber des Antiquariats mit Sitz in Gröditz (Sachsen), Matthias Beier, war nicht nur NPD-Funktionärskollege von Apfel. In den vergangenen Jahren hat er sich zudem als Dienstleister der extrem rechten Szene etabliert und verbindet weltanschauliche Überzeugungen mit kommerziellen Interessen. So empfahl der 32-Jährige in seinem Antiquariatskatalog betagten GesinnungsgenossInnen, bei Zeiten ihren Nachlass mit ihm zu regeln. Da angesichts der »kultur- und geistlosen Zeit« die eigentlichen ErbInnen zumeist »perfekt abgerichtete Probanten (sic!) der Umerziehungspädagogik« seien, zumindest aber »Uninteressierte oder gar vollends auf Konsum ausgerichtete Wohlstandsbürger«, stünden viele vor der Frage, was mit »seit Jahrzehnten gesammelten Büchern, Zeitschriften und sonstigen politisch-weltanschaulichen Gegenständen« geschehen solle. Um diese vor »Vernichtung und Entsorgung« zu bewahren, diente sich Beier als uneigennütziger Ansprechpartner einer »sinnvollen weiteren Benutzung« an. Ein Teil davon, erklärte er, sollte »Gruppen der nationalen Jugendarbeit übereignet«, der vermutlich lukrative Rest dagegen veräußert werden, um die weitere politische Arbeit zu finanzieren. Die Erlöse, versprach Beier, kämen »der Arbeit unseres unabhängigen Verlages zugute«. Das Interesse jüngerer KameradInnen an angestaubten Schriften scheint verhalten geblieben zu sein. Beier jedenfalls hat seinen Ausflug in die Welt des antiquarischen Buches inzwischen wieder beendet. Die frühere Website ist mittlerweile abgeklemmt. Unter der vielsagenden Bezeichnung »Label 33« (Motto: »Was war, kommt wieder«) konzentriert er sich stattdessen auf den Vertrieb von Szenekleidung (»Nationaler Sozialist«) und Schriften seines Verlages »Libergraphix«. Zu dessen StammautorInnen zählt unter anderem der Geschichtsrevisionist Wolfgang Hackert, dessen Machwerke »Die jüdische Epoche – Ordo ab chao« und »Antigermanismus, Globalismus, Multikulti – Gestern und heute« durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien indiziert worden sind.

»Zu wissenschaftlichen Zwecken«

Beier ist nicht der einzige Anbieter mit einschlägigen Kontakten. Wer auf den bekannten Verkaufsportalen im Internet, wie etwa »Booklooker« oder dem »Zentralen Verzeichnis Antiquarischer Bücher«, recherchiert, stößt schnell auf eine Reihe mehr oder minder professionell betriebener Antiquariate, deren InhaberInnen eng mit der extremen Rechten, insbesondere der NPD, verbunden sind. Nicht selten trägt der Handel dazu bei, politische Aktivitäten zu finanzieren. Von Lippstadt (Nordrhein-Westfalen) aus betreibt beispielsweise Holger Steinbiß seine Geschäfte. Der ehemalige Bundestagskandidat der NPD im Wahlkreis Unna I führt dort seit Januar 2009 das »Antiquariat Am Hellweg«. Er fühle sich »der Geschichtsforschung verpflichtet« und biete »zu Forschungs- und Sammlerzwecken vornehmlich Schriften mit politisch-geschichtlichen Themen aus allen Epochen der deutschen Geschichte an«, heißt es in einer Selbstdarstellung. Schriften aus der NS-Zeit würden ausschließlich »zur staatsbürgerlichen Aufklärung« oder »wissenschaftlichen Zwecken verkauft«. Zu den »seltenen und wertvollen Einzeltiteln«, die so eineN neueN BesitzerIn finden sollen, gehört derzeit ein Original der SS-Dienstaltersliste (»extrem selten«) für 2.280 Euro. Für die antisemitische Hetzschrift »Trau keinem Fuchs auf grüner Heide« aus dem »Stürmer-Verlag«, vor einiger Zeit für 1.780 Euro zu haben, fand sich offensichtlich inzwischen einE AbnehmerIn. Im Kreis von KameradInnen zeigt sich Inhaber Steinbiß allerdings entgegenkommender. Dem zeitweiligen Mitarbeiter der NPD-Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern, Eric Kaden, überließ er für eine glorifizierende Biografie über den SS-Schriftsteller Kurt Eggers Materialien, die »in keiner Bibliothek zu finden waren«, wie dieser sich bedankte. Ergänzt wird sein Angebot durch »repräsentative und interessante historische Gegenstände wie Militaria und Porzellan«, für die Steinbiß KundInnen auch auf Waffenbörsen sucht, etwa im November 2010 in Kassel. Aus Beständen der NVA bot er zeitweise zudem Panzerplatten für schusssichere Westen an.



»Jedem das Seine«

Auch auf den umtriebigen NPD-Funktionär Uwe Meenen stößt man im antiquarischen Buchhandel. Der gelernte Sozialversicherungsfachangestellte und Verlagskaufmann verdingt sich seit Ende der 1980er Jahre auf vielen Posten und an vielen Orten für die Partei – zunächst in Bayern, wo er in einem Machtkampf um den Landesvorsitz mit dem Nürnberger Stadtrat Ralf Ollert scheiterte, kurzzeitig als Geschäftsführer des Parteiverlags »Deutsche Stimme« in Riesa und jetzt in Berlin. Dem dortigen Landesverband steht der 52-Jährige nach einer vorübergehenden Auszeit seit Herbst 2016 erneut vor. Als »Amtsleiter Politik« saß er zeitweise auch im Präsidium der Bundespartei. Meenen gehört zu den engsten Vertrauten des Europaabgeordneten Udo Voigt, als dessen »Wissenschaftlicher Referent« er ihm derzeit zuarbeitet. Unter dem Firmennamen »Suum cuique« (»Jedem das Seine«) vertreibt er antiquarische Bücher. Als Inhaber des Unternehmens wird der »Fränkische Kulturbund« genannt, der unter anderem über das Parteihaus der NPD in der Seelenbinderstraße in Treptow zu erreichen ist. Ins Vereinsregister eingetragen wurde der Verein 2005 in Würzburg. Zu dieser Zeit eröffnete der »Fränkische Kulturbund« ebendort ein Ladenlokal, in dem Meenen für kurze Zeit die Geschäfte führte. Nach seinem Umzug nach Berlin übernahm er dann 2012 selbst den Vorsitz des Vereins. Ihm zur Seite stehen der Brandenburger NPD-Vorsitzende Klaus Beier und die Publizistin Angelika Willig, die nach einigen Jahren als Redakteurin der »Jungen Freiheit« inzwi-

schen für zahlreiche extrem rechte Zeitschriften tätig ist. An seine erfolglose Zeit als Geschäftsführer in Riesa erinnert im Antiquariatsangebot ein Konvolut der seit 2001 jährlich mit einem Umfang von rund 100 Seiten veröffentlichten »Verlagsempfehlungen«. 120 Euro verlangt Meenen für zwölf Hefte, die, wie es in der Beschreibung heißt, Auskunft darüber geben, »was in der ansonsten hermetisch abgeschirmten nationalen Szene



^ *Uwe Meenen (links) bei einer NPD-Kundgebung*

vor sich geht« – allerdings nur »gegen Altersnachweis« und ausschließlich »zu wissenschaftlichen Zwecken«.

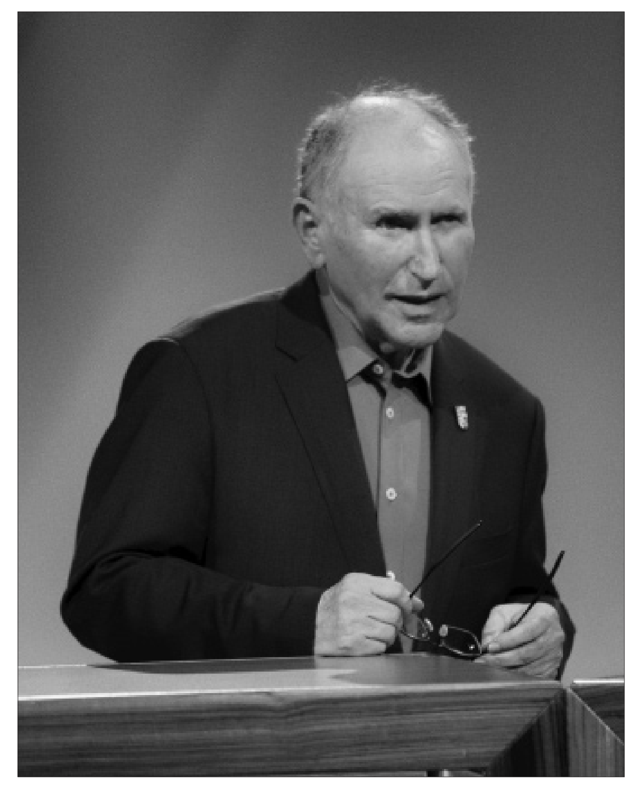
Gegen die »Zersetzungsarbeit«
Eine enge Verbindung zur Szene weist auch das »Lesmal-Versandantiquariat« in Hohenthurm, einem Ortsteil der Stadt Landsberg im Saalekreis (Sachsen-Anhalt), auf. Betreiber Christian Schaar war viele Jahre in der »Jungen Landsmannschaft Ostpreußen« in Baden-Württemberg aktiv und, nachdem sich die Landsmannschaft von ihrem Nachwuchs getrennt hatte, Bundesvorsitzender der »Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland«. In dieser Zeit verlegte er seinen Aktionsradius nach Sachsen-Anhalt. Im Landkreis Mansfeld-Südharz erwarb er eine Immobilie, die zugleich als Treffpunkt seiner GesinnungsgenossInnen genutzt wurde. In seinem Antiquariatsangebot findet sich nicht nur allerlei einschlägige Literatur, sondern gleich mehrfach auch die Szeneschrift »Neue Wege« von Steffen Hupka. Der gelernte Tischler, im Umfeld militanter Neonaziorganisationen radikalisiert und einschlägig verurteilt, blickt darin auf seine »Erfahrungen und Lehren aus 20 Jahren vergeblichem politischem Einsatz« zurück und entwickelt »Ideen zu einem anderen Kampf«. Wie dieser aussehen könnte, darüber können beide im vertraulichen Gespräch diskutieren. Denn über die Anschrift von Schaars Antiquariat wickelt auch Hupka seine Geschäfte ab. E-Mail und Telefonnummer des Unternehmens nutzen zudem weitere Aktivisten für ihre Geschäfte. Ein »Th. Hupka«, der sich als »junger Historiker« ausgibt, sucht per Kleinanzeigen in Zeitungen im Ausland »Briefumschläge und Postkarten mit Briefmarken und Briefmarkensammlungen (vor 1945)« sowie »alte deutsche Bücher«. Und Angelika Schellhase bietet seit geraumer Zeit über Ebay ein Fachwerkhaus in Timmenrode in Landkreis Quedlinburg an. Die 56-Jährige ist zugleich Vorsitzende des seit 2003 bestehenden »Deutschen Kulturvereins«, der seinen Sitz zunächst in Trebnitz hatte und dessen Website auf Richard Hupka eingetragen ist. Mit Volkstanz und Vorträgen wolle er, heißt es in einer Selbstdarstellung, insbesondere der »Zersetzungsarbeit« der »Feinde der deutschen Kultur« entgegenwirken, die »den Glauben an die rassische und völkische Gebundenheit und damit an die zeitliche Unvergänglichkeit der deutschen Kultur beseitigen« wollten. Finanziert wird dieses völkisch-rassische Programm nach eigenen Angaben »fast ausschließlich aus Spenden« und »zum kleinen Teil aus Fördermitteln«. Einen Anteil daran dürfte zeitweise auch der Handel mit gebrauchten Büchern geleistet haben, den Schellhase über ein Vereinsantiquariat von Wittenberg aus organisierte.

»Wir verwerten Ihre Bücher«
In den Handel mit antiquarischen Büchern ist zudem der NPD-Funktionär Patrick Wieschke eingestiegen. »Ob Sammlung, Nachlaß (sic!) oder Einzelstück: Wir verwerten Ihre Bücher«, warb der aktenkundige Gewalttäter im Januar 2017 unter den LeserInnen im NPD-Parteiorgan »Deutsche Stimme«, die »alles anbieten« sollten. Gefragt seien »Buchspenden«, aber auch »Einzelstücke, Konvolute oder ganze Sammlungen« zum Ankauf. Als Anschrift nennt sein »Versandantiquariat Zeitgenoss« die Adresse des »Flieder Volkshaus« in Eisenach, ein Treff- und Sammelpunkt der extremen Rechten in der Region. So haben dort der Thüringer Landesverband der NPD (Vorsitzender 2012 bis 2014: Patrick Wieschke), die Fraktion der Partei im Stadtrat (Fraktionsvorsitzender: Patrick Wieschke) und die Redaktion des »Wartburgkreis Boten« (Herausgeber: Patrick Wieschke) ihren Sitz. Gegenüber möglichen Kunden sollen solche Verbindungen allerdings offensichtlich verdeckt werden. Denn im Impressum des »Zeitgenoss« nennt Wieschke nur seinen zweiten Vornamen »David«. Einschlägig ist dagegen sein Angebot mit Originalschriften aus der NS-Zeit und Machwerken des bundesdeutschen Geschichtsrevisionismus, die »zu Forschungs- und Sammlerzwecken« zum Verkauf stehen: Hitlers »Mein Kampf« in einer der zahlreichen Hochzeitsausgaben gibt es derzeit gleich zweimal »dauerhaft reduziert« zum Einzelpreis von 160 Euro. Zum gleichen Betrag sucht auch eine Sammlung von 43 Heften der Schriftenreihe »Historische Tatsachen«, die der NPD-Funktionär Udo Walendy seit Mitte der 1970er Jahre im »Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung« fabrizierte, eineN AbnehmerIn. In der NPD ist der 35-Jährige, der nach unrühmlichen Enthüllungen über seine Person Anfang 2015 nicht erneut für den Landesvorsitz der Thüringer NPD kandidiert hatte, neuerdings wieder eine feste Größe: Anfang Februar nominierten seine KameradInnen ihn zum Direktkandidaten im Wahlkreis Eisenach-Wartburgkreis-Unstrut-Hainich-Kreis für die Bundestagswahlen im September 2017.

Ganz rechts im Saarland

Während die »Alternative für Deutschland« bei den saarländischen Landtagswahlen einen weiteren Einzug in ein Landesparlament feiern konnte, musste die NPD mit dem parlamentarischen Niemandsland vorliebnehmen.

von Emma Blum



^ *Josef Dörr*

Nach den zweistelligen Ergebnissen der »Alternative für Deutschland« (AfD) bei Landtagswahlen im vergangenen Jahr fühlen sich die 6,2 Prozent für einige in der AfD schon fast wie eine Niederlage an. Zwar entspricht das Ergebnis des rund 320 Mitglieder umfassenden Landesverbandes den sinkenden Wahlprognosen im Bund. Im Licht zahlreicher öffentlich ausgetragener Skandale, existenzbedrohender Differenzen mit der Bundespartei und der extrem rechten Ausrichtung führender Vertreter des Landesverbandes ist das Ergebnis doch zumindest ein Achtungserfolg.

Kontakte zur extremen Rechten

Schon die Antrittsrede des Parteivorsitzenden Josef Dörr auf dem AfD-Landesparteitag am 26. April 2015 erinnerte in der Sprachwahl an nationalsozialistischen Duktus. »Wir spüren eine tiefe Glut in uns. Diese Glut ist nicht die Glut einer ohnmächtigen Wut, es ist die Glut einer mächtigen Wut. An ihr werden wir das Feuer entfachen. Die Missstände in unserem Land sind der Wind, der diese Glut entfacht. Eine Flamme kommt zur anderen Flamme. Die Flammen wachsen zu einem Flammenmeer und schließlich zu einem Feuersturm. Dieser Feuersturm wird alles hinwegfegen und vernichten, was schlecht ist (...)«, rief Dörr den Anwesenden zu. Im März 2016 war bekannt geworden, dass Dörr mit seinem Parteivize Lutz Hecker im Jahr 2015 Kontakte zur extrem rechten Kleinstpartei »Freie Bürger Union« (FBU) gepflegt hatte. Die FBU setzt sich aus ehemaligen NPD-Stadträten der Stadt Völklingen und AkteurInnen der HoGeSa-Abspaltung »Saarländer gegen Salafisten« (SaGeSa) zusammen. Bei den Treffen mit der FBU verteilte Dörr nicht nur Mitgliedsanträge der AfD, auch über Möglichkeiten, den FBU-Mitgliedern Plätze auf der Landtagswahlliste der AfD einzuräumen, sei gesprochen worden. Letztlich trat die FBU eigenständig und lediglich im Landkreis Neunkirchen an. Der ehemalige Schulleiter Dörr stand zudem in engem Kontakt mit dem früheren Landesvize der NPD-Rheinland-Pfalz und SaGeSa-Mitbegründer Sascha Wagner. Der Bundesvorstand der AfD reagierte noch im gleichen Monat auf diese Vorwürfe mit einem Beschluss, den Landesverband aufzulösen. Diesem Beschluss stimmte auf dem Bundesparteitag vom 30. April/1. Mai 2016 eine knappe Mehrheit von 52 Prozent zu. Daraufhin traten Dörr und Hecker auf dem saarländischen Landesparteitag zunächst zurück, ließen sich jedoch am gleichen Tag wieder wählen und gingen gestärkt aus der Wahl hervor. Dörr und Hecker sind im Landesverband nicht die einzigen, die im extrem rechten Milieu verankert sind. So sind Marc Tecquert und Christian Wirth, Mitglieder der »Jungen Alternative«, in den als extrem rechts einzustufenden saarländischen Burschenschaften Germania beziehungsweise Ghibellinia zu Prag aktiv.

Um die Bundespartei zu beschwichtigen, hatte der Landesverband Rudolf Müller als neuen Spitzenkandidaten zur Landtagswahl aufgestellt. Nachdem bekannt wurde, dass Müller in seinem Antiquitätengeschäft in Saarbrücken NS-Devotionalien, darunter NS-Orden mit Hakenkreuzen und »Lagergeld« aus dem KZ und Ghetto Theresienstadt verkauft, hatte die saarländische AfD ihren nächsten Skandal. Trotz alledem entschied das AfD-Bundesschiedsgericht im Oktober 2016, den Beschluss des Bundesvorstands und des Bundesparteitags aufzuheben und den Landesverband nicht aufzulösen. In Anbetracht der rechten Kontakte des Landesverbandes und der Unterstützung durch die völkische »Patriotische Plattform« der AfD kann diese Entscheidung als weiteres Zeichen für deren wachsenden Einfluss innerhalb der AfD gedeutet werden.

NPD unter »ferner liefen«

Mit gerade einmal 0,7 Prozent blieb die NPD deutlich hinter ihren Erwartungen zurück und erwies sich als zukünftig zu vernachlässigende Größe im parlamentarischen Rahmen. Gerade mit Blick auf die Durchführung des diesjährigen Bundesparteitages in der ehemaligen Gestapo-Zentrale im Saarbrücker Schloss, zwei Wochen vor den Landtagswahlen, hatte sich die Partei ein deutlich besseres Ergebnis erhofft.

Außerparlamentarisch prägt die NPD, trotz parteiinterner Querelen und Spaltungen, die extrem rechte Szene im Saarland jedoch noch immer maßgeblich mit. Zudem nehmen saarländische AkteurInnen der NPD auch auf Bundesebene führende Funktionen ein. Neben Frank Franz, der auf dem Bundesparteitag der NPD am 11. März 2017 erneut zum Parteivorsitzenden gewählt wurde, stammt auch Peter Richter, Anwalt der NPD im zweiten Verbotsverfahren und Spitzenkandidat bei den Landtagswahlen, aus dem Saarland. Die Landtagskandidatin Jaqueline Süßdorf war im vergangenen Jahr bundesweit als Rednerin gefragt und trat beispielsweise im Juni 2016 bei einem Aufmarsch des extrem rechten Bündnisses »Bürger stehen auf« in Linnich (NRW) auf.

Die AfD im Landtag

Die konstituierende Sitzung des neu gewählten Landtages wird auch im Saarland laut Geschäftsordnung durch den so genannten Alterspräsidenten eröffnet und geleitet. Diese Aufgabe stand am 25. April 2017 dem 76-jährigen Josef Dörr zu. Die Parteien hatten sich im Vorfeld darauf geeinigt, die Geschäftsordnung diesbezüglich nicht zu ändern. Proteste der anwesenden Fraktionen gegen Dörrs unspektakuläre Reden blieben aus. Dörr übernahm auch den Vorsitz der dreiköpfigen Landtagsfraktion der AfD, die durch Rudolf Müller und Lutz Hecker komplettiert wird. Von dieser Fraktion dürften keine gemäßigten Positionen zu erwarten sein. Sie steht vielmehr für die extrem rechte Fundamentalopposition innerhalb der Partei und geht trotz aller Skandale im Vorfeld und des scheinbar schlechten Ergebnisses gestärkt aus der Wahl hervor.

Vorerst Gefahr gebannt

Die extrem rechte »Partij voor de Vrijheid« kam bei den Wahlen in den Niederlanden auf den zweiten Platz.

von John Postma (Alert!)

Der 15. März 2017 war der Tag der Entscheidung: Die NiederländerInnen konnten ihre neue Regierung wählen. In den Wochen vor dem Wahltermin stiegen die Erwartungen und die Spannung näherte sich dem Siedepunkt. Der extrem rechte Politiker Geert Wilders erwartete, seine »Partij voor de Vrijheid« (»Partei für die Freiheit«, PVV) würde Siegerin werden und sah sich selbst als neuen Premierminister. Doch am Abend des 15. März stellte sich heraus, dass erneut die Liberalen der »Volkspartij voor Vrijheid en Democratie« (»Volkspartei für Freiheit und Demokratie«, VVD) gewonnen hatten.

Patriotischer Frühling

Vornehmlich ausländische Medien sahen in den niederländischen Wahlergebnissen ein wichtiges Signal für die weiteren in diesem Jahr anstehenden Wahlen in Europa – in erster Linie die Parlamentswahlen in Frankreich und die Bundestagswahlen in Deutschland. Startschuss für den Wahlkampf der europäischen Rechten war die Veranstaltung »Freiheit für Europa« in Koblenz am 21. Januar 2017. Frauke Petry von der »Alternative für Deutschland«, Marine Le Pen vom »Front National«, Harald Vilimsky von der »Freiheitlichen Partei Österreichs« (FPÖ) und Geert Wilders riefen das »Jahr der Patrioten« aus. Wilders sah sich zudem von dem Wahlsieg des republikanischen US-Präsidenten Donald Trump bestätigt und unterstützt. Aber am Ende hatten die US-Wahlen keinen großen Einfluss auf die Wahlen in den Niederlanden. Vermutlich ist nach den ersten zwei Monaten der Trump-Administration Ernüchterung eingekehrt.

Einfluss

Islamistischer Terror und der Einfluss des Islam waren verbindende Elemente der Wahlkampagnen verschiedener Parteien. War der Euro-Skeptizismus bei den Wahlen von 2012 die wichtigste Frage für die PVV, so verschob sich auch hier der Fokus des diesjährigen Wahlprogramms, das auf eine DIN-A4-Seite passte. Der harte Anti-Islam-Kurs prägte dieses Programm mit dem Namen »Nederland weer van ons« (»Niederlande zurück zu uns«). In diesem Programm fordert die PVV, alle Moscheen zu schließen und spricht sich für die präventive Ingewahrsamnahme und Festsetzung aller »radikalen Muslime« aus. Die anhaltende Hetze von Wilders zeigte im Wahlkampf auch in anderen Parteien Wirkung. Zum Beispiel initiierten die ChristdemokratInnen von »Christen Democratisch Appel« (»Christ-Demokratischer Appell«, CDA) eine Kampagne, um das Absingen der Nationalhymne zu Beginn jedes Schultags durchzusetzen. Nur war das keine neue Idee, sondern ein alter Vorschlag der PVV. Und die VVD machte eine Kampagne »Hand in Hand gehen, ohne Angst«, mit der sie auf die Übergriffe jugendlicher Einwanderer auf Homosexuelle in den Großstädten der Niederlande reagierte. Auch die Eskalation und das Kräftemessen des Premierministers Mark Rutte (VVD) mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan war Teil der Strategie, im Wahlkampf die nationale Karte zu spielen. Dass in diesem Fall auch anti-islamische Ressentiments bedient wurden, dürfte die Partei nicht gestört haben.
Geert Wilders PVV ist inzwischen die zweitgrößte Partei der Niederlande. Mit 20 Sitzen im Parlament hat sie nun fünf Sitze mehr als nach der letzten Wahl im Jahr 2012. Und auch wenn die VVD die Wahl für sich entschieden hat und 33 Sitze gewann, verlor die Partei im Vergleich zur letzten Wahl 2012 acht Mandate. Aber sie kann mit Rutte erneut den Premierminister stellen.

Kommunalwahlen 2018

Die WählerInnen, die für Wilders und seine PVV gestimmt haben, sind mittlerweile in den gesamten Niederlanden zu finden. Die Unterstützung für Wilders ist nicht mehr nur auf seine Heimatprovinz Limburg im Süden der Niederlande beschränkt. Bei den letzten Wahlen stellte sich heraus, dass die PVV gerade in kleinen Gemeinden große Erfolge hatte. In einigen konnte sie sogar die meisten Stimmen gewinnen. Davon beflügelt erklärte die PVV, dass sie bei den Kommunalwahlen im Jahr 2018 in 60 Gemeinden antreten wird. In der niederländischen Geschichte ist es ein Novum, dass eine Partei zuerst bei den nationalen Wahlen angetreten ist, danach bei den Provinzwahlen und schließlich bei den Kommunalwahlen.

Neu dabei

Eine neue Akteurin am rechten Rand ist die Partei »Forum voor Democratie« (»Forum für Demokratie«, FVD), die zukünftig mit zwei Sitzen im Parlament vertreten sein wird. Von Thierry Baudet im Jahr 2015 als Denkfabrik gegründet, wurde die FVD im September 2016 in eine politische Partei umgewandelt. Vorher war die FVD eine der Hauptkräfte hinter der Bewegung »GeenPeil«, die ebenfalls in einer politischen Partei aufgegangen ist. Sie hatte das konsultative Referendum vom 6. April 2016 über das Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Ukraine mit initiiert, bei dem sich 61 Prozent gegen das Abkommen aussprachen. Ein Ziel der FVD ist es, dass zukünftig Ergebnisse von Referenden für die Regierung verbindlich sind. Daneben liegt der Fokus der FVD auf einer Anti-Migrations- und Anti-EU-Politik. Somit ist es folgerichtig, dass ihr Gründer Baudet mit der niederländischen »Alt-right« sympathisiert.

Neues Kabinett

Bei den Parlamentswahlen von 2006 gewann die PVV neun Sitze, eine Legislaturperiode später (2010) hatte die Partei 24 Sitze und wurde drittgrößte Partei der Niederlande. Die VVD gewannen damals die Wahlen und bildete zusammen mit den ChristdemokratInnen von CDA eine von der PVV tolerierte Minderheitsregierung. Vorbild dafür dürfte seinerzeit das Regierungsmodell in Dänemark gewesen sein – ebenfalls eine von Rechten tolerierte Minderheitsregierung.
Zwei Jahre später sperrte sich die PVV gegen ein Sparpaket von VVD und CDA, die Regierung legte ihre Arbeit nieder und es kam zu Neuwahlen. Die Blockadehaltung der PVV entpuppte sich als Fehlkalkulation: Bei den Neuwahlen verlor sie neun Sitze. Den Verlust konnte sie bei den Wahlen vom 15. März teilweise wieder wettmachen. Derweil ist die VVD auf der Suche nach KoalitionspartnerInnen. Es laufen Gespräche mit dem alten Koalitionspartner CDA, den »Democraten 66« (D'66) und den »GroenLinks«.

»Cordon sanitaire«

Zu Beginn der Wahlkampagnen von CDA und VVD hatten beide eine Koalition mit der PVV ausgeschlossen. Die schlechten Erfahrungen aus dem Jahr 2012 dürften ihren Beitrag dazu geleistet haben. Es wird nicht lange dauern, bis Geert Wilders versuchen wird, aus der Bildung eines neuen Kabinetts ohne die PVV Profit zu schlagen. Die Absage an die Zusammenarbeit mit seiner Partei als »Cordon sanitaire« – ähnlich wie im belgischen Flandern gegen die extrem rechte Partei »Vlaams Belang« - wird er als Ausschluss seiner 1,5 Millionen WählerInnen von der politischen Willensbildung propagieren. Die Wahl war nicht der Beginn eines patriotischen Frühlings und Wilders wurde nicht Premierminister. Das sind zwar Gründe für eine kurze Erleichterung, doch Entwarnung kann nicht gegeben werden.
Immerhin ist die rechte PVV mittlerweile die zweitgrößte Partei in den Niederlanden. Auch die Ankündigung, bei den Kommunalwahlen 2018 antreten zu wollen, ist keine beruhigende Perspektive.

Mehr als Familienstreit

Der Erfolg hat viele Väter – und Mütter –, die Niederlage ist ein Waisenkind: Diese Binsenweisheit prägt oftmals die Diskussion nach verlorenen Wahlen. Das gilt für viele unterschiedliche Parteien. Auch der französische »Front National« macht dabei keine Ausnahme.

von Bernard Schmid

Die Nachricht löste ein mittleres »politisches Erdbeben« bei der politischen Rechten in Frankreich aus: Marion Maréchal-Le Pen, die 27-jährige Juristin und Abgeordnete des »Front National« (FN) in der Nationalversammlung während der letzten fünf Jahre, will im Juni dieses Jahres nicht erneut zu den Wahlen kandidieren. Dies kündigte sie am 10. Mai in einem Interview mit der im Raum Avignon – ihrem Wahlkreis – erscheinenden Lokalzeitung »Vaucluse Matin« an. Zugleich will sie ihre derzeitigen politischen Ämter, insbesondere im Regionalparlament in Marseille, niederlegen.
Die bisher jüngste Abgeordnete der französischen Nationalversammlung erklärte, sie wolle sich »vorläufig« aus der aktiven Politik zurückziehen. Wahrscheinlich wolle sie zunächst Erfahrungen in der Privatwirtschaft sammeln, zudem wolle sie ihrer dreijährigen Tochter mehr Zeit widmen. Allerdings fügte sie hinzu: »Vielleicht komme ich wieder.«
Diese Verlautbarung wird von vielen BeobachterInnen als falscher Rückzug aus dem politischen Leben gewertet. Zwar fasste Marion Maréchal-Le Pen ihren Beschluss nicht spontan infolge der Niederlage ihrer Parteivorsitzenden und Tante Marine Le Pen bei der Präsidentschaftsstichwahl am 7. Mai. Vielmehr hatte sie ihren Schritt intern bereits im November 2016 als wahrscheinlich angekündigt, unter anderem auch vor dem Hintergrund von Dauerkonflikten mit Marine Le Pen.

Tante und Nichte

Der Rückzug kommt dennoch zu einem Zeitpunkt, zu dem der ideologische Linienstreit bei der extrem rechten Partei infolge der Wahlniederlage erneut mit voller Wucht aufbricht. Er kann dementsprechend als Versuch, durch ein Alarmzeichen auf diesen Linienstreit Einfluss zu nehmen, gewertet werden. Oder auch, je nach Sichtweise, als Schwächung eines Flügels innerhalb des innerparteilichen Spektrums, als dessen profilierte Vertreterin die Ultrakatholikin gilt. Ihr Großvater, der in wenigen Wochen 89-jährige Jean-Marie Le Pen – dessen Positionen Marion Maréchal-Le Pen näher stand als die derzeitige Parteivorsitzende – sprach in einer ersten Reaktion auf das Durchsickern der Rückzugspläne am Abend des 9. Mai von einer »Desertion«. Und falls es für diese keine »gewichtigen Gründe« gebe, müsse er einen solchen Schritt als unverzeihlich betrachten. Andere werten die Ankündigung hingegen eher als taktisches Manöver.

Ausbaufähige Ergebnisse

Marine Le Pen erhielt in der zweiten Runde der Präsidentschaftswahl 33,9 Prozent der Stimmen. Das war weniger als erwartet und ist vor allem auf ihr miserables Abschneiden bei der Fernsehdebatte mit ihrem Gegenkandidaten Emmanuel Macron am 3. Mai zurückzuführen. Dabei bewies Le Pen vor allem in wirtschaftlichen Fragen eine beinahe erstaunliche Inkompetenz, nachdem der FN jahrelang auf »Professionalisierung« und »Intellektualisierung« gesetzt hatte.
Dennoch schnitt Marine Le Pen, die insgesamt knapp elf Millionen Stimmen, und damit einen neuen historischen Rekord für den FN, einfuhr, in einigen Landstrichen und sozialen Gruppen bedenklich hoch ab. 56 Prozent der IndustriearbeiterInnen, sofern sie überhaupt zur Wahl gingen, wählten Marine Le Pen. In 45 von 577 Wahlkreisen und in zwei von knapp einhundert französischen Départements oder Bezirken – Aisne und Pas-de-Calais – erhielt sie eine absolute Stimmenmehrheit. Beide liegen im von der industriellen Krise gebeutelten Nordosten Frankreichs. In weiteren 66 Wahlkreisen lag Marine Le Pen über 45 Prozent. Auf diese insgesamt 111 Stimmbezirke von 577 will der FN sich nun bei den im Juni anstehenden Parlamentswahlen konzentrieren. Aufgrund des geltenden Mehrheitswahlrechts dürfte der »Front National« nur dort realistische Chancen haben, einige KandidatInnen durchzubringen. Doch spätestens, wenn diese Wahlen vorüber sind, wird der Richtungsstreit voll aufbrechen – bis dahin wird der Flügelkampf noch zurückgestellt, um den Erfolg nicht zu gefährden.

Kulturkampf vs. Querfront

Zwei grundlegende Konzepte stehen sich dabei innerhalb der Partei gegenüber. Die eine besteht darin, sich als entschiedene Rechtspartei auf einer Links-Rechts-Achse zu verorten. Dies impliziert, »die Sozialisten« neben dem Islam und den EinwandererInnen als HauptgegnerInnen zu betrachten. Der Misserfolg der Regierungspolitik in der fünfjährigen Amtszeit von Präsident François Hollande illustriert demnach den Fehlschlag »linker Politik« generell, was wiederum auf ihren »utopischen« und zu sehr auf soziale Gleichheit ausgerichteten Charakter zurückzuführen sei. Zwar gehört ziemlich viel Fantasie dazu, Hollandes Politik seit 2012 mit dem Marxismus in Verbindung zu bringen, doch wird in dieser Sichtweise François Hollandes Scheitern als Ausdruck des Bankrotts der

politischen Linken schlechthin dargestellt. Angriffspunkte dieser Linie im rechten Lager – zu welchem Marion Maréchal-Le Pen gehört – sind folglich vor allem die »Attacken der Linksregierung auf tradierte Werte«, wie durch die Zulassung der Ehe für homosexuelle Paare seit einem Gesetz vom 17. Mai 2013.

Die andere Linie jedoch verwirft das Links-Rechts-Schema generell und gibt an, als Repräsentantin einer fundamentalen Alternative sei die eigene Partei »weder links noch rechts, sondern national« und deswegen der übergreifenden Volksgemeinschaft verpflichtet. Dieses Motto war sinngemäß – »Ni droite ni gauche, français« (»Weder rechts noch links, französisch«) – im Jahr 1995 erstmals durch Teile des »Front National« übernommen worden. Eine Vorreiterrolle dabei spielte damals der Chef der Jugendorganisation FNJ, Samuel Maréchal. Dieser damalige Schwiegersohn von Jean-Marie Le Pen hat sich heute aus der Politik zurückgezogen und ist mittlerweile mit der Urenkelin des ehemaligen Präsidenten der Elfenbeinküste, Félix Houphoët-Boigny, verheirat. Doch damals war er einer der Vertreter einer »radikalen Linie«, die auf Äquidistanz zu Konservativen und Linken gleichermaßen besteht. Der Slogan war allerdings gleichlautend bereits in den 1930er und frühen 40er Jahren durch den »Parti Populaire Français« von Jacques Doriot, eine eng mit Nazideutschland zusammenarbeitende Partei, deren Chef ein ex-kommunistischer Renegat war und 1945 in Nazideutschland starb, verwendet worden.

Eine Grundidee hinter der »Weder rechts noch links«-Parole lautet, die wirkliche politische Frontlinie verlaufe nicht mehr zwischen den traditionellen Ideologien der so genannten Altparteien – die Gedankengebäude von gestern seien –, sondern zwischen NationalistInnen oder »Verteidigern der eingewurzelten Identitäten« einerseits und den »Globalisten« andererseits. Zu Letzteren lassen sich dann die Anhänger eines kapitalistischen Freihandelsregimes, die linken Internationalistinnen oder auch VerfechterInnen der Universalität der Menschenrechte hinzurechnen.

In abgemilderter Form, ohne die offensichtlich braunen Erklärungsmuster mitzuliefern, die in den 1990er Jahren beim FN noch explizit en vogue waren, hat Marine Le Pen diese Linie nach ihrer Übernahme des Parteivorsitzes 2011 verfolgt. Zur Anwendung dieser Linie, die an prominenter Stelle durch ihren Vizevorsitzenden Florian Philippot durchexerziert wird, zählt insbesondere die soziale Demagogie, da es WählerInnen der Linken anzuziehen gelte, die von Hollandes Bilanz enttäuscht seien. Zur Durchsetzung der eigenen sozialen Versprechungen wird wiederum der Austritt aus dem Euro – zwecks »Erlangung finanz- und wirtschaftspolitischer Souveränität« – durch diese Strömung als zentral betrachtet. Umgekehrt wird »moralischen« und gesellschaftspolitischen Fragen, etwa die Ablehnung der Homosexuellenehe betreffend, durch diesen Flügel eine deutlich niedrigere Priorität eingeräumt.

Die »Philippot-Linie«, die umso mehr mit dem Namen des jungen Vizevorsitzenden verknüpft wird, als dieser nach verlorener Wahl nun verstärkt unter Beschuss gerät, rückt nun ins Zentrum der Kritik. Die Vernachlässigung des reaktionären »Kulturkampfs« bei gleichzeitiger Betonung sozialer Themen wird als schwerer Fehler dargestellt. Ein anonym bleibender Regionalverordneter des FN verweist in »Le Monde« vom 10. Mai darauf, dass nur sieben Prozent der zwischen den beiden Durchgängen der Präsidentschaftswahl umworbenen WählerInnen des Linkskandidaten Jean-Luc Mélenchon, aber immerhin zwanzig Prozent derer des Konservativen François Fillon in der Stichwahl Le Pen gewählt hätten. Der Aufwand gegenüber Ersteren sei demzufolge weitgehend nicht erfolgreich gewesen.

Zudem verweisen die innerparteilichen KritikerInnen darauf hin, dass der Euro-Austritt vielen zwischen Konservativen und FN stehenden WechselwählerInnen nach wie vor Angst mache – KleinunternehmerInnen und RentnerInnen fürchten bei einer Währungsumstellung um ihre Ersparnisse. Dementsprechend müsse diese Forderung relativiert werden. Die VerfechterInnen einer stärkeren Annäherung an rechte Konservative sind ohnehin tendenziell bereit dazu, die EU- und Eurokritik hintanzustellen, und könnten auch mit einer Bezugnahme auf ein »weißes und christliches Abendland« innerhalb des EU-Rahmens mehr oder minder gut leben. Dies wird in einer Stellungnahme des extrem rechten Bürgermeisters von Béziers – Robert Ménard – vom 9. Mai erkennbar. Er verkündete, es gelte nicht immer den Fehler in Brüssel zu suchen, wenn es in Frankreich »an Autorität mangelt« und es »Einwanderungsprobleme« gebe. Nicht die EU sei an den – aus einer Sicht – gravierenden Fehlentwicklungen schuld, vielmehr sei »Frankreich groß genug, eigene Dummheiten zu machen«.

Kritik und Machtspiele

Auch in anderen Reaktionen, die auf die Ankündigung von Marion Maréchal-Le Pens Rückzug hin erfolgten, deutet sich an, dass nunmehr bevorzugt die Euro-Austrittsforderung sowie einige soziale Diskurselemente unter Beschuss geraten könnten. Beispielsweise erklärte ein ungenannter »FN-Mandatsträger aus Südfrankreich«, den eine AFP-Meldung zitiert, er wolle nicht in der Partei bleiben, »um Forderungen wie die nach einem niedrigeren Rentenalter aufrecht zu erhalten oder die Idee eines Euro-Austritts innerhalb von acht Tagen zu verteidigen«. Umgekehrt reagierte Vizevorsitzender Philippot auf diese Offensive, indem er laut einer Information der Wirtschaftszeitschrift »Challenges« vom 11. Mai ankündigte, die Partei zu verlassen, sollte diese der Forderung nach Austritt aus dem Euro den Rücken kehren.

Zudem brachte Marine Le Pen bereits am Wahlabend einen weiteren Streitpunkt in die Debatte ein, als sie zu erkennen gab, dass sie nunmehr eine Umbenennung der Partei anstrebe, um in Teilen der Gesellschaft noch bestehenden Vorbehalten gegenüber ihrem historischen Erbe den Wind aus den Segeln zu nehmen. Diese Idee hatte Philippot jedoch bereits 2014 aufgebracht – und er ließ damals bereits einen potenziellen Namen beim Patentamt eintragen: »Les Patriotes«. Aufgrund massiver innerparteilicher Widerstände, die schnell mit Verrats- und Aufgabe-Vorwürfen einhergingen, wurde das Vorhaben vor dem Parteitag vom November jenes Jahres in Lyon sang- und klanglos zurückgezogen. Auch dieses Mal könnte sich verbrennen, wer dieses heiße Eisen anfasst. Jean-Marie Le Pen, dessen Finanzierungsstruktur COTELEC den Wahlkampf des FN mit sechs Millionen Euro unterstützte (wozu sie allerdings auch aufgrund ihrer Statuten juristisch verpflichtet war), wetterte am 9. Mai gegen diesen neuen Versuch eines »Verrats« an Grundlagen und Traditionen der Partei.

Gedenken: Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen

von Igor Netz

Die sachsen-anhaltische Hansestadt Gardelegen liegt in der Altmark, gut 60 Kilometer nördlich der Landeshauptstadt Magdeburg. Am 13. April 1945 wurde die Feldscheune des Gutes Isenschnibbe am Rand von Gardelegen Schauplatz und Tatort der Ermordung von über 1.000 KZ-Häftlingen, die von der SS vorher auf einen Todesmarsch getrieben worden waren.

Um die Verbrechen in den Lagern zu verschleiern, begann die SS ab August 1944 mit der Räumung der Lager, die in den Frontbereich gerieten und zwang die halbverhungerten Häftlinge auf Märsche in andere Konzentrationslager im Innern des »Deutschen Reichs«. Tausende KZ-Häftlinge wurden auf diesen Märschen ermordet oder starben an Auszehrung. Mit dem Vorrücken der Front wurden die Todesmärsche immer chaotischer, teils gab es nicht einmal mehr Ziele für die so genannte ‹Evakuierung›.

Die Häftlinge, die am 12. und 13. April 1945 in der Remontesschule, einer alten Militärkaserne in Gardelegen eintrafen, kamen aus dem Neuengammer Außenlager Hannover-Stöcken und aus verschiedenen Außenlagern des KZ Mittelbau-Dora im Harz. In den Abendstunden des 13. April wurden die über 1.000 Häftlinge, auf Anordnung des örtlichen NSDAP-Kreisleiters Gerhart Thiele, gewaltsam in die gemauerte Feldscheune des Gutes Isenschnibbe getrieben. Ein SS-Mann entzündete benzingetränktes Stroh, das den Fußboden bedeckte, von außen wurde auf jene geschossen, die aus dem Gebäude zu fliehen versuchten. An dem Massaker waren Angehörige der Wehrmacht, des »Reichsarbeitsdienstes«, des »Volkssturms« und der SS beteiligt. Insgesamt wurden dabei 1.016 KZ-Häftlinge grausam ermordet. Nur etwa 25 Menschen konnten dem Morden entkommen. In den Morgenstunden des 14. April versuchten »Volkssturm«, Technische Nothilfe und Feuerwehr die Toten zu verscharren. Angesichts der Kapitulation vor der 102. Infanterie Division der U.S. Army misslang jedoch dieses Vorhaben. Die anrückenden amerikanischen Soldaten entdeckten zu ihrem Entsetzen in der Feldscheune die teils noch dampfenden Leichen.

Der Historiker Thomas Irmer weist in seinem Aufsatz »Neue Quellen zur Geschichte des Massakers in Gardelegen« im Gedenkstättenrundbrief 156 darauf hin, dass es »nicht nur in der Feldscheune, sondern auch in verschiedenen Dörfern und Wäldern der Umgebung sowie im Stadtgebiet von Gardelegen (...) zu Hetzjagden und Morden an KZ-Häftlingen« gekommen war. Nach Schätzungen kamen, so Irmer, »etwa 1500 KZ-Häftlinge in Gardelegen und dem Kreisgebiet von Gardelegen« um.

Die Verantwortlichen wurden nach der militärischen Niederlage des NS-Staates nicht belangt. Unter dem Tarnnamen Gerhard Lindemann lebte der ehemalige NSDAP-Kreisleiter Thiele bis zu seinem Tod im Jahr 1994 unbehelligt in Düsseldorf. Zwischenzeitliche Ermittlungen gegen ihn in den 1960er Jahren waren im Sande verlaufen. In der Bundesrepublik, die sich heute ihrer Aufarbeitungskultur rühmt, blieb die Verfolgung von NS-TäterInnen im Ansatz stecken. Es wird heute von 200.000 bis 250.000 TäterInnen bei der Judenvernichtung ausgegangen. Dabei sind KollaborateurInnen, die in der Mehrzahl aus Lettland, Litauen und der Ukraine stammen, nicht mitgerechnet. Von 13.952 Angeklagten wurden bis 2005 gerade einmal 6.656 verurteilt; viele davon zu kurzen Haftstrafen bis zu einem Jahr. Nur 166 Mal wurde das Urteil lebenslang verhängt.

Erinnern und Gedenken

Bereits in der DDR bestand am historischen Ort in Gardelegen eine Gedenkstätte. Sie erhielt ihre Prägung durch den staatlichen Antifaschismus im autoritären Sozialismus. Das historische Gelände wurde überformt durch zwei Flammenschalen, eine RednerInnentribüne, Fahnenmasten und »Steine der Nationen«. Die städtische Gedenkstätte war vor allem ein Ort für Großkundgebungen. Die Ermordeten wurden fälschlich alle als kommunistische WiderstandskämpferInnen heroisiert. Eine Auseinandersetzung mit der Tatbeteiligung vor Ort fand nicht statt, auch gab es keine wissenschaftliche Dokumentation des Mordens in Isenschnibbe.

Derzeit gibt es ein Besucherleitsystem aus dem Jahr 2013. Ein Gebäude, in dem eine Ausstellung einen Platz hätte, fehlt allerdings. Dabei zeigt der historische Tatort, wie lang die NS-»Volksgemeinschaft«, noch angesichts des verlorenen Krieges, zur Beteiligung oder Unterstützung an Morden bereit war. In Isenschnibbe ging es wohl wie an anderen Orten auch darum, mit den Häftlingen ZeugInnen der deutschen Verbrechen zu beseitigen. Als Lernort ist die Gedenkstätte zudem geeignet das Thema »Todesmärsche« zu vermitteln. In Sachsen-Anhalt hat sich bereits schon länger die Erkenntnis durchgesetzt, dass die Erweiterung um ein zeitgemäßes BesucherInnen- und Dokumentationszentrum notwendig ist. In diesem Zuge soll die alte DDR-Gedenkstätte selbst historisiert und erklärt werden.

Der Landesvorsitzende des »Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge«, Dieter Steinecke (CDU), hat sich als Landtagspräsident erfolgreich dafür eingesetzt, dass Gardelegen Isenschnibbe in die »Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt« aufgenommen wurde. Mit der Übernahme der Gedenkstätte durch das Land beschloss der Landtag am 13. Dezember 2012 für den »Haushalt 2014 die Voraussetzungen für die Errichtung einer modernen wissenschaftlichen und pädagogischen Standards genügenden Gedenkstätte an der Feldscheune Isenschnibbe zu schaffen« (36. Sitzung zu Drucksache 6/1679).

Diskussion um die finanziellen Mittel

Bis zu diesem Beschluss scheint die Neugestaltung der Gedenkstätte in Sachsen-Anhalt eine, wenn auch ausgesprochen späte, erinnerungspolitische Erfolgsgeschichte zu sein. Mit Andreas Froese-Karow wurde 2015 ein Gedenkstättenleiter eingestellt, der auch den Umbau mitgestaltet.

Den ausgelobten Wettbewerb für die Gestaltung gewann im April 2016 ein Berliner Architekturbüro. Der Entwurf wurde bereits im Rathaus von Gardelegen öffentlich ausgestellt. Am Rande des Gedenkstättengeländes soll ein Riegelbau als Dokumentations- und BesucherInnenzentrum errichtet werden, der in Sichtweite zum historischen Tatort und dem Friedhof für über 1.000 KZ-Häftlinge liegt. In dem Bau wird die geplante Ausstellung ihren Platz finden. Der Kostenrahmen für die Umgestaltung liegt bei 3,7 Millionen Euro.

Bis zum Herbst 2016 konnte davon ausgegangen werden, dass der notwendige Betrag in den Doppelhaushalt des Landes Sachsen-Anhalt 2017/18 eingestellt wird. Im ersten Entwurf für den Haushalt waren jedoch überraschenderweise keine Mittel für den Gedenkstättenausbau vorgesehen. Dies wurde auch durch den zweiten stellvertretenden Regierungssprecher der Magdeburger Staatskanzlei, Daniel Mouratidis, öffentlich bestätigt. Für die Gedenkstätte in der Altmark seien lediglich 800.000 Euro veranschlagt.

Ein Ausbleiben der Mittel hätte den Ausbau um mindestens zwei Jahre verzögert, wenn nicht gar infrage gestellt. Es ist vor allem Abgeordneten aus nahezu allen im Landtag vertretenen Parteien und dem Engagement von BürgerInnen vor Ort sowie dem Förderverein der Gedenkstätte zu verdanken, dass sich ein breiter Protest gegen die drohende Zurückstellung des Gedenkstättenausbaus regte, wobei es nahezu selbstverständlich ist, dass die »Alternative für Deutschland« (AfD) sich nicht für eine Modernisierung der Erinnerung an diesem Ort deutscher Verbrechen engagiert hat. Wie »DER SPIEGEL« vom 23. Januar dieses Jahres meldete, war bei der AfD-Fraktion ein Antrag zur Auflösung der »Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt« in Vorbereitung, der im Anschluss an die Rede von Björn Höcke vom 17. Januar 2017 in der Versenkung verschwand. Das etwas randständige Vorhaben der AfD-Fraktion ist ein zusätzlicher Beleg dafür, dass geschichtspolitisch die Reise der Partei in Richtung Geschichtsrevisionismus und Erinnerungsabwehr geht und auf der Linie von Höcke der um »180 Grad gedrehten« Erinnerungspolitik liegt.

Zurück zu den Aktivitäten für den Gedenkstättenausbau: Konrad Fuchs, der Vorsitzende des örtlichen Gedenkstätten-Fördervereins, war angesichts der schlechten Nachrichten aus Magdeburg entschlossen eine Verzögerung des Ausbaus zu verhindern und setzte darauf, Abgeordnete zu mobilisieren. In einer Resolution vom 12. Dezember 2016 forderte der Gardelegener Stadtrat die Landesregierung auf, ihre Zusagen zum Ausbau der Gedenkstätte einzuhalten. Auch der Kreistag in Salzwedel verabschiedete zeitgleich eine entsprechende Petition. Scharfer Protest kam auch von einem Verband von Überlebenden, der »Amicale Internationale KZ Neuengamme«. So heißt es in einem Schreiben der »Amicale« an die Landesregierung vom 30. Januar 2017: »Die Verschiebung der Umsetzung des Projekts ist für uns nicht hinnehmbar. In Zeiten, in denen auf politischer Bühne offen eine Abkehr von der Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen gefordert wird, muss die Politik in Sachsen-Anhalt ein deutliches Signal setzen: Die Erinnerung an die nationalsozialistische Vergangenheit muss bewahrt und eine lebendige Auseinandersetzung mit jungen Generationen aus aller Welt gefördert werden.« Schlussendlich haben BürgerInnen vor Ort am 27. Januar, dem Jahrestag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz, für den Aus- und Umbau demonstriert. Die Landesregierung stand unter Druck, zumal auch weite Teile der schwarz-rot-grünen Koalition dem Gardelegener Vorhaben gegenüber aufgeschlossen waren. Diese Konstellation ist insofern bemerkenswert und eine Ausnahme, weil Dieter Steinecke sich als CDU-Mitglied in der eigenen Partei für die Gedenkstätte eingesetzt hat.

Anfang Februar kam schließlich eine erleichternde Nachricht. Aus dem vorherigen Haushalt des Landes seien noch Mittel vorhanden, die für Isenschnibbe Gardelegen verwendet werden könnten. Nach der Mittelverabschiedung herrschte allenthalben Erleichterung. Es ist nun zu hoffen, dass der Um- und Ausbau der Gedenkstätte Isenschnibbe Gardelegen vorangeht und die Eröffnung wie geplant im Jahr 2018 stattfinden kann.

Eine öffentliche Solidarisierung von anderen KZ-Gedenkstätten blieb im Gegensatz zum regionalen Engagement aus. Über die Gründe für diese Enthaltsamkeit kann nur spekuliert werden. Immerhin handelt es sich bei der Feldscheune Isenschnibbe um einen Erinnerungsort von bundesweiter, ja internationaler Relevanz. Der dort zu thematisierende Verbrechenskomplex der Todesmärsche wird bisher in keiner anderen Gedenkstätte prominent aufgegriffen. Der Ausbau schließt hier eine Lücke. Leider sind vor allem diejenigen KZ-Gedenkstätten, die im Zuge der Bundesgedenkstättenkonzeption gefördert werden, nicht unbedingt für ihre geschichtspolitische Streitbarkeit bekannt. Genau die wäre aber aktuell gefordert, um Relativierungen der nationalsozialistischen Verbrechen entgegenzutreten. Extrem rechte Parteien und AkteurInnen haben am Geschichtsrevisionismus ein vitales Interesse, um nationale Mythen zu (re)aktivieren. Aber auch eine totalitarismustheoretisch ausgerichtete »Waagschalenmentalität« (Salomon Korn) in der Betrachtung von Nationalsozialismus und Staatssozialismus wie sie Hubertus Knabe, Direktor der »Gedenkstätte im ehemaligen Gefängnis der Staatssicherheit Berlin-Hohenschönhausen« oder die »Stiftung Sächsische Gedenkstätten« an den Tag legen, hat für extrem rechte Geschichtsbilder mindestens eine Wegbereiterfunktion. Das Beispiel der Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe zeigt, dass die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus weiterhin aktiv erstritten werden muss. Es ist zu hoffen, dass sich AntifaschistInnen neben den wichtigen Straßenmobilisierungen vermehrt geschichtspolitisch engagieren, um auch in diesem Bereich extrem rechten Bestrebungen oder auch dem allgemeinen Vergessen entgegenzutreten.

Was will die AfD?

von Fabian Kunow

Die »Alternative für Deutschland« (AfD) ist bundesweit zur drittstärksten Partei aufgestiegen. Mittlerweile sind etliche Publikationen über die AfD auf den Büchermarkt gekommen und unzählige Beiträge in Fachzeitschriften verfasst worden. Nun ist ein weiteres Buch hinzugekommen, das aus dem Rahmen fällt. Es ist das journalistische Werk »Was will die AfD? Eine Partei verändert Deutschland« des Inlandsredakteurs der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« (FAZ), Justus Bender, der die Partei seit ihren Anfängen begleitet. Er kennt das AfD-Personal nicht nur aus Veröffentlichungen, sondern aus dem direkten Gespräch und kann gut beschreiben, was für Charaktere sich in den Parteiversammlungen finden. Dieses Personal öffnet sich dem Journalisten einer bürgerlich-konservativen Zeitung ganz anders als gegenüber »linksversifften« BerichterstatterInnen. Bender bekommt – vermutlich aus taktischen Gründen – in innerparteilichen Schmutzkampagnen Material zugesteckt, wo andere JournalistInnen nur mutmaßen können. Denn innerparteiliche GegnerInnen werden in der AfD mit einer Härte bekämpft, die gegenüber dem äußeren Feind oft nicht angewendet wird. Dieser brutale Umgang bei parteiinternen Machtkämpfen sowie die Verzahnung eines weit gefassten Verständnisses von Meinungsfreiheit mit einem Anti-Autoritarismus, der zum Autoritären wird, seien die Ursachen für die Radikalisierung der Partei, so die These Benders. Diese erfasste als erstes den Flügel um Parteigründer Bernd Lucke und spült vielleicht nun auch die damalige Gewinnerin des Machtkampfes, Frauke Petry, hinaus. Die AfD-Struktur und die Erwartungen der Parteimitglieder, die kein Maß der Selbstbeschränkung akzeptieren, liefen automatisch darauf hinaus, dass sich die Lautesten und Radikalsten immer durchsetzen werden. Diese Funktionsweise unterscheide die AfD von den Anfängen der Partei »Die Grünen« in Westdeutschland, wo ‹Realos› und ‹Fundis› miteinander rangen. Solche flott verfassten Beobachtungen und Thesen machen das Buch »Was will die AfD?« zur kurzweiligen Lektüre, die ohne wissenschaftliche Fussnoten und Wortungetüme auskommt.

Ein Manko hat das Buch freilich: Bender drückt sich um eine politische Einordnung der AfD. Zwar weiß er, was die AfD alles nicht ist, doch zu einer Einordnung kann er sich nicht durchringen. Gegenüber der Antifa hingegen funktioniert Benders politisches Koordinatensystem. Hier meint er, es seien »Linksextremisten«.

Bender, Justus (2017): Was will die AfD? Eine Partei verändert Deutschland. München 2017, Pantheon-Verlag, 14,99 Euro.

KKK in Deutschland

von Paul Wellsow

Der rassistische »Ku-Klux-Klan« (KKK) wurde in Deutschland nie ernstgenommen. Oft genug galt er bloß als Sekte saufender Neonazis mit skurrilen Riten, importiert aus den USA und ohne Relevanz. Außer einigen journalistischen Arbeiten in Massenmedien und Aufsätzen in antifaschistischen Fachzeitschriften (s. unter anderem drr 159) ist qualifizierte Literatur zu diesem Thema rar. Nun haben Frederik Obermaier und Tanjev Schultz »Kapuzenmänner. Der Ku-Klux-Klan in Deutschland« veröffentlicht. Die investigativen Journalisten haben für ihr neues Buch umfangreiche Akten von Polizei, Geheimdiensten und aus Archiven ausgewertet, mit aktiven und ehemaligen Anhängern des KKK gesprochen und Treffen des Klans beobachtet.

Auch in Europa faszinierte der Klan Neonazis und RassistInnen. Anfang der 1920er Jahre gründeten sich in Deutschland erste kurzlebige Strukturen. Nach dem Zweiten Weltkrieg brachten US-Soldaten den KKK nach Europa: Immer wieder brannten in den folgenden Jahrzehnten an Militärstandorten KKK-Kreuze, rassistische Propaganda und Attacken gegen Soldaten nahmen Bezug auf den Klan. Auch die deutsche Neonazi-Szene bezog sich immer wieder auf die Struktur und ihre Symbolik. Kontakte in die USA zu Anführern des Klans wurden gepflegt. Mit dem Aufschwung der rechten Szene und den rassistischen Mobilisierungen seit den frühen 1990er Jahren wurde der Klan in Deutschland stärker und regelmäßig sichtbar: Gruppen gründeten sich, Kreuze brannten, Fanzines und RechtsRock-Bands nutzten KKK-Symbolik, und rassistische Gewalt wurde von Bezügen auf den Klan begleitet und damit legitimiert.

Obermaier und Schultz warnen vor dem Klan, der in Deutschland zwar nie eine größere Bewegung oder fest organisierte Struktur geworden sei, doch sei es nicht zu »unterschätzen, wenn ein Geheimbund, der sich den Rassenkrieg auf die Fahnen geschrieben hat, über Jahrzehnte hinweg in Deutschland Anhänger um sich schart«. Zudem sei der »Weg in den Terrorismus« nie weit gewesen. Die Autoren belegen, dass der Verfassungsschutz den Klan »zeitweise mit erstaunlichem Aufwand beobachtete« und mit Spitzeln infiltriert hatte, ihn aber »nur wenige Male in den Verfassungsschutzberichten« erwähnte und so verharmloste. Hilfreich sind in diesem Buch das Personenregister und das Glossar mit Begriffserläuterungen. Ein Register der Organisation würde allerdings den Anhang komplettieren. Festzuhalten bleibt, dass Obermaier und Schultz mit »Kapuzenmänner« ein Standardwerk gelungen ist.

Frederik Obermaier / Tanjev Schultz: Kapuzenmänner. Der Ku-Klux-Klan in Deutschland. München 2017, dtv Verlag, 262 Seiten, 16,90 Euro.

»Die autoritäre Revolte«

von Sascha Schmidt

Mit dem Buch von Volker Weiß »Die autoritäre Revolte – Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes« liegt eine der lesenswertesten und fundiertesten Analysen über die »Neue Rechte« beziehungsweise neue rechte Bewegungen der letzten Jahre vor. In seiner Darstellung der »autoritären, antiaufklärerischen Revolte« beleuchtet der Historiker die treibenden Kräfte – darunter die »Alternative für Deutschland« (AfD), PEGIDA, die »Identitäre Bewegung« sowie Publikationen wie die »Junge Freiheit« oder »Compact« oder den ‹Think Tank› der »Neuen Rechten«, das »Institut für Staatspolitik«. Zwar beschreibt auch Weiß, wie viele andere zuvor, die Entstehung und Geschichte der »Neuen Rechten«. Den Schwerpunkt legt er dabei jedoch – und darin liegt der Unterschied zu anderen Publikationen – auf die ideengeschichtlichen Konstanten zu ihren historischen Vorbildern, den Theoretikern der so genannten »Konservativen Revolution«. Gerade hinsichtlich seiner Beschreibung der Gedankenwelt der antidemokratischen Intellektuellen der Weimarer Republik und ihrer Rezeption in aktuellen Publikationen der »Neuen Rechten« überzeugt Weiß durch profunde Kenntnis. Er dekonstruiert den Mythos der »Neuen Rechten« als »68er von rechts« ebenso wie den auf Armin Mohler zurückgehenden Versuch, die »Konservative Revolution«, mittels »einer alternativen rechten Geschichtsschreibung, die den Nationalsozialismus umschiffen sollte«, als »eigenständige Denkschule zu konstruieren«. Der Historiker macht zudem deutlich: Die sogenannte »Neue Rechte« ist sowohl aufgrund ihrer historischen Vorbilder und ihres Rekurses auf »Kampfbegriffe« wie »Abendland« als auch in ihren Bezügen zu aktuellen, faschistischen Bewegungen in Italien, Russland, Frankreich oder den USA, »eine sehr alte Rechte«.

Weiß vertritt die These, nicht der Islam sei der Hauptfeind der »Neuen Rechten«, sondern der Liberalismus und die westliche Moderne. Die »Neue Rechte« und »Islamisten« teilten im Grunde »gemeinsame, grundlegende Werte« – sowohl in ihrem Kampf für kulturelle Reinheit als auch in ihren »rigiden Vorstellungen von Geschlechteridentität«.

Gerade im Umgang mit fundamentalistischen Strömungen im Islam dürfe der »Neuen Rechten« jedoch nicht die Diskurshoheit überlassen werden. Weiß kritisiert »die Unfähigkeit von Linken und Liberalen«, sich mit diesen gesellschaftlichen Konfliktlinien auseinanderzusetzen und fordert einen offensiven Wertekonflikt.

Volker Weiß: Die autoritäre Revolte – Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes. Stuttgart 2017, Klett-Cotta, 304 Seiten, 20 Euro.

Das Magazin von und für AntifaschistInnen im Abo direkt nach Hause!

Hiermit abonniere ich »der rechte rand« – Magazin von und für AntifaschistInnen bis auf Widerruf.

Name ______________________________ E-Mail-Adresse ________________________

Anschrift ____

Ab der Ausgabe __________ möchte ich für 6 Ausgaben ein

_____ Inlandsabo für 21,- Euro

_____ Soli Inland für 25,- Euro   _____ Super Soli für 50,- Euro

_____ Auslandsabo für 35,- Euro bestellen.

Nach Lieferung der 6. Ausgabe läuft das Abo – wenn es nicht gekündigt wird – weiter.
Wir verschicken frühzeitig eine E-Mail als Zahlungsaufforderung.
Rechnungen schicken wir aus Kosten- und Verwaltungsgründen nur, wenn ausdrücklich gewünscht. Für alle Bestellungen gilt Vorkasse, d. h. das Abo wird erst nach Eingang der Abozahlung eingerichtet. Eine gültige E-Mail-Adresse muss angegeben werden. Änderungen der Anschrift oder der E-Mail-Adresse sind bitte umgehend mitzuteilen.

☐ Ich bin einverstanden mit den hier genannten Bedingungen und habe das Geld überwiesen.
Bildung & Publizistik – IBAN DE68250501800910222045 – BIC SPKHDE2HXXX

☐ Ich weiß, dass ich die Abo-Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.

Datum ___________   Name _____________________________

Dieses Formular ist nur mit vollständigem Namen, Adresse (inkl. E-Mail-Adresse) und Bezahlung gültig.
Diese Abo-Bestellung bitte an abo@der-rechte-rand.de schicken oder an die Redaktionsadresse.

Photos

Oliver Feldhaus (Titelbild)
Mark Mühlhaus/attenzione (Seiten 3, 9, 29)
St. Heide (Seite 4)
Robert Andreasch (Seiten 5, 6, 25)
Archiv der rechte rand (Seite 11)
Aktive Antifa (Seite 16)
Christian Ditsch (Seiten 18, 35)
Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (Seite 22)
Jonas Miller (Seite 20)
Martin Steinhagen (Seite 32)
FCK AfD - Fritz C. Kotzmann (Seite 36)

Impressum

V.i.S.d.P.: Alexander Hoffmann
der rechte rand
Rolandstr. 16, 30161 Hannover
redaktion@der-rechte-rand.de

Aboverwaltung:
abo@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de

Druck: berger + herrmann GmbH,
berger@interdruck.net
Erscheinungsweise: 6x im Jahr